Volkswille

Bezugspreis: Durch Boten oder durch die Post ½ monatl. freibleibend 1.20 Mk. bei Postbezug Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. — — Preis der Einzelnummer 10 Pfennig. — —

Organ der Sozialdemokratischen Partei

Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Arbeiter-Sportvereine

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Pfg., außerhalb 12 Pfg., für 1 mm Raumhöhe. Reklame für 1 mm Raumhöhe 50 Pf. Kleine Anzeigen 5 Pf. Zu berechnen nach dem amtlichen Berliner Dollar-Briefkurs des Vortages — — — Inseraten-Annahme bis 17 Uhr — — —

Nr. 71 | Hauptgeschäftsstelle und Verlag: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernsprecher Sammelnummer 258 41. | Gelsenkirchen-Buer, Dienstag, den 25. März 1930 | Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33, Fernspr. Sammelnummer 258 41. Sprechstunde 17½—18½ Uhr | 12. Jahrg.

Zoll und Brotpreis

Von Fritz Bade

Es sind eben drei Monate vergangen, seit die Sozialdemokratie mit den übrigen Parteien der Regierungskoalition ein umfangreiches Programm zur Stützung der landwirtschaftlichen Preise verabschiedet hat. Wenn jetzt schon wieder mit höchster Beschleunigung eine Agrarzollvorlage im Reichstage erledigt wird, so drängen sich drei Fragen auf:

1. Ist es wirklich notwendig, schon wieder etwas für die Landwirtschaft zu tun?

2. Ist es überhaupt möglich, mit diesen Mitteln (Gleitzölle und Stützungskauf) die landwirtschaftlichen Preise zu verbessern?

3. Verletzt die Sozialdemokratie nicht mit der Bereitwilligkeit zu neuen landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen ihre älteste und wichtigste Aufgabe, den Schutz der Verbraucherinteressen?

Zur ersten Frage ist folgendes zu sagen:

Die geplanten neuen Maßnahmen gelten in erster Linie der Stützung der Roggenpreise. Der Roggen stand bis vor wenigen Wochen auf etwa 160 Mark, das heißt gerade auf dem Vorkriegsstand, während die Produktionskosten des Landwirts weit über den Vorkriegskosten liegen. In jüngster Zeit ist der Roggen sogar auf etwa 145 Mark, das heißt auf 90 Proz. des Vorkriegspreises zurückgegangen. Ein solcher Tiefstand der Roggenpreise gefährdet nicht nur die landwirtschaftlichen Betriebe, die Roggen bauen und verkaufen, sondern im gesamten deutschen Osten den Arbeitsmarkt und die künftige Brotversorgung des deutschen Volkes. Für 120 und 140 und selbst für 160 Mark kann kein Landwirt in Deutschland Roggen produzieren, weder der Bauer, noch der Großbetriebsleiter. Würden die Preise längere Zeit so bleiben, so müssen selbst erstklassig geleitete, Roggen verkaufende Betriebe im deutschen Osten unweigerlich zusammenbrechen. Am schärfsten würde die Arbeiterschaft davon betroffen und zwar in doppelter Weise:

1. durch eine gewaltige Verschärfung der Arbeitslosigkeit,

2. durch eine künftige Gefährdung und Verteuerung der Brotversorgung.

Eine Hilfe für den Roggen ist also eine unbedingte Notwendigkeit, der sich keine verantwortungsbewußte Regierung entziehen kann und am allerwenigsten eine Massenpartei, die die deutsche Wirtschaft im Interesse der breiten Volksmassen erhalten und vorwärts bringen will.

Mit der Agrarzollvorlage vom Dezember 1929 ist unter der Führung der Sozialdemokratie mit der herkömmlichen Zollpolitik vollkommen gebrochen worden. Die bisherigen Zölle waren starre Zölle, die auch dann hoch blieben, wenn die Weltmarktpreise hoch waren und die bei einem unvorhergesehenen Sturz der Weltmarktpreise auch vorübergehend unzureichend sein konnten. Seit dem Dezember 1929 haben wir ein vollkommen neues System. Die Hauptsache ist hier nicht der Zoll, sondern eine Vereinbarung zwischen Erzeugern und Verbrauchern über einen angemessenen Preis. Die Regierung hat den Auftrag bekommen, innerhalb sehr weitgehender Grenzen den Zoll so zu bemessen, daß dieser vereinbarte Preis möglichst erzielt wird. Auch bei dem von der Sozialdemokratie geforderten Getreidemonopol würde die Aufgabe darin bestehen, bei schwankenden Weltmarktpreisen verschieden hohe Zuschläge zu erheben, damit ein vereinbarter für Erzeuger und Verbraucher erträglicher Inlandspreis herauskommt.

Zweifellos ist ein solches Gleitzollsystem organisatorisch ein viel unvollkommeneres Mittel als ein Getreidemonopol, immerhin aber steht es der Monopolregelung viel näher als dem alten starren Zollsystem. Das um so mehr, wenn in der Gesamtheit der vorgeschlagenen Maßnahmen der Zoll immer mehr zur Nebensache und andere Maßnahmen immer mehr zur Hauptsache werden. Beim Roggen ist dieser Zustand lange erreicht. Die heutige Stützung des Roggenpreises beruht zum geringsten Teil auf den im Dezember 1929 erhöhten Zöllen. Die Export-Prämie des Einfuhrschein-Systems, die jahrzehntelang in der Hand der Agrarier für das wichtigste Mittel zur Roggenstützung gehalten wurde, hat ihre Bedeutung überhaupt vollkommen verloren. An die Stelle des unbegrenzten Verschleuderns von Roggenüberschüssen ist die Verständigung über den Roggenexport mit unserem wichtigsten Konkurrenten, Polen, getreten. Der wichtigste Fortschritt ist aber die Magazinierungspolitik, in welcher wir die Ueberschüsse reicher Roggenernten auffangen und im Lande behalten, um für den Fall einer darauffolgenden knappen Ernte eine Brotgetreidereserve in der Hand zu haben und ein unmäßiges Steigen der Korn- und Brotpreise zu verhindern. Bei der Beurteilung der Roggenfrage darf man überhaupt nicht von dem gegenwärtigen Roggenüberfluß ausgehen, sondern muß daran denken, daß wir in den letzten sechs Jahren dreimal (1925, 1928 und 1929) zwar eine gute Ernte mit einem Roggenüberschuß hatten, aber dreimal (1924, 1926 und 1927) eine schlechte Ernte, bei der wir zu himmelhohen Preisen den Zuschußbedarf im Auslande zusammensuchen mußten.

Die Roggenmagazinierung ist daher angesichts dieser erneuten Schwankungen das Kernstück jeder vernünftigen Roggenpolitik. Wenn die Magazine heute über eine Roggenmenge von 400 000 Tonnen verfügen, so haben die Verbraucher am wenigsten Anlaß, sich darüber Sorge zu machen. Denn diese Brotgetreidereserve sichert ihnen auch bei ungünstigem Ernteausfall für das kommende Jahr einen mäßigen Brotpreis.

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Ruck nach links

Kammer-Nachwahlen in Frankreich

Paris, 24. März. (Eig. Drahtbericht.) **Die sieben Nachwahlen zum Parlament, die am Sonntag in der französischen Provinz stattgefunden haben, bestätigen die bereits durch die beiden Nachwahlen des vergangenen Sonntags bekundete Tatsache, daß durch die französische Wählerschaft neuerdings ein Ruck nach links geht, dessen starke Ausmaße die kühnsten Erwartungen der Linksparteien zu übertreffen scheinen.**

Die fünf Ersatzwahlen zur Kammer, von denen übrigens nur eine bereits ein endgültiges Ergebnis gebracht hat, während bei den andern Stichwahlen nötig sind, werden charakterisiert durch einen ungewöhnlich starken Stimmenzuwachs der Linksparteien. So konnte die sozialistische Partei in den fünf Wahlkreisen ihre Stimmenzahl von 10 000 im Jahre 1928 auf über 15 000 steigern. — Auch die bürgerliche Linke hat gut abgeschnitten.

50 Millionen verpulvert

Deutschnationale Korruption

Es war im Januar 1925. Die Barmat-Hetze raste, die bloße Tatsache, daß ein Staatsinstitut an einen Privatkonzern Kredite gegeben hatte, wurde von der Rechten und ihrer Presse-Meute als ein Verbrechen hingestellt, das berechtige, jeden Politiker anzuspucken, der auch nur ganz von fern etwas mit dieser Kreditgabe zu tun hatte.

Schon damals wiesen einsichtige Männer der Sozialdemokratie darauf hin, daß während des ganzen Jahres 1924 eine Kreditpsychose geherrscht hatte, aus der heraus Fälle wie Barmat und Kutisker lediglich zu begreifen seien. Der plötzlichen Umstellung von der Inflation auf die Festmark war nicht im gleichen Tempo die innere Umstellung der Geschäftswelt gefolgt.

Schon Ende Januar 1925 wies der damalige Reichstagsabgeordnete, jetzige Reichskanzler Hermann Müller in einer Rede zum Fall Barmat darauf hin, daß von der preußischen Zentral-Genossenschaftskasse ein Bankinstitut (die Raiffeisenbank) etwa 140 Millionen bekommen und anscheinend das Geld teilweise in Spekulationen angelegt habe, die sicherlich nichts mit Genossenschaftszwecken zu tun hätten.

Prompt erfolgten die Dementis. Der Präsident Semper der preußischen Zentral-Genossenschaftskasse ließ der Presse eine Erklärung zugehen, wonach die Preußenkredite an die Raiffeisenbank völlig in Ordnung seien. Dasselbe berichtete Herr Semper amtlich an den preußischen Finanzminister. Ebenso dementierte die Raiffeisenbank.

Hinter den Kulissen sah es freilich ganz anders aus. Da fand eine Aufsichtsratssitzung der Raiffeisenbank im gleichen Januar 1925 statt, in der der stolze Generaldirektor, der frühere deutschnationale Vizepräsident des Reichstages, Geheimrat Dietrich eine schmerzerfüllte Beichte ablegen mußte. Die Raiffeisenbank habe, so führte Dietrich aus, an einen großen Abenteurer namens Uralzeff 10 Millionen Mark ausgeliehen, mit denen sie rettungslos festsitze. Sie habe sich auf eine Spekulation mit Aktien der ostpreußischen Dampfwollwäscherei eingelassen und an diesem Geschäft seien mindestens 5—6 Millionen Mark verloren.

Der bereits verklagte Spekulant Riebe, während der Inflationszeit „der kleine Stinnes" genannt, schuldete der Bank über 7 Millionen Mark. Usw. usw.

Aber, so fuhr Herr Dietrich laut Protokoll fort: Ich bitte über diese Ereignisse strengstes Stillschweigen zu bewahren. Die Barmat- und Kutisker-Angelegenheit beschatten die Oeffentlichkeit und wenn bekannt wird, daß die Raiffeisenbank, an deren Spitze die deutschnationalen Abgeordneten Dietrich und Seelmann als Direktoren stehen, sich in noch viel schlimmere Geschäfte eingelassen hat, so ist der Ruin da, der völlige Zusammenbruch, der das Ende der ganzen Raiffeisensache bedeuten kann. Darum nochmals: Kein Wort in die Oeffentlichkeit.

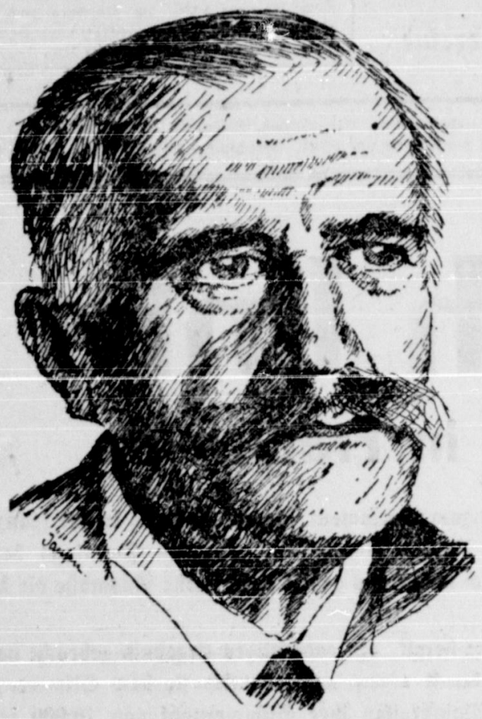
Die Herren haben dicht gehalten. Sie hatten wieder das große Glück, daß ihre Geldgeberin, die preußische Zentralgenossenschaftskasse, unter der Leitung des Präsidenten Semper stand, einen typischen altpreußischen Beamten, der vor einer Größe wie Geheimrat Dietrich nur ehrerbietig die Hacken zusammenklappte. Daher war's Herrn Dietrich leicht, Herrn Semper über den wahren Stand der Dinge monatelang hinweg zu täuschen. Denn was Dietrich sagte, war für Semper heilig. Das berichtete Herr Semper als seine eigene Auffassung der Lage an den ihm vorgesetzten Finanzminister. Aber schließlich fand auch dieses Spiel einmal ein Ende, denn die Verluste der Raiffeisenbank wuchsen ins ungeheure und eines Tages war es soweit, daß den Herren das Geld ausging und sie untertänigst um einen Stützungskredit bei der Preußenkasse betteln mußten.

Es handelte sich nur um die Kleinigkeit von 24 Millionen Mark, die die Raiffeisenbank brauchte, um wieder flott zu werden. Selbstverständlich, daß der altpreußische Beamte Semper mit großzügiger Geste die Millionen hingab, ohne sich irgendwie über den Stand der Raiffeisenbank durch Revision oder Einsichtnahme in die Bücher zu überzeugen. Da er sich außer ein paar vagen Redensarten des Herrn Dietrich keine Garantien geben ließ, so hatte er den Erfolg, daß die Raiffeisenbank neue Schulden aufnahm und mit immer weiteren Mitteln flott gemacht werden mußte. Erst als man so nach und nach 33 Millionen Mark hingegeben hatte, kam Herr Semper, durch Mahnungen des Finanzministers Höpker-Aschoff aus seiner Lethargie aufgescheucht, endlich einmal auf die Idee, bei der Raiffeisenbank zu revidieren und siehe, es fand sich eine finanzielle Zerrüttung, die alle Vorstellungen und Begriffe überstieg.

Nun suchte Herr Semper zu „sanieren". Zwei Jahre lang wurde mit der Raiffeisenbank wegen eines Ueberbrückungskredites verhandelt, der die Bank instand setzen sollte, ihre Schulden an die Preußenkasse abzuzahlen. Aber das war eitel Selbstbetrug. Dieser Ueberbrückungskredit sollte nämlich so niedrig verzinst werden, daß die Preußenkasse von der Raiffeisenbank nur erhielt, was sie ihr selbst an Zinsen schenkte. Herr Semper, dessen Fehler auf dem Gebiete der Genossenschaftspolitik weit über den Einzelfall Raiffeisen hinausgehen, wurde von dem Finanzminister verabschiedet und sein Nachfolger schritt in nüchterner Erkenntnis der Sachlage zur Liquidation der Raiffeisenbank, wobei sich nun freilich ein ungedeckter Schaden von 50 bis 60 Millionen Mark herausstellte, der zum größeren Teil auf den Staat zurückfiel.

Dies ist in kurzen Worten der Tatbestand, wie ihn der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages in mehr als 30 Sitzungen festgestellt hat. Das Ergebnis war so niederschmetternd, daß auch die Deutsche Volkspartei den vom sozialdemokratischen Berichterstatter Kuttner getroffenen Feststellungen zustimmen mußte. Die Vertreter der Wirtschafts-

partei und der christlich-nationalen Bauernpartei hatten es vorgezogen, da sie nicht offen gegen ihre Raiffeisenfreunde stimmen wollten, sich vor der Schlußabstimmung zu entfernen. So blieb als Schutzgilde der Herren Dietrich und Semper nur die deutschnationale Fraktion unter geistiger Führung des Chefredakteurs Baecker von der „Deutschen Tageszeitung". Herr Baecker suchte, was ihm an sachlicher Position fehlte, durch unseine Advokaten-Tricks zu ersetzen. Daß ein Teil der Rechten mit dem sozialdemokratischen Berichterstatter ging, ist wohl die beste Widerlegung der von den Deutschnationalen gegen den Berichterstatter gerichteten Angriffe. Bei ihrer gänzlichen Isolierung dürfte es für die Deutschnationalen auch kein Trost gewesen sein, daß sie bei der Schlußabstimmung die kommunistischen Hanswürste an ihrer Seite hatten. Die Heuchelei der deutschnationalen Korruptionshetze ist in diesem Ausschuß vor der ganzen Welt entlarvt worden. Die Meute, die damals gegen die Sozialdemokratie kläffte, hat durch den Raiffeisenausschuß eine moralische Stäupung erfahren, die nicht sobald vergessen werden wird.



Am 25. März würde Friedrich Naumann, der bekannte Sozialpolitiker, 70 Jahre alt geworden sein.

Kommunistische Niederlage

bei den Betriebsratswahlen in Chemnitz

Chemnitz, 24. März. (Eig. Drahtbericht.) **Die Betriebsrätewahlen in der Chemnitzer Metallindustrie endeten mit einer vernichtenden Niederlage der Kommunisten. Von 150 Betrieben in der Metallindustrie folgten nur 11 der kommunistischen Parole, sogenannte rote Listen aufzustellen. In diesen 11 Betrieben mit den roten Listen wurden im Vorjahre 114 Arbeiterratsmitglieder gewählt. Davon gehörten 63 der SPD. und 42 der KPD. an, 9, darunter 4 Gelbe, waren politisch indifferent. In diesem Jahre haben die Freien Gewerkschaften, obwohl in den 11 Betrieben nur 107 Arbeiterratsmitglieder zu wählen waren, noch 3 Sitze gewonnen, denn auf ihrer Liste wurden 59 Sozialdemokraten und 8 Brandlerianer gewählt. Die Kommunisten dagegen erhielten nur 34 Sitze. Die Gelben verloren einen Sitz.**

Hugenberg schützt Frick

Deutschnationale Interpellation gegen Severing

Hugenbergs Bedürfnis nach der Verteidigung nationalistischer Interessen kennt keine Grenzen. Neuerdings hat er sich berufen gefühlt, sich vor den Putschisten Frick zu stellen. In einer Interpellation der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die auf Hugenberg zurückgeht, wird der Reichsminister des Innern wegen seiner Aktion gegen den Putschisten Frick heftig angegriffen, weil er die Zuschüsse für die thüringische Polizei gesperrt hat, ohne seine Gründe im Einzelnen bekanntzugeben.

Es hätte den Herrschaften auf der Rechten natürlich so gepaßt, daß Severing sein Material vor aller Oeffentlichkeit ausgepackt und Frick, ehe die erforderliche Untersuchung überhaupt möglich war, Gelegenheit gehabt hätte, alle ihn belastenden Spuren zu verwischen. So wäre Severings Aktion zu einem Stoß in die Luft und damit zum Gegenteil dessen geworden, was in Uebereinstimmung mit dem Reichswehrminister gewollt war und noch gewollt ist. Um das zu vermeiden, dürfte Severing seine Gründe im Einzelnen wahrscheinlich überhaupt erst bekanntgeben, wenn die thüringische Regierung sich mit der in Vorschlag gebrachten Untersuchung einverstanden erklärt oder sich andere Maßnahmen gegen Frick als notwendig erwiesen haben. Der Verdacht, daß Frick bereits jetzt dabei ist, alle ihn belastenden Spuren zu verwischen, besteht sowieso.

Die deutschnationale Interpellation fordert zum Schluß Wiedergutmachung des Thüringen angeblich durch die Aktion des Reichsinnenministers zugefügten Schadens und läuft insofern auf eine Solidaritätserklärung der deutschnationalen Fraktion für den Putschisten Frick hinaus. Das ist an sich nichts Ueberraschendes, denn seit Hugenberg an die Spitze der deutschnationalen Partei getreten ist, hat der Geist des Putschismus in dieser Partei von neuem Fuß gefaßt. Die Bestätigung dafür ist das eine Gute an der deutschnationalen Interpellation. Das andere Gute an ihr ist, daß die Aktion Severings jetzt zu einer Angelegenheit des Gesamtkabinetts wird.

Lächerlicher Proteststurm

im Hugenberglager

Der „Stahlhelm" hat in einer gestern in Magdeburg abgehaltenen Sitzung seines Bundesvorstandes dem Reichspräsidenten die Gefolgschaft gekündigt. In einer Entschließung heißt es: Auch die Unterschrift des Reichspräsidenten ändere an der Auffassung des „Stahlhelms" nichts, daß die Annahme des Youngplans durch den Reichstag für das deutsche Volk nicht verpflichtend sei. Eine Gruppe im „Stahlhelm-Bundesvorstand" hat sogar den Ausschluß Hindenburgs als Ehrenvorsitzenden gefordert. Sie ist allerdings in der Minderheit geblieben. Aber im Namen des Frontgeschlechts hat der „Stahlhelm" seine politische Absage an Hindenburg erteilt.

Dürfen wir uns die bescheidene Frage erlauben, wieviel Prozent der Stahlhelmmitglieder am Ende des Krieges noch kurze Hosen trugen?

Es ist bemerkenswert, daß zur selben Zeit, wo der „Stahlhelm" von Hindenburg abrückt, eine Reichsbannerkundgebung in Weimar dem Reichspräsidenten für seine Haltung dankte. Der „Stahlhelm" marschiert ab, das „Reichsbanner" erklärt sich für den Reichspräsidenten. **Das heißt: an die Stelle jedes Mannes, der sich ins Protestlertum zurückzieht, treten zehn Republikaner.**

Die Blätter des Herrn Hugenberg teilen auch über andere, ähnliche Kundgebungen allerlei mit. Der Alldeutsche Verband gibt bekannt: Die Tatsache, daß der Reichspräsident seinen Namen unter Abmachungen gesetzt hat, die, wenn sie rechtsverbindlich wären, das deutsche Volk auf zwei Menschenalter der Sklavenfron ausliefern würden, könnten nichts an der Tatsache ändern, daß der alldeutsche Verband feststehe und nicht wanke.

In Kiel erklärt der deutschnationale Landesverband nach Reden des berüchtigten Finanzrats Bang: Er bedaure unendlich, daß Hindenburg nicht mehr der Führer im Kampfe sei.

Der deutschnationale Kreisverband in Nieder-Barnim nahm mit tiefem Bedauern Kenntnis von der Unterzeichnung der Younggesetze durch Hindenburg und erklärte: Er werde trotzdem den Youngplan nicht als verbindlich anerkennen.

Alles das klingt nach einem organisierten Proteststurm, der im Grunde nur lächerlich ist.

Kein Zollfriede

Handelsabkommen auf der Genfer Wirtschaftskonferenz

Genf, 24. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes schloß am Montag abend ihre Verhandlungen mit der Unterzeichnung der drei Dokumente, die das Ergebnis der wichtigsten Punkte zusammenfassen. Das Handelsabkommen mit dem zugehörigen Protokoll, das Programm der späteren Verhandlungen und das Schlußprotokoll. Während das Schlußprotokoll von 17 der über 30 Teilnehmer gegengezeichnet wurde, unterzeichneten nur 16 das Programm und nicht mehr als 11 Staaten fanden sich zu der moralischen Bindung der Unterschrift unter das Handelsabkommen bereit, darunter einige mit sehr abschwächenden Vorbehalten. Der pessimistischen Stimmung, die über der Schlußsitzung der Wirtschaftskonferenz lag, entsprechen die sehr vorsichtigen Worte, mit denen der Präsident der Konferenz, Graf Moltke-Dänemark, das Hauptergebnis, nämlich das Handelsabkommen, kennzeichnete. Er sagte u. a.: Das Handelsabkommen unterscheidet sich stark von dem ursprünglich geplanten Zollfrieden und kann auf jeden Fall erst im November eine rechtliche Bindung werden. Die für November geplante Zusammenkunft der Signatarmächte hat über das Inkrafttreten des Abkommens zu entscheiden. Sein erster Endtermin ist der letzte März des nächsten Jahres. Die Fälle, in denen gesetzlicherweise in den nächsten Monaten Zollerhöhungen und damit Kündigungen des Abkommens möglich sind, sind zahlreich. Unter diesen Umständen hängt die praktische Bedeutung des Abkommens weniger von seinen juristischen Bestimmungen ab, als von psychologischer Entspannung, die es für die Tendenz auf Vergrößerung der Handelshindernisse ausüben kann. Der Erfolg der Konferenz liegt weniger in ihren unmittelbaren Ergebnissen als in den Möglichkeiten für die zukünftige Entwicklung.

Parteiführerbesprechungen

erst Dienstag

Berlin, 24. März. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger in parlamentarischen Kreisen hört, mußten aus technischen Gründen die Weiterverhandlungen der Sachverständigen der Regierungsparteien im Reichstag über die Agrar- und die Finanzfragen, die eigentlich am Montag erfolgen sollten, auf Dienstag vertagt werden. Wenngleich bei den Regierungsparteien nach wie vor betont wird, daß eine schleunige Erledigung beider Materien geboten sei, kamen am Montag die Verhandlungen deshalb nicht weiter, weil noch mehrere der beteiligten Sachverständigen, vor allem von der Deutschen Volkspartei, nicht wieder in Berlin anwesend sein konnten. Am Dienstag werden vormittags die Sachverständigen der Fraktionen, nachmittags die Parteiführer verhandeln.

Schwere Beleidigung

des preußischen Ministerpräsidenten und — freigesprochen

Halle, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Schriftleiter einer hiesigen bürgerlichen Zeitung hatte in einem Artikel zum Konkordat schwere Beleidigungen gegen den preußischen Ministerpräsidenten Braun ausgesprochen. Trotzdem wurde er von einem hiesigen Gericht freigesprochen.

Der Schimpfbold hatte die Tatsache, daß der Sozialdemokrat Braun das Konkordat unterschrieben hatte, obwohl die SPD. kirchenfeindlich sei, zum Anlaß genommen, den Ministerpräsidenten in der wütensten Art mit einem Judas Ischariot zu vergleichen, der allerdings nach der Tat nicht den Mut gefunden habe, sich aufzuhängen.

Nazis und Reichswehr

Weitere Verhaftungen

Stuttgart, 24. März. (Eig. Drahtbericht.) Im Zusammenhang mit den Verhaftungen bei der Reichswehr sind in den letzten Tagen in Eßlingen am Neckar, sowie in Ulm bei den Führern der nationalsozialistischen Arbeiterpartei Haussuchungen vorgenommen worden, die vier weitere Verhaftungen aus nationalsozialistischen Kreisen in Ulm zur Folge hatten. Es soll sich dabei um Teilnehmer an geheimen Besprechungen zwischen nationalsozialistischen Führern und Reichswehroffizieren, sowie um einige andere Persönlichkeiten in Ulm handeln.

Nationalsozialistischer Hetzer

aus dem Amt gejagt

Berlin, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialdemokratische Vizepräsident des Provinzial-Schulkollegiums von Brandenburg, Genosse König, hat den nationalistischen Studienrat Löpelmann in Schöneberg mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben und ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet. Außerdem schwebt gegen Löpelmann wegen Beleidigung des früheren preußischen Innenministers Grzesinski ein Strafverfahren. Löpelmann hat den Reichs- und preußischen Staatsminister in einer nationalistischen Versammlung in der gemeinsten Weise herabgesetzt. Die deutsche Delegation im Haag bezeichnete er als eine gemeine Lumpenbande.

Rüffel aus Moskau

für die deutschen Kommunisten

Berlin, 24. März. (Eig. Drahtber.) Ende der letzten Woche fand in Berlin eine Sitzung des Zentralkomitees der KPD. statt, dessen Mitglieder in geheimer Sitzung des vorjährigen Parteitages gewählt worden sind. An dieser Sitzung nahm ein Vertreter des Exekutivkomitees der Komintern aus Moskau teil, der wiederholt in die Debatte der Verhandlungen eingriff. Er ließ keinen Zweifel darüber, daß

Moskau mit den bisherigen Ergebnissen der Betriebsratswahlen in Deutschland direkt unzufrieden sei und sprach, unter Bezugnahme auf die kommunistischen Niederlagen bei der Berliner Verkehrs-A.-G. und im Leunawerk, von einer Politik der Selbsttäuschung und von politischer Kurzsichtigkeit. Es sei deshalb eine personelle Umstellung in der Parteispitze notwendig.

In kommunistischen Oppositionskreisen verlautet, daß mit dieser Umstellung in Wirklichkeit eine Kaltstellung bisher maßgebender Führer der KPD. gemeint ist. Vor allem wird die Stellung des heutigen Gewerkschaftsleiters der KPD., Merker, als unhaltbar bezeichnet.

Die kommunistische Presse hat bisher über die Sitzung des Zentralvorstandes kein Wort berichtet.

Delegiertenwahl

zur Bergarbeiter-Generalversammlung

Die Wahl der Delegierten zur Breslauer Generalversammlung des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes findet am Sonntag, den 6. April, statt. Der Bergarbeiterverband ruft im Hinblick auf die Wichtigkeit der auf der Generalversammlung zu behandelnden Fragen zu restloser Beteiligung auf.

Wiederaufbaufeier in Tokio. Nach beinahe siebenjähriger Arbeit und einer Gesamtausgabe von 800 Millionen Yen ist die Stadt Tokio, von der sieben Zehntel durch das Erdbeben von 1923 zerstört worden waren, jetzt wieder aufgebaut und modernisiert. Die japanische Hauptstadt wird aus Anlaß der Vollendung des wesentlichsten Teils des Wiederaufbauprogramms Festlichkeiten veranstalten, die heute beginnen und drei Tage dauern sollen.

Nr. 71. 12. Jahrg.
Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Dienstag, den 25. März 1930.

STADT GELSENKIRCHEN-BUER

Frühling in der Stadt.

Von einem Roten Raben.

Eh' du merkst, was draußen los ist,
Hört der Schnee auf, wird es wärmer.
Und du siehst, daß es famos ist,
Trotzdem wirst du immer ärmer.

Die Laternen steh'n verlassen.
Kinder sind bis neun Uhr wach.
Vögel ausgesuchter Rassen
Nisten unter deinem Dach.

In Journalen steht geschrieben,
Daß Frau Z. — da Frühling ist —
Sich die Nacht herumgetrieben,
Den Skandal vergißt kein Christ.

Alle Herzen klingeln leise
(Wenn man ihnen glauben soll).
Auf den Bänken sitzen Greise,
Damen lächeln sehnsuchtsvoll.

Kirchenandacht schwillt in Parken.
Alle Mädchen haben Zeit.
Selbst die Jüngsten sind soweit.
Daran wird die Welt erstarken.
Bitte sehr! — Ich bin bereit.

Arbeitsfürsorge der Stadt Gelsenkirchen-Buer

im Monat Februar 1930.

An Wohlfahrtserwerbslosen standen in Fürsorge zu Beginn des Monats 3614 Parteien mit 5937 Angehörigen; Zugang 632 Parteien mit 936 Angehörigen. Gesamtsumme 4246 Parteien mit 6873 Angehörigen. Abgang 564 Parteien mit 882 Angehörigen; Bestand am Ende des Monats 3682 Parteien mit 5991 Angehörigen. Von diesen waren 1248 ledig, 779 verheiratet, ohne Kinder unter 14 Jahren, 616 verheiratet mit einem Kinde unter 14 Jahren, 472 verheiratet mit zwei Kindern unter 14 Jahren, 310 verheiratet mit drei Kindern unter 14 Jahren, 157 verheiratet mit vier Kindern unter 14 Jahren, 100 verheiratet mit fünf und mehr Kindern unter 14 Jahren. Davon wurden auf Kosten des Fürsorgeamtes beschäftigt:

Zu Beginn des Monats als Fürsorgepflichtarbeiter 440 Parteien mit 152 Angehörigen; als Fürsorgearbeiter 1059 Parteien mit 2720 Angehörigen; Zugang als Fürsorgepflichtarbeiter 115 Parteien mit 131 Angehörigen; als Fürsorgearbeiter 122 Parteien mit 464 Angehörigen; Gesamtsumme als Fürsorgepflichtarbeiter 555 Parteien mit 283 Angehörigen; als Fürsorgearbeiter 1181 Parteien mit 3184 Angehörigen; Abgang als Fürsorgepflichtarbeiter 57 Parteien mit 19 Angehörigen; als Fürsorgearbeiter 154 Parteien mit 539 Angehörigen; Bestand Ende des Monats als Fürsorgepflichtarbeiter 498 Parteien mit 264 Angehörigen; als Fürsorgearbeiter 1027 Parteien mit 2645 Angehörigen.

„Gewissenhafte" Berichterstattung.

Der „Buersche Generalanzeiger" macht hie und da in Arbeiterfreundlichkeit mit dem Ziel, sich durch Berichte über unsere Parteiveranstaltungen und freigewerkschaftliche Dinge als Tageszeitung in den Häusern unserer Anhänger einzuführen. Er hat allerdings wenig Glück damit; denn es ist natürlich längst durchschaut worden, daß dieser Generalanzeiger alles andere als ein Arbeiterblatt ist. Wie ernst er z. B. die Gautagung des ZdA. genommen hat, beweist die Tatsache, daß er in der Sonntagnummer zu berichten wußte, daß der Lautenfänger Kothe, den er bei dieser Gelegenheit auch noch tüchtig lobte, mitgewirkt habe. In Wirklichkeit hat Herr Kothe jedoch abgesagt. Der „Buersche Generalanzeiger" hat es also anscheinend gar nicht für notwendig gehalten, zu dem Festabend einen Vertreter zu schicken. Statt dessen aber schrieb er in der Montagsnummer „berichtigend", daß nicht Herr Kothe, sondern der bekannte Humorist Becker aus Essen mitgewirkt habe, während in der Tat der Vortragskünstler Willi Weber, Essen, den Abend verschönt hatte. Wir sehen also, daß wir es gleich mit zwei Fällen sehr „gewissenhafter" Berichterstattung dieses Blattes zu tun haben. Weiter wird zugleich dargetan, welch großes Interesse der „Buersche Geralanzeiger" in Wirklichkeit an freigewerkschaftlichen Veranstaltungen hat. Aber das kann uns ja nicht weiter wundern von einem Blatt, das mit fieberhafter Emsigkeit über Schützenvereinsklimbim und Kriegervereinsmeierei in größter Ausmachung zu berichten gewöhnt ist; muß es doch dadurch die Buerschen Spießer, die auf solchen Unfug eingeschworen sind, bei guter Laune erhalten.

Städtische Handelslehranstalten. Unter dem Vorsitz des Herrn Oberregierungs- und Gewerbeschulrates Franzisket, Münster, wurde die Abschlußprüfung der Höheren Handelsschule am 18. März beendet. Von 23 Schülern und 50 Schülerinnen konnte sieben Schülern das Abschlußzeugnis nicht zuerkannt werden. Die Abschlußprüfungen der Handelsschule fanden vom 10. bis 14. März statt. Das Zeugnis der Reife erhielten 42 Schüler und 67 Schülerinnen. Sechs Schüler und acht Schülerinnen bestanden die Prüfung nicht.

Das Stadtbad an der Hindenburgstraße wird am 1. April 1930 wieder um 7 Uhr geöffnet. Die Betriebszeiten sind in allen Abteilungen durchgehend am Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag bis 19 Uhr, am Samstag bis 20 Uhr, an Sonn- und Feiertagen aber nur bis 12 Uhr.

Aus dem Drogistenberuf. Am 20. dieses Monats fand in der Drogisten-Fachschule Gelsenkirchen im Beisein des Herrn Direktors Dr. Linneweber, des Kreisarztes Herrn Med.-Rat Dr. Saehrendt und des Prüfungskommissars Herr Friedrich Bökenkamp, die Gehilfenprüfung des Deutschen Drogisten-Verbandes statt. Alle neun Prüflinge bestanden die Prüfung. Es sind dies: Inniger, Heuser, Olbrich, Norwutsch, Hilbyrg, Bost, Ernst, Ortleifen und Fräulein Dettmer. Es werden zu Ostern noch einige Lehrlinge mit nur guter Schulbildung gesucht. Bedingung ist dreijähriger Besuch der Drogisten-Fachschule. Beginn des neuen Schuljahres am 1. April 1930.

Buer

Schulentlassungsfeier der Berufs- und Handelsschule.

Eine stattliche Schar hatte sich in der Schaubura (Buer) zur Schulentlassungsfeier der Berufs- und Handelsschule eingefunden. Die Bühne war aus diesem Anlaß mit Blumen geschmückt worden. Leider zeigte sich bei dem vorgesehenen ersten Orgelvortrag (Verdin: Triumphmarsch aus Aida), daß die Welter-Orgel versagte. Der Vortrag mußte daher nach den ersten Takten abgebrochen werden. An zweiter Stelle stand das „Lebenslied" des bekannten Männergesangkomponisten Hugo Kaum. Der Männergesangverein Buer, der wiederholt schon bei ähnlichen Anlässen tätig war und sich in Buer großer Beliebheit erfreut, gab diese Komposition mit Geschick wieder. Besser gefiel Schuberts Lied „Der Lindenbaum", bei dem man das geschulte Stimmenmaterial bewundern konnte. Alsdann bestieg Berufsschuldirektor Koch das Rednerpult. Er führte u. a. aus: Im Namen des Lehrer-Kollegiums der Berufs- und Handelsschule heiße ich Sie zu unserer Schulentlassungsfeier herzlich willkommen. Ich begrüße besonders den Vertreter der Stadt, Herrn Beigeordneten Schossier, den Vertreter des Mittelstandshauses, Herrn Bauunternehmer Merz, sowie den Vertreter der Kaufmannschaft, Herrn Rechtsanwalt Schauenberg. Der heutige Tag ist für die Jugend ein sehr wichtiger Tag. Der Tag, an dem wir kurz einmal Rückschau halten wollen, um zu sehen, was nun hinter uns liegt. Besonderen Dank stattete Direktor Koch den Eltern ab, die ihren Kindern vielfach unter Mühen und Entbehrungen den Besuch der Berufs- bzw. der Handelsschule ermöglichten. Ferner aber auch dem gesamten Lehrkörper, welcher die Schüler und Schülerinnen jahrelang betreute. Redner gedachte auch der Erziehungsarbeit der Meister, die auch in Fällen der Not gern den Schülern wieder helfen würden. Die Schüler hätten im ferneren Leben zu zeigen, daß sie sich der vielen Mühen und Sorgen stets würdig erwiesen, auf daß die Schule ihre Namen mit Stolz nennen könnte. Ob es aufwärts oder abwärts gehe, das liege nunmehr an den Schülern selbst. Würden sie das befolgen, was ihnen in der Schule beigebracht worden wäre, so würde es schon aufwärtsgehen, denn tüchtige Menschen setzten sich in den gegenwärtigen schwierigen Zeiten durch. Zum Schluß gab der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß die entlassenen Schüler und Schülerinnen tüchtige Glieder ihres Standes werden möchten und wünschte ihnen für die Zukunft alles Gute. Nach der beifällig aufgenommenen Rede zeigten zwei Filmvorführungen „Elemente in Fesseln" und „Mit dem Zeppelin über Japan" recht anschauliche Bilder. Besonders interessierte die im Film wiedergegebene Begeisterung bei der Landung des Zeppelins in Japan. Es war schade, daß Herr Fritz Körner infolge des Defektes an der Orgel nicht die vorgesehenen Proben seines Könnens geben konnte. Mit dem Gesangvortrag „Vaterland" von Wohlgemut schloß die erhebende Feier, die bei den Besuchern sehr viel Anklang fand und noch lange im Gedächtnis der entlassenen Schüler und Schülerinnen bleiben wird.

Neuer Riesengasometer. Daß die Schachtanlage Bergmannsglück mit ihren umfangreichen und neuzeitlichen Tagesanlagen weit über die Grenzen unserer Vaterstadt hinaus bekannt ist und des öfteren von Ingenieuren und Fachleuten besucht wird, sollte allen Bewohnern unserer Kohlenstadt nicht mehr neu sein. Neuerdings ist nun unweit der großen Gaszentrale nördlich der Fördergerüste in verhältnismäßig kurzer Zeit ein neuer Gasometer errichtet worden. Der Gasometer erreicht die für solche Bauwerke seltene Höhe von 62 Meter. Seine Errichtung war im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Stickstoffabrik in Scholven notwendig geworden. Durch die neue Stickstoffabrik entsteht ein größerer Bedarf an Gas. Bisher wurde das Gas, das auf Bergmannsglück nicht verbraucht und auch im alten Gasometer nicht gestaut werden konnte, in die Luft abgeblasen. Der neue Gasometer hilft diesem Uebelstand ab, so daß riesige Mengen Gas auf Vorrat gestaut werden können.

Neuerungen auf Buer Nord. Bekanntlich konnte vor längerer Zeit die alte Unterführung an der Dorstener Straße beseitigt und durch eine neue Unterführung, die übrigens zweckmäßiger ist, ersetzt werden. Wie wir weiter erfahren, hat man die Absicht, auch den Güterschuppen des Bahnhofs Buer Nord bedeutend zu erweitern. Leider sind die Mittel, die zu den Neuerungen auf Buer Nord, wozu auch die Anlage der Bahnhofsuhren gehört, nur sehr beschränkt. Es mußten daher auch mehrere Wünsche zur Vervollkommnung der Bahnhofsanlage zurückgestellt werden. Bei dem nun zu erhoffenden besseren Wetter sollte man endlich darangehen, den Bahnhofsvorplatz, der in seiner heutigen Gestaltung gerade nicht sehr schön ist, neu zu gestalten. Hoffentlich wird bei dieser Gelegenheit sofort ganze Arbeit gemacht, indem man die häßlichen Holzschuppen in unmittelbarer Nähe des Bahnhofsvorplatzes beseitigt.

Die Städtische Nähschule Buer-Hassel, Oberfeldinger Str. 50, die wegen Erkrankung der Leiterin vorübergehend geschlossen werden mußte, wird zum 1. April wieder geöffnet. Die Schule, die unter Leitung einer perfekten Schneidermeisterin steht, vermittelt gründliche Kenntnisse im Nähen und Zuschneiden von Wäsche- und Kleidungsstücken aller Art. Der Unterricht findet nachmittags von 2.30 bis 6.30 Uhr abends statt. Das Schulgeld beträgt monatlich 6 RM. Anmeldungen werden entgegengenommen beim Städtischen Jugendamt, Buer, Rathaus, Zimmer Nr. 107.

9. Gautag des Zentralverbandes der Angestellten, Gau Rheinland und Westfalen.

Der Gau Rheinland-Westfalen des Zentralverbandes der Angestellten hielt am 22. und 23. März 1930 im Hans-Sachs-Haus in **Gelsenkirchen** seinen diesjährigen Gautag ab. Zu der Tagung waren neben den Delegierten zahlreiche Gäste sowie Vertreter von Behörden und befreundeten Organisationen erschienen. U. a. waren anwesend: Regierungspräsident König, Arnsberg; der Präsident des Landesarbeitsamtes Westfalen: Dr. Ordemann, Dortmund; der Vizepräsident des Landesarbeitsamtes der Rheinprovinz, Dr. Opitz, Köln; ferner Vertreter des ADGB., der Afa und des ADB.

Regierungspräsident König lenkte in seiner Begrüßungsansprache die Aufmerksamkeit auf die zahlreichen Betriebsstillegungen, die mit Rationalisierungsmaßnahmen nichts zu tun hätten. Aufgabe der Reichs- und Staatsregierung sei es, diese Stillegungswegung einzudämmen. Er sprach die Hoffnung aus, daß in dieser Frage, wie auch in einer anderen Frage, die insbesondere den Angestellten des Einzelhandels auf den Nägeln brenne, nämlich

die Freigabe von Verkaufssonntagen,

ein gutes Einvernehmen zwischen Gewerkschaften und Behörden möglich sei.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Gauleiter Süß, Düsseldorf, erstattete, ist zu entnehmen, daß der ZdA. im verflossenen Jahre sehr erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Er konnte darauf hinweisen, daß der ZdA. durch einen Werbewerb 12 318 neue Mitglieder gewonnen hatte. Er sehe in dieser Tatsache nicht nur einen schönen praktischen Erfolg, sondern auch einen treffenden Beweis für die Werbekraft der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisation und der Idee, auf deren Boden der ZdA. steht. — Die Tarif- und Gehaltsbewegungen seien im Berichtsjahre stark beeinflußt worden durch die herrschende Wirtschaftsnot. Teilweise habe man sich damit abfinden müssen, daß die alten Gehaltstarife weiter in Kraft blieben. Das Bildungswesen sei sehr intensiv betrieben worden. Dabei sei immer die Forderung des Berufswissens allen anderen vorangestellt worden.

Der Redner besprach den Kampf um die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und im Zusammenhang damit über das Gesetz betreffs des 5-Uhr-Ladenschlusses am Heiligen Abend. Es könne nicht bestritten werden, daß dieser sozialpolitischer Fortschritt vor auf die Initiative des Zentralverbandes der Angestellten zurückzuführen sei. Von Reichsregierung und Reichstag müsse dringend eine Ergänzung des Reichspressegesetzes zur Bekämpfung der Mißstände auf dem Gebiete der Chiffreinserate und hinsichtlich der Neuregelung des § 59 HGB. zur Klarstellung der Handlungsgehilfeneigenschaften der Provisionsvertreter gefordert werden.

Der Redner beschäftigte sich dann noch mit dem Kampf um die Arbeitslosenversicherung, mit der Handelsaufsicht und mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik.

Die Arbeit des Jahres 1930 gelte, genau wie die des Vorjahres, der weiteren Aufwärtsentwicklung des Verbandes.

Die Berichte über die **Rechtsschutzarbeit** und über die Tätigkeit der **Jugendgruppen**, die die Gausekretäre **Gustav Nieland** und **Friedrich Kornacker** erstatteten, konnten ebenfalls auf eine umfangreiche Arbeit hinweisen und erfreuliche Resultate feststellen.

Die Berichte lösten eine ausgiebige Debatte aus, in der zu zahlreichen wichtigen Fragen des Organisationslebens, der Werbearbeit sowie der sozial- und wirtschaftspolitischen Situationen Stellung genommen wurde.

Zur Frage des Handelsschutzes

nahm der Gautag folgende Entschließung einstimmig an:

„Die am 22. und 23. März 1930 zum 9. ordentlichen Gautag in Gelsenkirchen versammelten Delegierten des Gaues Rheinland-Westfalen im Zentralverband der Angestellten begrüßen den entschlossenen Kampf des ZdA. für den Ausbau des Angestelltenschutzes.

Der Gautag erwartet, daß Reichsregierung und Reichstag die vom Unterausschuß des Reichstages angenommenen Beschlüsse hinsichtlich der Neuregelung des § 59 HGB. zur Klarstellung der Handlungsgehilfeneigenschaften der Provisionsvertreter unverzüglich zur Durchführung bringen.

Angesichts der Tatsache, daß die bisher zur Bekämpfung der Not der stellenlosen Angestellten ergriffenen gesetzgeberischen Maßnahmen sich als unzureichend erwiesen haben, erwartet der Gautag, daß die vom ZdA. und den freien Angestelltengewerkschaften erhobenen Forderungen baldigst zum Reichstag verwirklicht werden. Insbesondere muß durch einen Ausbau des Arbeitslosenschutzes den stellenlosen Angestellten für die ganze Dauer ihrer Arbeitslosigkeit ein Rechtsanspruch auf ausreichende Unterstützung gegeben werden. Durch Verkürzung der Arbeitszeit muß vermehrte Arbeitsgelegenheit geschaffen werden, damit die freien Stellen entsprechend den sozialen Erfordernissen besetzt werden können, ist es notwendig, durch gesetzliche Vorschrift die Meldepflicht aller offenen Stellen einzuführen und die Freiheit der Unternehmer in der Art der Besetzung der Stellen durch Einführung des Benutzungszwanges einzuschränken. Im Kündigungsschutz ist insbesondere für die älteren Angestellten ein gesetzlicher Anspruch auf Abkehrgeld zu gewährleisten. Es ist ferner Vorsorge dafür zu treffen, daß Arbeitsplätze für Angestellte nicht mit pensionierten oder auf Wartegeld gesetzten Beamten besetzt werden dürfen und, soweit das der Fall ist, diese Stellen für arbeitslose Angestellte freigemacht werden. Der Gautag erwartet, daß Reichsregierung und Reichstag endlich die erforderlichen Maßnahmen zu einer wirksamen Bekämpfung der Not der Angestellten ergreifen."

Ebenfalls einmütig stimmte der Gautag folgender Entschließung betreffs Erhaltung der

Arbeitslosenversicherung und Ausbau der Angestelltenversicherung

zu:

„Die Delegierten erheben schärfsten Protest gegen die Pläne des volksparteilichen Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer und jener Parteien, die nach wie vor in offener oder verschleierter Form versuchen, den Fehlbetrag der Reichsanstalt der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung aus Mitteln der übrigen Sozialversicherungsträger, insbesondere der Angestelltenversicherung zu decken. Die Deckung des Defizits der Arbeitslosenversicherung ist eine ausschließliche Angelegenheit des Reiches, das dafür in seinem Haushalt die notwendige Vorsorge zu treffen hat. Die Reserven der Angestelltenversicherung sind nur dazu bestimmt, die künftigen Rentenansprüche der versicherten Angestellten zu gewährleisten. Diesen Erfordernissen hat die Vermögenslage der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu dienen, wobei die Art der Vermögenslage in erster Linie nach sozialen Gesichtspunkten, insbesondere zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues zu erfolgen hat. Aus diesem Grunde kann es auch nicht gebilligt werden, wenn die Angestelltenversicherung in größerem Umfange Reichsbahnvorzugsaktien erwirbt, wenn damit die so dringend notwendigen Mittel für den gemeinnützigen Wohnungsbau noch mehr gekürzt werden. Der Gautag begrüßt gleichzeitig den entschlossenen Kampf des ZdA. für den Ausbau der Angestelltenversicherung. Vom Reichstag erwartet der Gautag, daß er bald in eine Beratung der vorliegenden Novelle zur Angestelltenversicherung eintritt und insbesondere einen Ausbau den Rentenleistungen des Steigerungsbetrages von 15 Prozent auf 20 Prozent und einen Ausbau der Selbstverwaltung, die den maßgebenden Einfluß der Vertreter der Versicherten gewährleistet, vornimmt."

Die weiteren Verhandlungen, die sich noch über den ganzen Sonntag erstreckten, trugen einen internen Charakter. Eingeleitet wurde der Sonntag durch ein Referat über den Verbandstag 1930, der im Mai dieses Jahres in Stuttgart stattfindet. Referent war an Stelle des während der Tagung plötzlich erkrankten Verbandsvorstandsmitgliedes Aman, Berlin, der Gausekretär Kornacker, Düsseldorf. Dem Referat folgte noch eine ausgiebige Aussprache, die im wesentlichen den Ausbau der Unterstützungseinrichtungen und die geplante Erhöhung der Verbandsbeiträge zum Gegenstand hatte. Mit den üblichen Wahlen nahm die Tagung ihren Abschluß.

Horst

Verderber der Jugend.

Auf einem hiesigen Eisenwerk wurde schon seit längerer Zeit beobachtet, daß die Schrottbestände immer geringer wurden, ohne daß eine entsprechende Menge im Betriebe zur Verwendung kam, so daß unter allen Umständen Unehrlichkeiten vorliegen mußten. Jetzt ist man dem Sachverhalt insofern auf die Spur gekommen, als beobachtet wurde, wie eine ganze Anzahl schulpflichtiger Jungen und Mädchen von dem Lager größere Teile abschleppten. Als man den kleinen Dieben folgte, warfen sie das Diebesgut fort und machten sich davon. Gleichzeitig aber schlug ein mit seinem Pferdefuhrwerk in der Nähe haltender Althändler was er nur konnte auf seine Pferde ein und beteiligte sich an der allgemeinen Flucht. Von Zuschauern war beobachtet worden, wie vorher die gleichen Kinder größere Mengen Schrottteile bei dem Althändler ablieferten, die dieser sofort auf seinem Wagen versteckte. Es ist anzunehmen, daß der Händler die Kinder zu ihrem Tun, aus dem ihm reichlicher Gewinn entstand, verleitet hat.

Schwere Ausschreitungen am Volkstrauertag

Nazis überfallen Reichsbannerjugend.

Am Sonntag, dem 16. März (Volkstrauertag), kam es in der Hyssenallee in Essen, in der Nähe des Hauptbahnhofs, zu einer erheblichen Störung der öffentlichen Ordnung. Nach den bisherigen polizeilichen Erhebungen hat sich der Vorfall wie folgt abgespielt:

Um die Mittagsstunde des genannten Tages überfielen etwa 40 bis 50 Mitglieder und Anhänger der NSDAP. einige mit Planen abgedeckte Lieferkraftwagen, die mit Stafetten-Läufern der Düsseldorfer Reichsbannerjugend besetzt waren und sich auf der Fahrt vom Saalbau nach dem Viehofer Platz zu ihrem Standquartier befanden. Die Angehörigen der Düsseldorfer Reichsbannerjugend hatten zu Ehren ihres gelegentlich der Gautagung des Gaues Niederrhein in Essen anwesenden Bundespräsidenten Hörsing ein Stafette von Düsseldorf nach Essen gelaufen. Als die drei Transportwagen in Begleitung einiger Motorradfahrer in mäßigem Tempo die Höhe der Juliusstraße am Parkhotel erreicht hatten, wurden sie dort von den Nationalsozialisten mit den Rufen „Pfui", „Nieder", „Sklavenbande", „Bluthunde", „Judas, verrecke" u. a. m. empfangen und mit Steinen beworfen. Gleichzeitig schlug vom Bürgersteig aus ein Nationalsozialist mit einem Eichenstock nach einem der Motorradfahrer und wiederholte, als dieser auswich, den Schlag gegen die Schutzscheibe am Führersitz des zweiten Transportwagens. Die Scheibe zersplitterte und brachte dem Beifahrer blutende Kopf- und Gesichtsverletzungen bei. Gleichzeitig schlugen andere mit ihren Stöcken auf die Wageninsassen ein. Nachdem der Wagen auf diese Weise zum Halten gezwungen war und sich die Angriffe fortsetzten, sprang der Wagenführer herab, um den Täter zur Feststellung zu bringen. Die übrigen Wageninsassen taten das gleiche und setzten sich gegen den Ueberfall zur Wehr. Die Nationalsozialisten zogen sich hierauf, gefolgt von den Angegriffenen, in die fast menschenleere Juliusstraße zurück. Dem Transportführer der Reichsbannerjugend gelang es, seine Leute, unter der Aufforderung, die Wagen wieder zu besteigen, vom weiteren Vordringen abzuhalten, worauf die Nationalsozialisten erneut zum Angriff übergingen und dadurch Gegenwehr auslösten. Hierbei wurde ein die Reichsbannerjugend begleitender Sanitäter niedergeschlagen und, bereits am Boden liegend, noch mit Fußtritten bearbeitet. Durch Stockhiebe erlitt hier noch ein dritter Reichsbannermann schwere Kopfverletzungen. Der nun entstehende Tumult zog sich bis zum Ausgang der Straße fort. Dort fiel bei einem abermaligen Angriff der Nationalsozialisten ein scharfer Schuß, der glücklicherweise niemanden traf. Beim Erscheinen der Polizei ergriffen die Angreifer die Flucht; es gelang aber mit Hilfe von Reichsbannerleuten und Passanten, vier Personen, die sich an dem Ueberfall besonders aktiv beteiligt hatten, festzunehmen. Die Pistole, die von dem Schützen weggeworfen war, nebst gefülltem Magazin, ein Messer und zwei Stöcke wurden sichergestellt. Die Festgenommenen sind Angehörige der NSDAP. Einer (der Pistolenheld) bekleidet den Posten eines Unterführers in der Sturmabteilung. Gegen alle vier Personen hat der Richter Haftbefehl wegen Landfriedensbruchs erlassen.

Mordtaten in Dortmund.

Vor dem Hause Richardstraße 12 wurde Sonntag nachmittag ein etwa 50 Jahre alter Mann erschossen. Die Ermittlungen der Polizei haben ergeben, daß der Erschossene zwei jungen Leuten gefolgt war und aufgereat auf sie eingesprochen habe. U. a. habe der Erschossene zu dem jungen Mädchen gesagt: „Mach', daß du nach Hause kommst!" und zu ihrem Begleiter: „Und du, Lump, mach', daß du fort kommst!" Der junge Mann versuchte, das Mädchen mit sich zu ziehen, das zuerst dem älteren Manne, vermutlich ihrem Vater, zustrebte. Schließlich entschloß es sich, mit dem jungen Mann zu gehen. Als der ältere Mann ihnen folgte, gab der junge Mann aus einer Pistole 2 Schüsse auf den Vater des Mädchens ab, die diesen in Herz und Magen trafen. Er war auf der Stelle tot. Das Pärchen flüchtete.

Wie sich erst später herausstellte, handelt es sich bei dem Erschossenen um den 48jährigen Schmied Joh. Nowitzki, Leierweg Nr. 34 a, wohnhaft. Der Täter ist der 21jährige Bulkanisseur Hermann Kowski, der mit der Tochter des Erschossenen Regina noch flüchtig ist.

Am Sonntagmorgen gegen 8 Uhr spielte sich an der Ecke Lange und Sternstraße eine zweite Bluttat ab, die hoffentlich nicht die Folgen zeitigt, wie das Verbrechen, das in der Richardstraße verübt wurde, wo der Schmied Nowitzki von dem Liebhaber seiner Tochter erschossen wurde. An der Ecke Lange und Sternstraße wurde der Arbeiter Friedr. Engelhardt von dem Arbeiter Bruno Casper mit einem Taschenmesser in die Herzgegend gestochen. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus gebracht; es besteht Lebensgefahr. Der Täter ergriff die Flucht, wurde jedoch am gleichen Tage gegen 17 Uhr durch Polizeibeamte festgenommen und ins Hauptgefängnis gebracht. Der Grund zur Tat steht noch nicht fest.

Der Gewerbemedizinalrat.

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt weist in einem Runderlaß darauf hin, daß der staatliche Beamte für alle Angelegenheiten, die sich auf die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung beziehen, insbesondere für alle gewerbemedizinischen Fragen, der zuständige Gewerbemedizinalrat ist. Der Gewerbemedizinalrat für die Provinz Westfalen (also auch für den Regierungsbezirk Münster) hat seinen dienstlichen Wohnsitz in Münster (Büro im „Regierungsgebäude am Domplatz.)

Wichtig für die westfälischen Landwirte!

Die vorläufigen Grundsätze über die Verwendung des jetzt errichteten Oedlandkulturfonds sind, wie die Verwaltung des Bezirksverbandes Industriegebiet im Westfälischen Bauernverein mitteilt, folgende:

Für das Rechnungsjahr 1930 werden vom Staat und von der Provinz je 150 000 RM Kredite für Oedlandkultivierung ausgeschüttet und in den Kreisen gegen Schuldurkunde zur Verfügung gestellt. Es sollen in erster Linie Einzelbesitzer berücksichtigt werden. Anträge sind an die Landräte, für Umlegungs-Siedlungssachen, die auf Kulturämtern anhängig sind, an die zuständigen Kulturamtsvorsteher zu richten. Dort können auch die Bedingungen eingesehen werden.

Ein verlogenes christliches Flugblatt.

Ein anonymes Flugblatt, das für die Wahl der Kandidaten des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter bei der bevorstehenden Betriebsrätewahl eintritt, erfordert wegen seiner Verlogenheit eine kurze Erwiderung.

Das Flugblatt behauptet wahrheitswidrig, daß allein die Erhöhung der Beamtengehälter 1927 schuld sei an der ungeheuren Arbeitslosigkeit, weil infolge dieser höheren Beamtengehälter Reich, Länder und Reichsbahn nicht genug Aufträge hätten vergeben können. Nur der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter habe sich 1927 gegen die Erhöhung der Beamtengehälter gewandt. Die freien Gewerkschaften hätten neuerdings in ihren Spitzenorganisationen auch die Heranziehung der Beamten zu Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung abgelehnt.

Die Wahrheit ist:

Die Finanzpolitik des Bürgerblocks, an dem Sozialdemokraten und freie Gewerkschaftler nicht beteiligt waren, hat das heutige Finanzelend im Reiche verschuldet.

Die Wahrheit ist:

Die Subventionspolitik des Reiches zugunsten der Industrie, gegen den Willen der Sozialdemokraten und freien Gewerkschaften vergrößerte das Finanzelend.

Die Wahrheit ist:

Die Steuerscheu der Besitzenden, gegen unsinnige Steuersenkungspläne, gegen den versuchten Abbau der Sozialversicherung führen Sozialdemokraten und freie Gewerkschaften seit Jahr und Tag den heftigsten Kampf, während alle bürgerlichen Parteien untragbare Besitzentlastung und Massenbelastung anstreben.

Die Wahrheit ist:

Ueber 90 Prozent der Beamten haben sicherlich ihre Gehaltserhöhung seit 1927 nicht auf die hohe Kante gelegt, sondern sie für Bedarfsgüter ausgegeben und auch damit die Wirtschaft befruchtet.

Die Wahrheit ist:

Das Gesetz über die Erhöhung der Beamtenbesoldung von 1927 war das Werk der Bürgerblockregierung und des damaligen Finanzministers, der Zentrumsmann war.

Die Wahrheit ist:

Das „Christliche Zentralblatt", das Blatt des Christlichen Gesamtverbandes, schrieb zu der Meldung von der Erhöhung der Beamtengehälter um 18 bis 33 Prozent, daß es nicht Gegner der Erhöhung sei. Da Geld genug vorhanden sei, könne diese Erhöhung auch gut ausfallen, nur müsse das, was den Beamten Recht sei, auch für die Arbeiter billig sein.

Die Wahrheit ist:

Der Reichsfinanzminister, der Zentrumsmann Köhler, kündigte in seiner damaligen Magdeburger Rede die Erhöhung der Beamtengehälter an und erklärte, daß dazu bei der glänzenden Finanzlage des Reiches keine neuen Steuern notwendig seien.

Die Wahrheit ist:

Alle bürgerlichen Parteien, nicht aber die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften, haben den Gedanken eines Notopfers zugunsten der Reichsfinanzen und der Arbeitslosenversicherung abgelehnt. Wenn aus Kreisen der freien Gewerkschaften Bedenken erhoben wurden gegen die Heranziehung der Beamten allein, so einmal aus dem Grunde, weil dazu eine nicht vorhandene ⅔-Mehrheit im Reichstag notwendig wäre, dann aber auch, weil nicht einzusehen sei, warum die Schwerverdiener in der privaten Wirtschaft von diesem Notopfer befreit bleiben sollten.

Die Wahrheit ist:

Die „Bergarbeiter-Zeitung" hat 1927 (siehe Nr. 39 und 46), in scharfer Form für eine Gehaltsaufbesserung für die unteren Beamten und gegen die Aufbesserung für hohe und höchste Beamten Stellung genommen. Sie wandte sich mit Schärfe gegen eine Auslassung vom Deutschen Beamtenbund (den freien Gewerkschaften nicht angeschlossenen), die Lohnforderungen der Arbeiter ablehnte, soweit sie begründet werden sollten mit der Erhöhung der Beamtenbesoldungen. Sie erklärte:

„Verbesserung der Beamtengehälter, soweit notwendig und tragbar, aber auch Behandlung der schwerschuftenden Bergarbeiter in gleicher Weise!"

Die Wahrheit ist:

Die „Bergbau-Industrie" hat am 21. Dezember 1929 eindeutig den Gedanken der Heranziehung der Beamten zu Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung in die Debatte geworfen, weil nicht einzusehen sei, warum die in ihrer Existenz gesicherten, von Arbeitslosigkeit nicht bedrohten Beamten nicht dieses Opfer bringen sollten, um die Arbeitslosenversicherung endgültig zu sichern.

Kameraden! So sieht anonyme Lüge und so sieht Wahrheit aus. Zieht daraus die Konsequenz und wählt bei den Betriebsrätewahlen die Liste des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands!

Politisches Rowdytum.

Die Versammlung der Nationalsozialisten am 21. März in der großen Schützenhalle zu Lüdenscheid nahm einen stürmischen Verlauf. Die Kommunisten hatten durch Flugblätter dazu aufgefordert, den Nationalsozialisten eine Abfuhr zu erteilen und bombardierten sofort bei Beginn der Versammlung auf ein Zeichen hin mit Stühlen und Aschenbechern das Rednerpult und die das Pult umgebenden Nationalsozialisten. Diese gingen zum Gegenangriff vor und räumten in wenigen Minuten den Saal vollkommen. Mehrere Nationalsozialisten — etwa fünf — wurden teilweise erheblich verletzt und mußten verbunden werden. Wieviel Verletzte die Kommunisten haben, ließ sich nicht feststellen, da sie unter Mitnahme der Verwundeten abrückten. Nach Wiederherstellung der Ruhe wurde die Versammlung fortgesetzt, und der Redner Josef Waaner, Bochum, konnte seinen Vortrag beginnen. Aber bereits nach wenigen Minuten löste die Polizei die Versammlung auf, räumte den Saal und den Vorplatz der Schützenhalle.

Die Kommunisten geben Bergarbeiter preis!

Sie arbeiten mit der Direktion Hand in Hand.

Große Lettern als Ueberschrift gibt das „Ruhel-Echo" vom Montag, dem 17. März, einen Bericht über eine Belegschaftsversammlung der Zeche Neumühl. Diese Ueberschrift lautet:

Kampfruf der Belegschaft der Zeche Neumühl.

Die Belegschaftsversammlung war notwendig, weil die Kommunisten, die auf Neumühl das Feld beherrschen, der Direktion Handlangerdienste bei der Kündigung der Bergarbeiter geleistet haben. Die Bergarbeiter empören sich über das Hand-in-Handarbeiten des kommunistischen Betriebsrats mit der Direktion bei der Entlassung der Bergarbeiter. Der Kampfruf der Belegschaft war somit der Kampfruf gegen die Moskaujünger. Es handelt sich um folgendes:

Wie bei den Stillegungsverhandlungen die Vertreter der sogenannten „revolutionären Opposition" die Interessen der Arbeiter wahrnehmen, konnte man bei der Stillegungsverhandlung am 11. März auf Zeche Neumühl in Hamborn feststellen. Der gesamte Betriebsausschuß, außer den Angestellten, ist auf dieser Zeche von „Oppositionellen" besetzt. Was haben diese „Weltbeglücker" nun getan, um die Stillegung auf Neumühl zu verhindern? Nein gar nichts! Im Gegenteil, sie fanden sich sogar bereit, die Rechte der Arbeiter an den Unternehmer preiszugeben. Bei der Verhandlung über die Entlassung von 400 Mann teilte der Zechendirektor mit, daß er bereits eine zweite Meldung auf weitere Entlassung von 200 Arbeitern gemacht habe. Er regte an, keine weiteren Verhandlungen wegen dieser 200 Mann anzusetzen, und wünschte die Zustimmung sämtlicher Anwesenden zu dieser Entlassung. Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisation sowie deren Betriebsräte sprachen sich ganz entschieden gegen diesen Vorschlag aus. Sie wiesen darauf hin, daß in drei bis vier Wochen unter Umständen die Situation eine ganz andere wäre und man nicht jetzt schon die Interessen der betreffenden Arbeiter preisgeben könne. Wer nun glaubte, daß die „klassenbewußte Opposition" sich erst recht gegen den vom Direktor gemachten Vorschlag wenden würde, wurde eines anderen belehrt.

Der Wortführer dieser „Auch-Arbeitervertreter" erklärte im Namen seiner Freunde, der Ansicht des Herrn Direktors zuzustimmen. Es habe keinen Zweck, wegen der 200 Mann, die später zur Entlassung kommen sollen, nochmals zu einer Verhandlung zusammenzukommen.

So sieht die Interessenvertretung der Arbeiter durch diese Mameluken aus. In den Versammlungen können sie den Mund nicht weit genug aufreißen, um über den Verrat der reformistischen Gewerkschaft und deren Vertreter zu schreien. Bei praktischer Arbeit versagen sie vollkommen, segeln sogar ins Fahrwasser des Unternehmertums.

Kameraden! Merkt euch dieses! Gebt dieser Sorte von „Klassenkämpfern" bei der Betriebsratswahl die richtige Antwort, indem ihr nur die Liste der freien Gewerkschaften wählt.

Nachts überfallen!

Hustenreiz läßt Sie nicht schlafen. Die natürlichen Fay's Sodener Pastillen geben Ihnen die ersehnte Ruhe wieder.

Kampf mit stumpfen Waffen.

Warum die Raupenbekämpfung stets zur Erfolglosigkeit verurteilt ist.

In diesen Tagen sind Städte und Gemeinden nicht nur selbst eifrig bemüht, in ihren Grünanlagen an den öffentlichen Straßen und auf den kommunalen Plätzen den Kampf gegen die Goldafterraupenplage durch Vernichtung der Raupennester energisch, sondern auch durch öffentliche Bekanntmachungen und Mahnungen in der Presse die Baum- und Heckenbesitzer auf die Notwendigkeit ihrerseits die gleiche Vernichtung vorzunehmen unter Hinweis auf die Strafbarkeit des Unterlassens aufmerksam zu machen. Um so eigenartiger berührt es andererseits, zu sehen, daß in Waldstücken und Wäldern in den Bäumen oft genug Nest bei Nest sitzt, ohne daß die in Frage kommenden Waldbesitzer irgendwelcherlei Anstalten machen, entsprechend den Aufforderungen und Annahmungen der Gemeinden die Vernichtung dieser riesigen Raupenherde vorzunehmen. Der kleine Baumbesitzer wird deshalb unmutig, versäumt die ihm auferlegte Pflicht und wird dafür von der kommunalen Polizeiverwaltung in Strafe genommen. Wenn er Glück hat, und einen milden Richter trifft, kommt er im Einspruchsverfahren von der Strafe wieder frei. Es kann ihm aber auch blühen, daß er zu der bestätigten Strafe obendrein noch die Gerichtskosten zu bezahlen hat. Auf der anderen Seite muß er dann hören, daß sein größerer Nachbar, der Waldstücksbesitzer, völlig unbehelligt bleibt. Wird tatsächlich mit zweierlei Maß gemessen? In der Praxis ja, obwohl nach dieser Richtung hin bei den kommunalen Polizeiverwaltungen keinerlei böser Wille besteht. Der Zusammenhang ist einfach der, daß die in Frage kommende Regierungspolizeiverordnung, auf der die örtlichen Polizeiverordnungen und damit auch der herausgehenden Strafmandate fußen, wohl die Möglichkeit bietet, den kleinen Baum- und Heckenbesitzer in Strafe zu nehmen, dagegen aber die Waldbesitzer ausdrücklich freiläßt, da diesen mit Rücksicht auf die damit verbundenen hohen Kosten, die systematische Raupenvertilgung nicht aufgezwungen werden könne. Die Folge ist einmal Unmut bei den Baum- und Heckenbesitzern, auf der anderen Seite Nutzlosigkeit aller von diesen und den Kommunen selbst getroffenen Vernichtungsmaßnahmen. Denn was hilft es, wenn tatsächlich in einem gewissen Umkreise ein paar Hundert einzelne Bäume und ein Dutzend Hecken gründlich gesäubert werden und der in dem Bezirk liegende Wald nach wie vor ein riesiger Raupenherd bleibt, von dem dann, wenn der Wald selbst kahlgefressen ist, riesige Züge von Millionen und aber Millionen der gefräßigen Kriecher ausgehen und über die gleichen Bäume und Hecken herfallen, die von ihren Besitzern mit großer Mühe und einigem Kostenaufwand gesäubert worden sind. Es muß daher von der Regierung in Münster gefordert werden, daß entweder auch Wälder und Waldstücke in den Gültigkeitsbereich der in Frage kommenden Regierungspolizeiverordnung hineingezogen werden oder man möge auch die kleinen Besitzer davon freilassen und damit eine Quelle verstopfen, aus der viel Aerger und Unmut entspringt. Will man wirklich mit aller Energie den Kampf gegen die von Jahr zu Jahr immer noch größer werdende Raupenplage durchführen, dann scheue man bei der Bekämpfung auch vor den letzten Konsequenzen nicht zurück oder man setzt sich der Gefahr aus, daß auch in diesem Falle festgestellt wird, daß man die kleinen Diebe aufhängt, während man die großen laufen läßt.

Auch der Staatsbergbau feiert weiter.

Ebenso wie in der vergangenen Woche war auch am Montag wieder auf sämtlichen Schachtanlagen der Bergwerks-AG. Recklinghausen eine Feierschicht eingelegt. Gerüchtweise verlautet, daß Ende der laufenden Woche eine zweite Feierschicht folgen soll.

Gerichtliches

Schöffengericht Gelsenkirchen.

Ein unvorsichtiger Wirt.

Sehr unvorsichtig ist der Wirtschaftsvertreter Franz Z. aus Wattenscheid gewesen. Am 1. Juli v. J. befand sich in seinem Lokal ein Gast Th. Dieser hatte nun wohl in seinem angeheiterten Zustand die Schwägerin des angeklagten Wirts beleidigt, was dieser unbedingt entschuldigt haben wollte. Zu einer Abbitte war der Gast auch bereit, jedoch hat sich der Wirt in seinem allerdings verständlichen Aerger hinreißen lassen, dem Gast mit einer halbleeren Mineralwasserflasche über den Kopf zu schlagen. Diese Tat wurde vom Gericht als äußerst brutal und für einen Wirt

Nr. 71. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Dienstag, den 25. März 1930.

Die politische Lage in Preußen.

Landtagsabgeordneter Jakobs vor der Unterbezirks-Generalversammlung.

Zu Anfang seines Referats gab Genosse Jakobs einen Rückblick auf die bisherigen Preußenkabinette und eine Würdigung der von diesen geleisteten Arbeit. Er begann mit der „Aera Stegerwald", die bekanntlich bis zum November 1921 währte. Die Frage, ob die Große Koalition kommen sollte oder nicht, wurde zugunsten der Großen Koalition gelöst und im November 1921 kam in Preußen die erste Regierung der Großen Koalition zustande, in die von der Deutschen Volkspartei zwei Minister entsandt wurden. Diese Regierung hat seinerzeit friedlich und schiedlich die Geschicke des Preußenstaates gelenkt.

Die Partei verfügte in der Zeit von 1921 bis 1924, nach der Vereinigung mit der USP., insgesamt über 134 Sitze im Parlament. Nach der Dezemberwahl 1924 verblieben ihr nur noch 114 Sitze.

Die Volkspartei

hielt den Augenblick für gekommen, das Zentrum von der SPD. loszulösen und es nach rechts abzutreiben. Es kam zu verschiedenen Mißtrauensvoten. Im Januar 1925 zog die Volkspartei ihre beiden Minister aus der Regierung zurück. Die Weimarer Koalition hat sich mit den beiden Polen bis 1928 durchgesetzt, aber dringlichste Aufgaben, wie etwa die Verwaltungsreform und das Städtebaugesetz, konnten nicht erledigt werden. Zu jener Zeit ward der preußische Ministerpräsident Otto Braun heftigsten Anfeindungen seitens der Volkspartei ausgesetzt.

Als die Auflösung des Landtages schon beschlossen war, erklärte der volksparteiliche Dr. v. Campe wörtlich, daß das Kabinett der Großen Koalition mit eisernen Lettern in die Geschichte Preußens eingeschrieben sei. Die Ueberwindung des Separatismus im Rheinland sei eines der größten Verdienste der Großen Koalition. So urteilte die Volkspartei über die Große Koalition hinterher! Sie behauptete damals, daß ihr Ziel nicht die Schaffung des Bürgerblocks sei, denn das deutsche Volk dürfe nicht in zwei Teile zerfallen, nicht in einen, der besitze, und einen, der bezahle.

Dann kam der Wahlkampf, und jetzt hieß es in den Wahlaufrufen der Volkspartei: „Von roten Ketten macht euch frei allein die Deutsche Volkspartei!" So vielseitig kann die Volkspartei sein.

Das Kabinett Braun wurde gestürzt, es kam Marx, dann Höpker-Aschoff. In dem sog. „Fachministerkabinett" Marx mußten wir uns mit einem Minister begnügen. Die Genossen im Lande sagten nicht mit Unrecht, wir hätten uns das nicht bieten lassen dürfen.

Es drohte jedoch die

Gefahr des Abschwimmens des Zentrums nach rechts.

Wir hätten bestimmt in den Jahren 1924 bis 1928 den Bürgerblock gehabt. Es ist nicht anzunehmen, daß dieser Bürgerblock die Interessen der Arbeiterschaft besser vertreten hätte.

Nach dem Tode Eberts

trat die Reichspräsidentenwahl an uns heran. Im ersten Wahlgang vereinigte Otto Braun 9,8 Millionen Stimmen auf sich. Vor dieser Wahl hatte zwar die Volkspartei gedroht, den Landtag aufzulösen und Neuwahlen vornehmen zu lassen, nach der Wahl aber fiel es ihr gar nicht mehr ein, mit dem Gedanken einer Neuwahl auch nur zu spielen. Selbst die Barmataffäre hatte uns keinen Abbruch getan, wir hatten im Gegenteil eine erhebliche Stimmenzahl gewonnen. Braun wurde dann mit Zustimmung des Zentrums, das sich früher dagegen gesträubt hatte, preußischer Ministerpräsident. Marx wurde Reichspräsidentschaftskandidat.

Seit dieser Zeit stand Otto Braun ununterbrochen an der Spitze der Preußenregierung,

wohingegen Herr Marx bei der Reichspräsidentenwahl unterlag. Hindenburg habe, wie besonders die Ereignisse der jüngsten Zeit zeigten, alles getan, was er pflichtgemäß als Reichspräsident zu tun hatte. Wir haben keine Ursache, gegen den zweiten Reichspräsidenten Stellung zu nehmen. Wer aber kann wissen, wie Herr Marx, der die Reichsbannerjacke so schnell wieder mit dem Jesuitenrock vertauschte, sich als Reichspräsident aufgeführt hätte!

Die Volkspartei hat es immer verstanden, mit verdeckten Karten zu spielen. Im März 1926 stimmte sie geschlossen mit den Kommunisten für ein kommunistisches Mißtrauensvotum gegen den Genossen Braun. Dieses Beispiel zeigt, wie wenig zuverlässig die Deutsche Volkspartei bis in die letzte Zeit hinein war.

Bis 1928 konnte im Preußenkabinett keine große gesetzgeberische Arbeit geleistet werden. Lediglich die

Umgemeindungsgesetze Gelsenkirchen-Buer-Horst und Dortmund

kamen zur Verabschiedung. Die von Severing längst geforderte Verwaltungsreform und das Städtebaugesetz konnten jedoch nicht erledigt werden. Trotz ihrer geringen Mehrheit haben die Weimarer Parteien verstanden, gut zu regieren. Ihre Versuche, die Große Koalition zustandekommen, scheiterten restlos.

Nach den Maiwahlen 1928

sog die SPD. mit 22 Mandaten mehr in den Landtag. Was wir jedoch auf der einen Seite gewannen, verloren Zentrum und Demokraten. Doch war immerhin noch eine Mehrheit von 230 gegen 220 Stimmen vorhanden.

Nach der Wahl drängte die Volkspartei mit Macht in die Regierung.

Sie sah nämlich ein, daß sie der Arbeit der Weimarer Koalition keine Schwierigkeiten machen konnte. Sie wurden jedoch immer wieder vertröstet und das ist so geblieben bis vor nicht allzulanger Zeit. —

Dann kam es wieder zu Verhandlungen. Wir erhoben auf Grund unserer Stärke Anspruch auf einen weiteren Ministersitz. Das Zentrum zeigt sich hartnäckig und wollte nichts abgeben. Die Demokraten als schwächste Fraktion von 21 Mitgliedern hätten „Danke schön" sagen und zufrieden sein sollen, wenn man ihnen wenigstens einen Minister ließ. Die Volkspartei sollte das Handelsministerium und einen Minister ohne Portefeuille bekommen. Auch diese Verhandlungen zerschlugen sich, weil die Volkspartei auf Grund ihrer Stärke glaubte, daß sie Anspruch auf zwei Minister erheben könne und die Demokraten an einem vollauf genug hätten. Uns wurde von der Volkspartei ein weiterer Sitz zugebilligt.

Um die

Besetzung des Kultusministeriums

hat sich ein unschöner Kampf abgespielt. Gerade die Demokraten erhoben gegen unseren Vorschlag König entschieden Einspruch. Das Zentrum hätte König gewiß akzeptiert, jedoch die ehemaligen „Freisinnigen" wehrten sich nach Kräften. In unserer Landtagsfraktion gab es deswegen einen ziemlich schweren Kampf.

Ich bin kein Koalitionsfreund unter allen Umständen, aber ich hätte es mitgemacht, wenn man die Demokraten ausgeschifft hätte und der Volkspartei ihre beiden Ministersitze überlassen hätte. Wir hätten sicher dieselben Erfolge erzielt.

Genosse Grimme bezog als Kultusminister eine sehr schwierige Stelle, und es wäre zu wünschen, daß die Parteigenossen, besonders Lehrergenossen, ihm das Leben nicht allzulange sauer machten. Seine Geheimräte machen ihm das Leben scherzlich schwer genug.

Der Referent kommt sodann auf die

Beseitigung des Genossen Grzesinski

zu sprechen, die bekanntlich eine Folge einer unfairen Handlungsweise des Senatspräsidenten Grützner war, die sich die Partei nicht gefallen lassen konnte und worauf Grützner aus der Partei ausgeschlossen wurde. Grzesinskis Verhalten war einwandfrei. Er lebte seit zehn Jahren nicht mehr mit seiner Frau zusammen, aber das sind schließlich die persönlichsten Angelegenheiten eines Menschen, die niemand etwas angehen. Seine Frau hat gegen ihn keine Scheidungsklage gestellt, er selbst hat keine Ursache, gegen seine Frau zu klagen. Wie er aber als anständiger Mensche für seine Familie gesorgt hat, zeigt die Tatsache, daß er sie im Jahre 1929 allein mit 19 000 RM unterstützt hat.

Von einer „Pflichtvergessenheit" kann also gar keine Rede sein, um so mehr haben ihn darum die völlig unberechtigten Angriffe des früheren „Parteigenossen" Grützner, der ihm sehr viel verdankte, getroffen. — An die Stelle des abtretenden Innenministers berief Braun sofort den Gen. Waentig.

Aus der preußischen Gesetzgebung

bemerkenswert ist u. a. die Auflösung der Gutsbezirke, die eine Beschneidung der Selbstherrlichkeit der Großagrarier bedeutete. — Die für unser Gebiet besonders brennenden

Fragen des Bergbaus

wurden eingehend behandelt.

So gelang es uns, an Hand der Grubenkatastrophen des Jahres 1925, endlich unsere alte Forderung auf Einsetzung unabhängiger Grubenkontrolleure durchzudrücken. Heute besitzt jedes Bergrevier einen, 1926 waren es erst sechs insgesamt. Da der Betriebsrat praktisch ja doch nicht völlig unabhängig von der Verwaltung sei, läßt sich doch wohl im Einvernehmen mit den unabhängigen Kontrolleuren mancher Uebelstand beseitigen.

Seit 1926 haben wir eine dauernde Senkung der Unfallziffern zu verzeichnen. Gewiß sind sie auch heute noch sehr hoch, aber es ist doch wesentlich besser geworden. Es muß auch unsere zukünftige Aufgabe sein, sie immer weiter einzudämmen. Wir wünschen schon lange das Reichsbergbaugesetz, und so wird in Zukunft wohl hieraus auch eine Angelegenheit des Reiches werden.

Für das Konkordat,

das von Preußen abgeschlossen wurde, habe er, wie er offen zugebe, gestimmt, und zwar nicht nur unter dem Fraktionszwang, sondern aus freier Ueberzeugung, weil endlich ein ungesetzlicher Zustand beseitigt werden mußte und weil er gewußt habe, daß ein Reichskonkordat auf Grund der Zusammensetzung des Reichstages anders ausgesehen hätte, als in Preußen. Man vergleiche mit dem preußischen nur das bayerische Konkordat, nach dem die

Schulen in Bayern im Gegensatz zu Preußen der Kirche unterstellt

sind. Unsere Zustimmung habe sich bei den Wahlen keineswegs so ausgewirkt, wie viele befürchteten: im katholischen Rheinland haben wir sogar sehr gut abgeschnitten. Bei den Urwahlen der Freidenkerbewegung in Berlin haben wir sogar, obwohl gerade die Berliner Genossen sehr scharf gegen das Konkordat eingestellt waren, 64 000 Stimmen erhalten, während die Kommunisten nur 30 000 erhielten, obwohl das Verhältnis früher genau umgekehrt war.

Die sozialdemokratische Fraktion hat bezüglich der Freidenkerbewegung eine Entschließung eingebracht, die die

Gleichberechtigung der Freidenkerbewegung mit den Kirchen

forderte, und daß der Staat auch die gleichen Mittel für diese Organisation zu bewilligen habe. Mit den Stimmen des Zentrums und der Demokraten kam unser Entschließungsantrag zur Annahme, bezeichnend aber war,

daß die Entschließung von den Kommunisten restlos abgelehnt wurde!

Zum Eingemeindungskampf 1926.

Genosse Jakobs begründet seine Stellungnahme während des Eingemeindungskampfes, die ihm besonders von den Gelsenkirchener Genossen verübelt worden sei. Er sei eben nicht mit gebundener Marschroute nach Berlin gegangen und behalte sich das Recht der eigenen Meinung vor. Im übrigen bekennt Gen. Jakobs, daß er eben kein Freund von Großstädten sei, und daß er das auch nie werden würde, auch nicht, wenn er in Gelsenkirchen ansässig wäre.

Zukunftsaufgaben in Preußen.

Es liegt vor der Referentenentwurf eines Gesetzes über die kommunale Selbstverwaltung, Landgemeinde- und Städteordnung, Kreis- und Provinzordnung. Alles soll in einem Gesetz verabschiedet werden. Wenn der Referentenentwurf ohne Abänderung Gesetz werden sollte, dürfen wir sicher zufrieden sein. — Das Städtebaugesetz ist ebenfalls in Arbeit.

Ueber die Personalpolitik könne er sich wegen der vorgeschrittenen Zeit nicht ausführlich verbreiten, nur begrüße er, daß die Landräte zukünftig nicht mehr Wahlbeamte, sondern vom Ministerium zu ernennende Staatsbeamte sein sollen.

Wir haben also, meinte Genosse Jakobs zum Schlusse, alle Ursache, darauf zu achten, daß die Regierungsgewalt in unserer Hand bleibt. Es sei nicht anzunehmen, daß das Erwerbslosengesetz im Herbst so verabschiedet worden wäre, wenn unsere Leute nicht in der Reichsregierung säßen. Wenn man im Kampf um die neuen Steuern den geplanten Diebstahl an den Aermsten der Armen verhindern könne, so hat es schon Zweck, in der Regierung zu sitzen.

Die Frage evtl. Neuwahlen dürfe angesichts der ganzen heutigen politischen Situation nicht leichtfertig behandelt werden. Genosse Jakobs beschäftigt sich eingehend mit unseren Aussichten bei einer evtl. Neuwahl. Eine Besserung der wirtschaftlichen Lage würde eine Verbesserung unserer Aussichten bedeuten. Wir haben dafür zu sorgen, daß uns nicht alles wieder verlorengeht, was wir in zehn Jahren aufgebaut haben.

Kritik ist gut und nützlich, nur darf nicht kritisiert werden, nur um zu kritisieren. Bei gutem Willen werden wir die Partei vorwärtsbringen und zum Segen der entrechteten Volksschichten Arbeit leisten können!

Die Aussprache.

Die Aussprache über das Referat wurde eröffnet vom Gen. Reichstagsabg. Janschek, der darauf hinwies, daß die Volkspartei auch im Reiche versucht habe, eine Katastrophenpolitik zu treiben. Sie sei wohl darüber verärgert, daß sie in Preußen nicht zum Ziele gekommen ist. — Der Youngplan bringe uns, das stehe fest, Erleichterungen. Hilferding als Sündenbock hinzustellen, sei durchaus falsch. Der „Hanfabund" habe ihm das Leben reichlich erschwert. — Mit der abnormen Arbeitslosigkeit, wie wir sie heute zu verzeichnen haben, haben wir natürlich nicht rechnen können. So schmerzlich auch die Beitragserhöhung für die Erwerbslosenversicherung für die Arbeiter sein mag, noch schmerzlicher wäre der Abbau der Leistungen für die Aermsten unter uns. — Die Annahme des Youngplans wird sich etwa in einem Jahre schon auswirken, dann werden wir die Entlastung spüren. Darum sei es falsch, jetzt aus der Regierung auszutreten und den andern die Ausbeute zu überlassen.

Genosse Bohle (Holsterhausen) begründete den Antrag des Ortsverbandes Dorsten, den wir bereits gestern veröffentlichten und der von der Generalversammlung angenommen wurde. Der Antrag wendet sich gegen die Entrechtung des aus der Kirche ausgeschiedenen Volksteils. Unsere Partei stehe heute voll und ganz hinter der weltlichen Schule. Lehrer und Eltern, die die weltlichen Schulen gegründet und ausgebaut haben, haben aufgeatmet, als sie hörten, daß ein Sozialdemokrat preußischer Kultusminister geworden sei. Anfänglich herrschte zwar unter uns auch die Meinung vor, daß Becker nur schwer ersetzt werden könnte. In Preußen sind unzählige konfessionelle Akademien geschaffen worden, unterstützt durch den Lehrerverein und den Kultusminister Becker, aber nicht eine einzige weltliche Akademie haben wir.

Genosse Brüntink (Gelsenkirchen) wendet sich mit Entschiedenheit gegen das von Grzesinski erlassene Demonstrationsverbot, das auch die verfassungs- und staatstreuen Organisationen sehr hart treffe. So habe das Reichsbanner in Gelsenkirchen gelegentlich der Beerdigung eines Kameraden mit der Polizei erhebliche Schwierigkeiten gehabt, obwohl es von vornherein von einer Demonstration abgesehen hatte. Trotzdem rückte das Ueberfallkommando an, um einen sich evtl. bildenden Demonstrationszug zu zerschlagen. Selbst die Spielleute mußten auseinandergehen. Rückmärsche vom Begräbnisplatz wurden auch nicht gestattet. Was tut es schon, wenn die KPD. mit 200 bis 300 Mann demonstrierend durch die Straßen zieht? Hier wird der Staat sich doch wohl gewiß noch Respekt verschaffen können. Nur weil in einer kommunistischen Versammlung in Katernberg, in der Thälmann sprechen sollte, ein Mann „Rot Front!" gerufen hatte, wurde die Versammlung von der Polizei aufgelöst! Thälmann war zwar nicht erschienen, aber die Versammlung war für die Kommunisten eben durch die Auflösung ein voller Erfolg. — In Stoppenberg wurde nach einer Thälmann-Versammlung von der Versammlung geschlossen „Rot Front!" gerufen, und dann wurde die sowieso schon beendete Versammlung zum Gaudium der Kommunisten auch noch „aufgelöst"! Durch solche Vorkommnisse werde das Demonstrationsverbot schließlich zur Karrikatur gestempelt. Gen. Brüntink bittet den Landtagsabgeordneten Jakobs, im Ministerium diesbezüglich vorzusprechen. — Zum Schlusse empfiehlt er noch einige Aenderungen zum Antrag des Ortsvereins Buer-Scholven, in dem Vorschläge zur Finanz- und Steuerreform gemacht werden und der mit den von Brüntink vorgeschlagenen Aenderungen von der Generalversammlung angenommen wurde.

Sodann sprachen noch die Genossen Mertens (Gelsenkirchen) und Hohmann. Mertens' Ausführungen haben wir schon gestern in ihrem wesentlichen Teil wiedergegeben. Hohmann fordert, daß die Partei uns aus der kapitalistischen Wirtschaft und aus dem Elend herausführen möge! Noch immer ist die Not der Erwerbslosen groß und noch gibt es in der Erwerbslosenversicherung große Härten, die beseitigt werden müssen. Geradezu unverständlich seien die teilweise ungeheuer hohen Gehälter angesichts der Notlage, in der sich der größte Teil des Volkes befindet.

Genosse Bartel begründet die Anträge des Ortsvereins Buer-Scholven, die wir gestern bereits veröffentlichten und die von der Generalversammlung auch angenommen wurden.

Es folgte dann das Schlußwort des Genossen Jakobs, das unseren Lesern auch schon durch den gestrigen Bericht bekannt ist.

Rundfunk-Programm

Rundfunk-Programm Köln (227) und Langenberg (478).
Zwischensender: Aachen (453) und Münster (234).

Gleichbleibendes Werktags-Programm. 6.45: **Leibesübungen.** ● 7: Schallplatten. ● 10.15: Schallplatten. ● 10.30: **Wasserstände.** ● 12.10: Schallplatten ● 12.50: Wetter. ● 12.55: Rauener Zeit. ● 13.05: Mittagskonzert ● 15.30: Wirtschaftsberichte. ● 16.25: **Zweite Wirtschaftsmeldungen (außer Samstags).** ● 18.50: **Vom Tage (außer Sa.).** ● 19: **Wirtschaftsmeldungen und Wetter.**

Dienstag, 25. März. 11.15: Schulfunk. ● 13.05: **Konzert.** ● 15: Kinderspielstunde. ● 16: Bücherstunde. ● 16.25: **Hans Friedrich Blunck** liest aus seinem Roman: **„Land der Vulkane".** ● 16.50: Funkpädagogische Arbeitsgemeinschaft: **Die Problematik** des Schulfunks. ● 17.30: Schallplatten. ● 18.30: **Prof. Dr. Most** Wirtschaft und Persönlichkeit. ● 19.15: Französisch. ● 19.40: Gespräche über Menschentum: Hardt — Honigsheim — Stein — Worm. ● 20.15: **Rudolf Rieth:** Die Nacht der Städte. Ihre Spiegelung in Versen, Prosastücken, Romanzen und Balladen unserer Zeit.

Deutsche Welle (1635).

Deutsche Welle. Gleichbleibendes Werktags-Programm. 6.55: Wetter für den Landwirt. ● 7: Gymnastik. ● 12.25: Wetter für den Landwirt (So 12.50). ● 12.55: Rauener Zeit. ● 14: **Berlin:** Schallplatten. ● 15.30: Wetter, Börse.

Deutsche Welle. Dienstag, 25. März. 9: Ed. Bernstein: **Aus dem alten Berlin.** ● 10: W. Mayer: **Einführung in die Flugtechnik.** ● 12: Französisch für Schüler. ● 12.30: Schallplatten. ● 14.30: Tanzturnen für Kinder. ● 15: Jugend-Schach. ● 15.45: **Künstlerische Handarbeiten.** ● 16.30: Leipzig: Konzert. ● 17.30: **Dr. Privat:** Freundschaften großer Männer: **Goethe und Schiller.** ● 17.55: **Prof. Dr. Palat:** Imperialistische Methoden der großen Politik. ● 18.20: Dr. Baja: Konstitution beim Zahnarzt. ● 18.40: Französisch für Fortgeschrittene. ● 19.05: Ob.-Reg.-Rat Dr. Peiser: Soziale Wandlungen im Eigentumsbegriff. ● 19.30: **Baumeister** Kundt-Graber: Der Facharbeiter im Baugewerbe. ● 20: **Gedanken** zur Zeit: Diktatur oder Parlamentarismus. Zwiesprache zwischen Reichstagspräsident Löbe und Prof. Dr. Frhr. von Freytagh-Loringhoven. ● 20.40: „Die Nacht der Städte." Ihre Spiegelung in Versen, Prosastücken, Romanzen und Balladen unserer Zeit. ● Anschl.: Schlagersänger. Schallplatten. ● 22.25: **Dr. Rösicher:** Politische Zeitungsschau. ● Deutsch: Zeit, Wetter.

Theater / Musik

Städtische Veranstaltungen.

In der Schauburg, Buer, bringt das Düsseldorfer Schauspielhaus als Vormietegastspiel Bernard Shaws dreiaktige Komödie „Eltern und Kinder" am 27. März zur Aufführung. Beginn: 19.30 Uhr, Ende gegen 22 Uhr. Tageskarten zu 1, 2, 3, 4 RM im Rathaus Buer (Zimmer 17), Haus-Sachs-Haus (Zimmer 228), bei Arenhold (Buer), in der Urbanusbuchhandlung (Buer), bei den Verkehrsvereinen Buer und Horst, bei Volmer in Herten, Overmeyer in Dorsten und am Donnerstag an der Abendkasse in der Schauburg.

Das Städtische Konservatorium

siedelt zum neuen Schuljahr in die Stadtmitte, in die in der Nähe des Hauptbahnhofs gelegene Dessauer Straße über. Neuanmeldungen können Mittwoch, den 26. März, von 16 bis 19 Uhr, und Donnerstag, den 27. März, von 15 bis 17 Uhr, im bisherigen Konservatoriumsgebäude Ueckendorf, Knappschaftsstr. 4, erfolgen.

Filmschau

„Schauburg", Gelsenkirchen.

Der „Liebeswalzer" ist eine Tonfilmoperette, die uns mit allen vorausgegangenen Tonfilmen versöhnt. Bezeichnen wir die anderen als Versuche. Der „Liebeswalzer" ist eine geglückte Sache. Schmissig und voll Schelmerei rollt sich die Geschichte eines trotzigen Prinzeßchens und dem dazu gehörenden Prinzen vor den Augen der Zuschauer ab. Eine an und für sich gewiß nicht neue und aufregende Idee. Aber man spürt förmlich die Liebe und Hingabe, mit der jeder einzelne Spieler bei der Sache ist. Lilian Harvey als Prinzeßchen zeigt sich sowohl im Dreivierteltakt als auch von der schlagkräftigen Seite gleich graziös und anmutig.

Willy Fritsch als Sohn des amerikanischen Autokönigs und späteren Prinzgemahls geht liebenswürdig lächelnd mit. Georg Alexander zwingt mit seinem „Das ist ja reizend" dem Zuschauer des öfteren ein verständnisinniges Schmunzeln ab. Die Milieuschilderungen, umrahmt von witzig-satirischen Dialogen sind köstlich und entfesseln wahre Lachstürme. So ist z. B. bei den Lauenburger Gesangverein jeder einzelne Darsteller eine Type. Die Tonwiedergabe ist glänzend gelungen. Die musikalische Darbietung gut. Man läßt sich wohlig von den gefälligen Walzerweisen umschmeicheln und geht von Anfang bis zu Ende willig mit. — Alles in allem ist das Ganze als Fortschritt in der Tonfilmkunst zu bezeichnen. Das Beiprogramm „In Jena sind alle Mädchen so blond", gesungen von Franz Baumann, auch nett. Dann noch eine Lausbubenkomödie, in der die ollen Römer verpflaumt werden und die bekannt gute Ufa-Wochenschau.

Wer sich also gut unterhalten und recht herzlich lachen will, dem sei das diesmalige Schauburgprogramm warm empfohlen.

ARBEITER-SPORT

13. Organisationsbezirk.

Auch der 13. Bezirk rüstet zum zweiten westdeutschen Treffen in Dortmund!

Die für Sonntag, den 23. März, einberufene Bezirkslehrstunde war von der Turnersparte sehr gut besucht. Leider fehlten dort die Schwimmer, und was ist eigentlich mit den Fußballern los? Können die schon alles für unser Westdeutsches? Pflicht und Schuldigkeit der einzelnen Spartentechniker wird es sein, hier so einzugreifen, daß endlich einmal die Fußballer (die Schwimmer nicht zu vergessen) Ergänzungssport im Sinne unserer Bewegung zeigen müssen. Die einzelnen Uebungen zum 2. Westdeutschen wurden von den anwesenden Genossen (zirka 50) in einer Weise angenommen, daß es eine Lust war, sich dieses Treiben anzusehen. Zum Schluß der Bezirkslehrstunde ging noch ein Trainingslauf vonstatten. Die nachfolgende Besprechung sah folgende Punkte auf der Tagesordnung vor: Punkt 1: Bezirkslehrstunde, Punkt 2: Waldlauf, Punkt 3: Westdeutsches, Punkt 4: Hallen-Turn- und -Sportfest in Gelsenkirchen. Zu Punkt 1 gab Bezirkstechniker Gen. Ritter bekannt, daß er nicht zufrieden mit der Bezirkslehrstunde sei. Besonders gerügt wurde von ihm, daß es die Spartentechniker der Fußballer und der Schwimmer, obwohl er sie noch persönlich eingeladen hatte, es nicht für nötig befunden haben, die Bezirkslehrstunde zu besuchen. Auch die anwesenden Genossen konnten es nicht unterlassen, in dieselbe Kerbe einzuschlagen. Mittel und Wege müssen gefunden werden, um hier zu dem Ziel zu kommen, das wir uns gesteckt haben. — Der Waldlauf findet in Gladbeck statt. Alles Nähere wird demnächst durch die Presse und den „Volkssport" bekanntgemacht. Unser 2. Westdeutsche in Dortmund brachte nur einen Gedanken: Restlose Beteiligung aller Sportgenossinnen und -genossen des 13. Bezirks! Hallen-Turn- und -Sportfest. Da die Vorarbeiten soweit gediehen sind, soll und muß es auch hier heißen: trotz der schweren wirtschaftlichen Lage alles bereit zu halten für den 27. April! Zum Schluß gab der Bezirkstechniker noch bekannt, daß der diesjährige Reichsarbeitersporttag am 23. Juni in Gladbeck stattfindet, ein Jugendleiterkursus findet am 12. und 13. April in Rotthausen statt. Alle Spartenjugendleiter haben sich daran zu beteiligen. Da sonst nichts weiter vorlag, schloß der Bezirkstechniker Ritter die von regem Arbeitsgeist beseelte Tagung. F. Ch.

13. Turnspartenbezirk.

Die für Samstag, den 22. März, einberufene erweiterte Turnspartenvorstandssitzung, die sich mit den Vorarbeiten der einzelnen Ausschüsse für das Hallen-Turn- und -Sportfest in Gelsenkirchen am 27. April beschäftigte war mit Ausnahme von drei Genossen vollzählig besucht. Turnspartenleiter Genosse Wohlgemuth gab die Tagesordnung bekannt: 1. Hallen-Turn- und -Sportfest, a) Berichte der Ausschüsse, b) Aussprache, c) Programm, 2. Bezirksangelegenheiten. Die einzelnen Ausschüsse konnten nur Befriedigendes melden. Partei und Gewerkschaft wollen sich in diesem Sinne beteiligen, so daß wir bestimmt mit einem Massenbesuch rechnen können. Die Ausarbeitung des Programms wurde von den einzelnen Funktionären entgegengenommen. Da sonst nichts weiter vorlag, schloß unser Turnspartenleiter Genosse Wohlgemuth, die Sitzung mit dem Wunsche, daß jeder tatkräftig mitarbeiten möge zum Wohlgelingen unseres ersten Hallen-Turn- und -Sportfestes! F. Ch.

An alle Vereins- und Spartenjugendleiter des 13. Organisationsbezirks!

Laut Beschluß der letzten Vereinsjugendleitersitzung in Buer findet am 12. und 13. April 1930 in Gelsenkirchen-Rotthausen, im Volkshaus, ein Vereinsjugendleiterkursus statt. Das Programm sieht folgendes vor:

Samstag, den 12. April, abends 8 Uhr: Vortrag über Jugend und Körperschaft. Referent: Jugendsekretär Willy Heimann, Dortmund.

Sonntag, den 13. April, vormittags 8 Uhr, in der Turnhalle: Turnspiele. Leiter: Kreistechniker Hans Küppers, Düsseldorf. Nachmittags 2 Uhr: Vortrag: Jugend und Technik. Referent: Kreisjugendleiter Karl Meis, Solingen. Anschließend: Aussprache über den Kursus.

Uebernachtet wird in der Jugendherberge im Volkshaus. Die Meldung der Teilnehmer muß bis spätestens den 1. April erfolgt sein.

Karl Mücke, Bezirksjugendleiter, Bottrop, Vinckestr. 67.

13. Fußballbezirk.

Am Sonntag, dem 6. April, findet in Buer, Volkshaus, eine außerordentliche Vereinsjugendleitertagung statt. Die Vereine werden gebeten im Interesse der Jugendbewegung ihre Jugendleiter zu entsenden.

Schmidt, Jugendleiter.

13. Fußballbezirk.

Hiermit werden die einzelnen Vereinsleitungen aufgefordert, bis zum 25. März restlos die Bezirksbeiträge (1. Quartal) zu erledigen, andernfalls der Bezirksbeschluß in Kraft treten wird. Wir geben nochmals die Termine bekannt, bis wann die Quartalsbeiträge entrichtet werden müssen: 1. Quartal 15. Januar, 2. Quartal 15. April, 3. Quartal 15. Juli, 4. Quartal 15. Oktober. Die Termine müssen innegehalten werden.

Schmidt, Bezirkskassierer, Bottrop-Eigen, Sydowstr. 55.

Spielangebote:

Vorwärts Gelsenkirchen sucht ab Sonntag, dem 13. April, Spiele für die 3. Mannschaft auf eigenem Platz und nach auswärts. Angebote gehen an die bekannte Adresse. — Ebenso werden für die Schülermannschaft der Freien Fichteschule dauernd Spiele gesucht. Angebote können ebenfalls an obengenannte Adresse gemacht werden.

Reichsbanner-Schutzsport

Schutzsport, Gelsenkirchen.

Dienstag, nachmittags von 4.30 Uhr ab: Trainieren auf dem Platze an der Kurfürstenstraße.

Nachschau vom Sonntag, 23. März.

Die 1. Mannschaft spielte kombiniert gegen die 1. Stammannschaft der Polizei, Buer. Da die Gelsenkirchener Mannschaft mit Ersatz antreten mußte, unterlag sie der Polizeimannschaft mit einem Resultat von 7:3 für Buer. Halbzeit 2:1.

Die Schalker Mannschaft machte ein Lehrspiel gegen die Rotthauser Mannschaft. Resultat 3:2 für Schalke.

Vorschau für Sonntag, 30. März.

Die 1. Mannschaft spielt gegen die 1. Mannschaft von Wanne-Eickel. Da Wanne-Eickel als eine starke Mannschaft bekannt ist, haben die Gelsenkirchener einen schweren Tag. Wanne-Eickel ist Kreismeister und Gelsenkirchen muß sich auf die Hinterbeine machen, wenn sie nicht eine hohe Niederlage einstecken wollen. Anwurf 10 Uhr auf dem Halfmanns Hof in Rotthausen. Treffpunkt der Handballer 9.15 Uhr bei Weskamp, Ecke Wiehhagen- und Rotthausener Straße.

Die Schalker Mannschaft spielt gegen die 1. Mannschaft von Wattenscheid. Die Rotthausener Mannschaft spielt gegen die 2. Mannschaft von Wattenscheid. Beide Mannschaften spielen auf dem Halfmanns Hof in Rotthausen. Treffpunkt 9.15 Uhr bei Weskamp, Rotthausen.

Dafür ist Geld da!

Die Ruhrindustriellen verschenken ein nationalistisches Schundbuch an die Schulen. — Arbeiter werden brotlos gemacht.

Ganz ohne Feier konnten die Nationalisten und Scharfmacher im Ruhrgebiet die zehnjährige Wiederkehr des Kapp-Tages nicht vorübergehen lassen. Dr. Hans Spethmann, den Bergleuten als Leitartikler der Deutschen Bergwerkszeitung mehr als „rühmlich" bekannt, schrieb ein Buch „**Die Rote Armee an Ruhr und Rhein**", das im Verlag von Reimar Hobing in Berlin erscheint und für 5,20 RM zu kaufen ist.

Die Tendenz dieses Buches

ist schnell gekennzeichnet. Selbstverständlich sind nach der Ansicht des Herrn Dr. Spethmann die Arbeiter, die „Roten", an allem Elend des Jahres 1920 schuld. Die Putschisten um Kapp haben nur den einen Fehler gemacht: sie haben den Putsch schlecht vorbereitet. Sonst ist der Verfasser mit ihnen ein Herz und eine Seele (Seite 19):

„Der Putsch war offensichtlich ein Vorstoß gegen das seinerzeitige Kabinett Ebert-Bauer-Noske, dessen Hauptträger im November 1918 auf illegalem Wege die Macht an sich gerissen hatten. Der kleine Kreis um Kapp handelte auch illegal. Er war hierbei getragen von dem Gedanken der Verbesserung einer Reihe politischer Zustände, die er und auch andere seit 1918 als ungesund für unser Vaterland empfunden hatten."

Herr Dr. Spethmann hält also die Kappisten für ganz sympathische Leute, und deswegen stehen bei seiner Darstellung die Gegenspieler Kapps, die Arbeiter, von vornherein in einem schlechten Lichte. Zwar spricht der angeblich „neutrale" rheinisch-westfälische Provinzialdienst des Wolff-Büros von einem „historischen Wert des Buches" und behauptet in schmeichlerischer Weise, es werde „allen wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht", die Tatsachen geben aber ein anderes Bild.

Kritiklos wiederholt Spethmann alle möglichen Greuelmärchen, die aus den Arbeitern Bestien machen sollen, und verallgemeinert skrupellos bedauerliche Einzelerscheinungen.

Umgekehrt dagegen wird die Reichswehr behandelt; sie besteht aus lauter weißen, unschuldigen Lämmern und Herr General Watter ist die Regierungstreue selbst. Von den Greueltaten der Soldateska, die landauf, landab im Industriegebiet bekannt sind, wird wie von aufgebauschten Belanglosigkeiten gesprochen, die menschlich durchaus erklärlich sind. Ein ganzes Kapitel wird ihrer Entschuldigung gewidmet.

Das sagt genug über den „historischen Wert des Buches", und wir würden uns mit dieser

nachträglichen Besudelung der Arbeiter des Ruhrgebiets

gar nicht befaßt haben, wenn nicht eine ganz besonders rührige und kostspielige Propaganda dafür eingesetzt hatte

An alle Schulen des Industriegebiets

ist nämlich in den letzten Tagen vom Verlag aus ein Exemplar der „Roten Armee an Ruhr und Rhein" kostenlos gesandt worden mit folgendem Begleitschreiben.

„Sehr geehrter Herr Rektor!

Euer Hochwohlgeboren
überreichen wir anbei ein Stück der Veröffentlichung
„Die Rote Armee an Ruhr und Rhein"

mit der Bitte, es als kostenlose Lieferung der Bibliothek Ihrer Schule einzuverleiben. Das Buch hält ein Stück Heimatgeschichte fest, die sicherlich jetzt, wo der Kapp-Putsch sich zum zehnten Male jährt, bei Ihren Lehrkräften das größte Interesse finden wird.

Anstatt des an und für sich schon niedrigen Vorzugspreises von 5,20 RM können wir Ihnen einen um 10 Prozent gekürzten Mengenpreis einräumen, sofern 20 Stück angefordert werden. Zu dem Zweck gestatten wir uns, eine Subskriptionsliste beizulegen mit der Bitte, sie in Zirkulation zu setzen, wobei sich über den Lehrerkreis hinaus noch andere Interessenten einzeichnen können. Im übrigen liefert auch jede Buchhandlung die Stücke zu den angeführten Verkaufspreisen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Reimar Hobbing
gez. Unterschrift.

Prospekt mit Einzeichnungsliste
1 Stück Rote Armee."

Auf diese Weise will man

die Geschichtsklitterung des Herrn Dr. Spethmann in die Schulbibliotheken hineinpressen.

Die armen Schulkinder sollen schon in frühester Jugend über einen wichtigen Vorgang in ihrer engeren Heimat falsch unterrichtet werden. **Dagegen müssen sich Lehrerschaft und Elternschaft wehren!**

Darüber hinaus erhebt sich eine andere Frage: Wir haben im Ruhrgebiet eine Unmenge Schulen. Alle sind kostenlos mit dem Buche beliefert worden. Es ist wohl nicht anzunehmen, daß der Verlag Reimar Hobbing in Berlin in einer großmütigen Aufwallung die dafür nötigen Tausende von Reichsmark aus seiner eigenen Tasche gezogen hat.

Wer hat also diese nationalistische Propaganda bezahlt?

Die Antwort auf diese Frage dürfte bei der Person des Verfassers der „Roten Armee an Ruhr und Rhein" nicht schwer fallen. **Das Geld für die Verbreitung des Schundbuches haben die Kreise gegeben, denen Herr Dr. Spethmann seine schriftstellerischen Fähigkeiten leiht, die Hintermänner der „Deutschen Bergwerkszeitung"!**

Dieselben Eisen- und Kohlenbarone, die bei Lohnforderungen der Arbeiterschaft Stein und Bein über die „Not der Wirtschaft" klagen, und denen jeder Groschen Lohnerhöhung in schweren Kampf abgerungen werden muß, machen sofort Tausende von Reichsmark locker, wenn sich die Möglichkeit der Hetze gegen die Arbeiter bietet!

Wir erwarten, daß über Lehrerschaft und Elternschaft hinaus auch die Schulaufsichtsbehörden gegen diesen Angriff des Scharfmachertums Front machen!

Für die Arbeiter ist kein Geld da!

Am Freitag stimmte der Demobilmachungskommissar der Absicht der Zeche Emscher-Lippe in Datteln zu, 300 Bergleuten zum 15. April und 200 Bergleuten zum 30. April zu kündigen.

Die Unterstützung des nationalistischen Schundes erscheint den Zechenherren eben wichtiger als die Beschäftigung von 500 Bergarbeitern, deren Arbeit man die große Profitrate verdankt.

Im Sommer kahlgefressene Wälder und Obstbäume.

Nur noch wenige Tage für den Kampf gegen den Goldafter. — Blühende Fluren durch den Goldafter vernichtet. Namentlich unserem Gebiet droht große Gefahr.

Obwohl wir bereits des öfteren auf die große Gefahr der Goldafterplage im Emscher-Lippeland hingewiesen und ihre rücksichtslose Bekämpfung allen in Frage kommenden Stellen empfohlen haben, veröffentlichen wir gerne den nachfolgenden Aufruf des Kreisobstbauinspektors Schesik, Horneburg. Wird darin doch eindringlich geschildert, welche Verwüstung auch unserer heimischen Flur bevorsteht, sollte es in den nächsten Tagen nicht gelingen, den Goldafter mit Erfolg zu bekämpfen.

Die Schriftleitung.

Der Goldafter, dessen gefräßige Raupen im Laufe des Sommers unsere Obst- und Laubbäume kahlfressen, ist in unserem Bezirk auffallend stark verbreitet.

Erkennungszeichen: Man findet jetzt an allen Laubbäumen (besonders Eichen), Hecken, Obstbäumen usw. zusammengesponnene Blätter, die als Raupennester bezeichnet werden. In jedem Nest überwintern 200 bis 300 kleine Räupchen. Diese erwachen durch die Frühlingssonne vom Winterschlaf, verlassen das Nest und fressen zunächst an den zarten Blatt- und Blütenknospen. Dieses tritt bereits anfangs April ein. Mit der zunehmenden Wärme und Blattentwicklung vergrößern sich die jungen Raupen sehr schnell. Sie zeigen eine große Gefräßigkeit, so daß die Raupen zweier Nester vollkommen genügen, einen Baum kahl zu fressen. Die Raupen wandern von Baum zu Baum. Durch den Kahlfraß leiden die Bäume, die Fruchtbarkeit der Obstbäume ist vernichtet, bei starkem Befall gehen sie ganz zugrunde.

Die Lebensweise: Ungefähr Juni verpuppen sich die Raupen und erscheinen im Juli als weiße, etwas plump aussehende Schmetterlinge. Sie legen ihre Eier auf die Unterseite der Blätter ab. Im August schlüpfen die kleinen Räupchen, 200 bis 300 Stück, aus und wagen an den Blättern. Gleichzeitig verspinnen sie zum Winterschutz einige Blätter, umweben diese mit den Zweigen und halten in diesen auffallenden Nestern ihren Winterschlaf. Die Raupen sind mit Stechborsten versehen und werden deshalb von Vögeln fast ganz gemieden. Diese Stechborsten erzeugen auch auf der menschlichen Haut Entzündungen und Geschwüre. Man meide deshalb jede Berührung der Raupe mit bloßer Hand.

Die Bekämpfung: Durch die große Widerstandsfähigkeit der Raupen ist eine Bekämpfung mit Spritzmitteln äußerst schwierig. Es müßte zu Giftmitteln gegriffen werden, die aber der Gefahr wegen in der Praxis schwer anzuwenden sind. Außerdem würden durch die giftigen Spritzmittel unsere nützlichen Insekten und Vögel mit vernichtet werden. Es ist also nur die direkte Bekämpfung möglich, die darin besteht, **sämtliche Nester jetzt abzuschneiden und sofort zu verbrennen.** Dazu bedient man sich bei höheren Bäumen einer Stangenschere. Auch werden häufig Raupenfackeln an Stangen verwandt, die sich jedoch in der Praxis wenig bewährt haben. Bei Sturm und Regenwetter versagen sie schließlich ganz. Hohe Bäume müssen mit Leitern oder Steigeisen bestiegen werden. **Anfang April muß die Bekämpfung beendigt sein,** da in dieser Zeit bereits die jungen Raupen die Nester verlassen. Häufig ist die Meinung verbreitet, daß durch den auffallend starken Beifall eine Epidemie unter den Raupen ausbrechen werde, die zur gesamten Vernichtung führen kann. Diese Annahme verleitet zu Trugschlüssen. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß der Goldafter seltener als andere Schädlinge auftritt. Er befällt plötzlich bestimmte Gegenden.

Wo die Bekämpfung unterblieben ist, hat er bereits blühende Fluren restlos vernichtet. Diese Gefahr liegt auch bei uns nahe. Sie läßt sich noch abwenden, wenn jeder die Bekämpfung und Vernichtung des Goldafters mit aller Energie aufnimmt. Nur **gemeinsamer Kampf kann zum Ziel führen, andernfalls werden wir im Sommer vor kahlgefressenen Obstbäumen und Laubwäldern stehen.** Es sei auch darauf hingewiesen, daß die Bekämpfung der Raupenplage polizeilich erzwungen werden kann. Die Liebe zur Natur muß in dem Falle aber über polizeiliche Maßnahmen gehen!

Unterhaltung und Wissen

Astronomische Zahlen

Wie gross ist ein Wasserstoffatom?

Die Atome sind die kleinsten Teile der Materie, unteilbar und von unendlicher Winzigkeit, aber doch die Bausteine des ganzen Weltalls. Wie groß — oder richtiger: wie klein — solch ein Atom, und zwar das Wasserstoffatom, ist, wollen wir uns an einem Beispiel klarmachen, das Professor Störmer, der hervorragende norwegische Gelehrte, auf Grund seiner Untersuchungen errechnet hat.

Der Durchmesser des Wasserstoffatoms beträgt ungefähr ein Zehnmillionstel Millimeter, d. h. 10 Millionen Atome haben längs eines Millimeters nebeneinander Platz. Das Wasserstoffmolekül besteht aus zwei Wasserstoffatomen, die wie ein Doppelsternpaar umeinander kreisen. Nehmen wir nun ein Kubikzentimeter Wasserstoffgas bei gewöhnlichem Druck und einer Temperatur von 0 Grad Celsius, so enthält dieses die unglaublich große Zahl von 27 Trillionen Molekülen oder — in Zahlen geschrieben — 27 000 000 000 000 000 000. Die Anzahl der Atome in einem Kubikzentimeter Wasserstoffgas ist also doppelt so groß. Alle diese Atome haben die gleiche Größe, und da das Gewicht eines Kubikzentimeters Wasserstoffgas bekannt ist, können wir ausrechnen, wieviel ein Wasserstoffatom wiegt! Es ist so klein, daß ungefähr 600 000 Trillionen oder — in Zahlen — 600 000 000 000 000 000 000 000 Wasserstoffatome auf 1 Gramm gehen! Wir wollen uns einmal alle Wasserstoffatome aus einem Gramm Wasserstoff längs einer geraden Linie nebeneinandergelegt denken; wie weit würden sie reichen? Vierhundert mal soweit, wie die Entfernung von der Erde bis zur Sonne beträgt, also rund 60 Milliarden Kilometer, und das, obwohl 10 Millionen von ihnen auf jedes Millimeter gehen!

Aber noch an einem anderen Beispiel wollen wir versuchen, uns die Kleinheit der Atome zu veranschaulichen. Wir wollen uns denken, daß wir selbst und unsere Meßapparate in der Größe unverändert bleiben, aber die Welt außen um uns, die Menschen und alle Gegenstände, sich ständig vergrößern, bis die Vergrößerung so groß geworden ist, daß die Atome handgreiflich werden.

Zunächst wollen wir eine hundertfache Vergrößerung annehmen. Die Menschen sind dann gewaltige Riesen geworden, die bis zur halben Höhe des Eiffelturmes hinaufreichen. Eine Wespe ist ein erschreckendes Raubtier von der Größe eines Ochsen und ein Menschenhaar zu einer Schnur von 1 Zentimeter Stärke geworden.

Nun wollen wir uns diese neue Welt wieder hundertfach vergrößert denken, also unsere ursprüngliche Welt zehntausendfach. Die Menschen werden zu Ungeheuern von 15 bis 20 Kilometer Höhe, die Wespe wird ein paar hundert Meter lang, das Menschenhaar ein Meter dick, und kleine Bakterien, die in Wirklichkeit ein Tausendstel Millimeter groß sind, werden von Lebewesen von 1 Zentimeter Länge.

Eine hundertfache Vergrößerung dieser letzten Welt, also eine einmillionenfache der wirklichen, zeigt folgende Verhältnisse: das Menschenhaar ist nun 100 Meter dick geworden, die Bakterien sind 1 Meter lang, aber die Atome noch immer so klein, daß man sie kaum sehen kann, ungefähr ein Zehntel Millimeter groß.

Wir wollen immer noch weiter gehen. Noch einmal wollen wir unsere Welt auf das Hundertfache vergrößern, so daß die ursprüngliche Welt nun hundertmillionenmal vergrößert ist. Nun endlich ist das Wasserstoffatom handgreiflich geworden, und zwar ist es etwa 1 Zentimeter groß. Gleichzeitig ist das Menschenhaar 10 Kilometer im Durchmesser geworden, und die Bakterien sind ungeheure Wesen von 100 Meter Länge. Ein kleiner Kinderball ist nun so groß wie die ganze Erde!

Erich Krug.

Wahrnehmungen in der Wildnis

Sehschärfe und Denkmechanismus

Früher galt es als ausgemacht, daß die Angehörigen von Naturvölkern sich in der Wildnis besser zurechtfänden als der durch die Zivilisation angeblich degenerierte Weiße. Aber genaue Beobachtungen haben einwandfrei im Laufe der Jahrzehnte erwiesen, daß sich diese Feststellung lediglich auf Gegenden bezog, die der betreffende Primitive bereits einmal, und mochte es noch so lange her sein, gesehen hatte. Das Gedächtnis war es, was hier die Orientierung ermöglichte, wo der fremde Weiße versagen mußte. Daß die sogenannten Wilden in mancher Hinsicht sich auf ihre Sinnesorgane besser verlassen können als der in der Kultur großgewordene Mensch, liegt auch weniger an der genaueren Wahrnehmung als an der gründlicheren und häufigeren Uebung in dem dem [illegible]

Wie sehr hier die Uebung mitspricht, beweist ein Erlebnis Alexander v. Humboldts, der in seinem „Kosmos" von einer Beobachtung aus der Gegend von Quinto in Südamerika berichtet. Humboldt betrachtete mit mehreren Indianern und Weißen aus einer Entfernung von über 25 Kilometern den Vulkan Pinchincha, auf den sein Reisebegleiter Bonpland einen Ausflug unternommen hatte. Die Indianer erkannten Bonpland, der einen weißen Mantel trug, als „einen weißen, sich vor schwarzen basaltischen Felswänden fortbewegenden Punkt früher", als ihn die Europäer in den aufgestellten Fernrohren aufzufinden vermochten. Bald wurde jedoch das weiße, sich bewegende Bild auch Humboldt mit unbewaffnetem Auge sichtbar.

Inzwischen ist hundertfach durch das Experiment erhärtet worden, daß das Auge auf Bewegungen empfindlicher reagiert als auf unbewegte Objekte. Durch Untersuchungen ist weiter festgestellt worden, daß beispielsweise Neger Bewegungen schon dann zu erkennen vermochten, wenn diese zwei- bis dreimal kleiner waren als die von Weißen wahrgenommenen. Andererseits zeigt das Humboldtsche Erlebnis, daß die Wahrnehmung der Indianer nur eher einsetzte als die des Forschers, daß also an sich bei den Eingeborenen keine größere Sehschärfe vorlag. Der scheinbare Widerspruch erklärt sich ohne weiteres aus seelischen Bedingungen. Der Primitive hat keine Vorstellung von Kategorien wie „Baum", „Berg", „Wald". Er sieht nur den einzelnen Baum in seinen Einzelheiten, ohne damit einen übergeordneten Begriff zu verbinden, den einzelnen Berg, die Eigenart der Einzelteile des vor ihm liegenden Waldes, und weil er seine Sinne, gewohnheitsmäßig und im Training der Gewohnheit, auf die Summe der Einzelheiten richtet, ohne diese Summe in einen zusammenfassenden Begriff zu verschmelzen, so erkennt er jede Veränderung, die jede Einzelheit erfährt. Wir sehen den ganzen Wald und übersehen dabei den Einzelbaum und die an ihm stattfindenden Veränderungen. Der „Wilde" sieht in der Tat den Wald vor lauter Bäumen nicht, sondern er beobachtet lauter Einzelbäume und erkennt daher jedes fremde Wesen darauf und alles, was nicht unmittelbar zu diesem Baumindividuum gehört, viel eher als der Weiße, der sein Augenmerk auf das große Ganze richtet, wie es sich seinen gewohnten Gedankengängen darbietet. Scharf sehen heißt: das Einzelne in seinen Besonderheiten erkennen, und der Forscher, der etwas Neues entdeckt, muß sich erst einmal frei machen von den Denkgewohnheiten, die zwar nützlich sind, um die bekannten Erscheinungen des Lebens in bequeme Rahmen einzuordnen, aber unbrauchbar, um neue Lebenserscheinungen zu entdecken.

Kaffke geht ins Theater

„Was wird denn im Theater gegeben?" — „Schillers Wallenstein!" — „Von wem ist denn das Stück?"

. . . und wartet auf den Tod

In der Langen Straße hängt zwischen zwei anderen Gebäuden ein altes, windschiefes Haus. Verwittertes Fachwerk stiert grau und trübselig von der Giebelseite auf die Straße. Bei hellem Sonnenschein brechen sich die Strahlen in den halb erblindeten Scheiben regenbogenfarbig. Das Haus scheint alsdann verschlafen in den Tag zu blinzeln.

Die Tage sind warm. Neben der Türe sitzt auf einem wackligen Stuhle eine alte Frau. Regungslos, einem steinernen Götzen gleich, lehnt sie sich zurück und starrt mit totem Blicke geradeaus. Ein leichter Wind versucht vergeblich mit dem weißen Haar zu spielen und streicht kosend um die eingefallenen, pergamentenen Wangen, als wollte er nachholen, was Menschen versäumt haben. So sitzt die Alte auf dem Stuhl und wartet auf den Tod.

Menschen eilen vorbei. Achtlos. Die Alte sitzt stumm und unbeweglich. Die Sonne steigt höher und brennt auf den welken Scheitel. Zwölf dumpfe Schläge künden Mittag. Kinder kommen aus der Schule und trippeln vorüber. Zum ersten Male wendet sich das weißgraue Haupt. Spannung zieht über das Gesicht. Man sieht: die Ohren lauschen auf ein bekanntes Geräusch, das jetzt, . . eben . . . unbedingt aus dem mittägigen Gesumme der Straße auftauchen muß. Jetzt traben gewichtigen Schrittes Arbeiter mit schweren Schuhen vorbei. Dazwischen trippelt eine Kontoristin oder Verkäuferin in leichtem Tritt. Enttäuschung kriecht über das welke Gesicht der Alten. „Wo das Kind nur bleibt?"

„Wo bleibt das Kind? Wo bleibt mein Enkelkind, das Lieschen?" So fragt die Blinde wohl hundertmal. Die Nachbarin weiß nichts. Kaum ist das Gewitter abgezogen, so tastet sich die Alte wieder vor das Haus und lauscht. „Vielleicht hat sich Lieschen irgendwo untergestellt und kommt später." Aber um 2 Uhr muß es doch wieder zur Schule. Wenn dem Kinde nur nichts geschehen ist. „Ach, Nachbarin, gehen Sie doch mal nachsehen! Ich bin so unruhig." Die Blinde sitzt wieder auf dem Stuhle vor dem Hause. Es ist schon 4 Uhr. Das Kind ist immer noch nicht da. Die Alte fiebert. Ihre Finger zucken. „Das Lieschen, wo ist das Lieschen?" Das einzige, was ihr auf der Welt noch blieb, an das sie ihre ganze Liebe hängt. Die einzige Freude in ihrem dunklen Dasein.

Ein eilender Kinderschritt nahte. Das war nicht das Lieschen. Das hörte sie genau. Und doch wußte sie: das galt ihr. Richtig blieb das Kind auch vor ihr stehen und rief atemlos in abgerissenen Brocken: „Das Lieschen . . überfahren . . Auto." Dann kam es zusammenhängender. „Das Lieschen hatte das Gewitter aufsteigen sehen. Ihre Sorge um die Großmutter trieb sie zur Ungeduld. Lieschen hatte schon vor Schluß der Stunde die Bücher eingepackt. Dafür hatte sie eine Verteilstunde nachsitzen müssen. Um die Zeit einzuholen, war sie über die Straße gelaufen und dabei überfahren worden. Der Unfall ist erst heute nachmittag in der Schule bekanntgeworden."

Das war zu viel für die alte Frau. Ihr Kopf sank auf die Brust herunter. Halb an die Hauswand gelehnt, hing sie in ihrem alten Stuhle. Sie braucht nicht mehr auf den Tod zu warten.

Karl Eule.



24 [illegible] eutsche Rechte Rembrandt-Verlag, Berlin-Zehlendorf

„Gounit? Bist ja nicht bei Trost! Wir haben heute nacht zu viel geschwatzt, und das läßt dich Gespenster sehen!"

„Aber nein, ich erkenne seinen Mantel, der am Rücken ein Stück eingesetzt hat!"

Houarz rief. Der Mann gab keine Antwort.

„Sollte er heute nacht dagewesen sein und uns belauscht haben?" fragte Redec beunruhigt.

„Bei dem Wetter? Du mußt etwas reichlich getrunken haben, mein Junge, um solche Dummheiten zu sagen!"

„Aber schließlich hat er ja nicht auf hoher See geschlafen! Und er hört uns doch. Warum antwortet er nicht? Er hat etwas gegen uns . ."

„He! He! Gounit!" rief Houarz nochmals.

Redec meinte nach einer Weile: „Wenn er dagewesen wäre, müßte sein Boot unten angemacht sein."

„Vielleicht auf der anderen Seite. Das kann man aber von hier nicht sehen."

Sie waren ganz nahe herangekommen. Houarz rief: „He, Gounit!" und nahm dem Mann wie zum Scherz die Mütze ab.

Beide wichen zurück.

Ein großer schwarzer Fleck, ein blutiges Loch mit wirren Haaren nahm den ganzen Hinterkopf ein.

Entsetzt gingen sie ausrutschend und fluchend um den Felsen herum.

Es war Gounit. Tot.

„Eine schöne Geschichte!" schalt Houarz.

„Jesus — Maria!" stammelte Redec, „der arme Kerl!"

Der andere fuhr fort: „Wenn man da unten weiß, daß . . . daß wir etwas mit Corentine gehabt haben, und erfährt, daß er gerade krepiert ist, wo er Heiligabend mit uns verbringen sollte, dann wird es heißen, daß es eine Schlägerei gegeben hat und daß wir ihm eins versetzt haben."

Redec schwieg. Melancholie lag über den Zügen seines gutmütigen Gesichts. Ueber seine Lippen kam instinktiv ein Gebet, und er stammelte ein paar reumütige Worte dazwischen. Er hatte Gounit nur sehr selten gesehen. Als Liebhaber seiner Frau hatte er sich ihm gegenüber niemals schuldig gefühlt. Aber jetzt, dieser wirklichen Tatsache gegenüber, vor diesem Gesicht wurde ihm bewußt, daß Corentines Mann Rechte hatte, daß er diese Rechte verletzt hatte und daß man Rechenschaft von ihm verlangen konnte. Er verband mit Gounits Tod verschwommene Vorstellungen von Repressalien, und er fragte sich, ob nicht Dinge aus dem Jenseits wie in den Legenden auferstehen würden, um die Lebendigen zu verfolgen.

Houarz, auf den der Anblick des Ertrunkenen ebenfalls großen Eindruck machte, sagte endlich: „Wir erfrieren hier draußen . . . Gehen wir hinein . . . Oben können wir besser beraten, was zu tun ist . . ."

Ihre Pantinen klapperten über die Steine. Mit uneingestandener Befriedigung schlossen sie die schwere Tür hinter sich.

Sie diskutierten, aber ohne Methode, und verloren sich in heftigem Geschwätz, das jedoch zu keinem Resultat führte. Was sollten sie mit dem Unglücklichen beginnen? Ihn liegen lassen — das wäre unfromm gewesen . . . Trotzdem schien ihnen das am naheliegendsten . . . Uebrigens kam die Flut . . .

Sobald Gounits Oelmantel in den ersten Wellen verschwunden war, empfanden sie eine große Erleichterung. Ja, sie waren geneigt zu glauben, daß sie sich das Abenteuer nur eingebildet hatten und der reichlich genossene Apfelwein an allem schuld war.

Bei der Abendebbe sahen sie nach. Sie wurden noch ruhiger. Gounit war nicht mehr da. Aber war seine Barke nicht auch gegen den Teufelsfelsen getrieben worden?

Sie gingen hinaus, um sich zu vergewissern. In plötzlichem Entsetzen blieben sie stehen. Drei Meter von dem Orte, wo sie ihn am Morgen gefunden hatten, lag der Fischer noch. Die Flut hatte ihn bewegt und umgedreht. Er sah sie mit seinen weit aufgerissenen Totenaugen an.

Versteinert, wie vor einer Erscheinung, begannen Houarz und Redec instinktiv zu fliehen. Erst im Turm, nachdem sie die Tür sorgfältig abgeriegelt hatten, fühlten sie sich wieder in Sicherheit.

Dabei hatten sie doch schon manch anderes gesehen! Wie oft hatten sie, als sie noch zur See fuhren, einen Kameraden in Segeltuch genäht, um ihn dann über Bord gleiten zu lassen. Und im fernen Osten hatten sie nur zu oft irgendeinen Toten bei den Beinen und an der Schulter gepackt, um ihn einfach in einen Graben zu legen, bevor der Weg fortgesetzt wurde! Aber noch niemals hatte ein Toter sie dergestalt außer Fassung gebracht. Allerdings hatten sie es auch noch nie mit einem solchen Toten zu tun gehabt, mit einem Toten, der verschwand, um dann wieder aufzutauchen . . .

Leise berieten sie miteinander . . . Hätten sie in jener Nacht nicht doch lieber auf Wache ziehen sollen? Wer weiß? Vielleicht war Gounit am Leuchtturm gelandet? Vielleicht hatte er an die Tür geklopft und nach ihnen gerufen, und sie hatten währenddessen über ihn gelacht in ihrer Schlechtigkeit!

Das Geständnis, das sie sich gegenseitig über ihre Beziehungen zu Corentine abgelegt hatten, beschäftigte sie unablässig. Sogar Houarz fühlte, trotz seiner Rolle als schöner Bursche, der auf seine Eroberungen stolz ist, das Bedürfnis, gleichsam eine Ehrenschuld zu bezahlen, und Redec, der feinfühliger war, fragte sich, ob Gounit wie ein Lebendiger wohl wisse, daß man ihm seine Frau genommen habe oder nicht. Dieser Gefährte ihrer Einsamkeit peinigte sie. Sie sprachen nur noch von ihm. Einmal sprachen sie über die Stellung, in der er lag. Redec war der Meinung, daß seine Arme hinunterhingen.

„Nein doch!" entgegnete Houarz, „ich sage dir nochmals: ein Arm hing in der Luft, etwa so . ."

Im matten Licht, das durch die dicke Scheibe nur abgeschwächt ins Zimmer drang, hatte Houarz mit seinem angstverzerrten Gesicht und dem erhobenen Arm etwas Drohendes. Redec erbebte. Seine Panik steckte seinen Gefährten an; und schwankenden Schrittes gingen sie zusammen in die Laterne hinauf, um anzuzünden.

Am nächsten Morgen, in der Dämmerung, spähten sie durch das Guckloch in der Tür; sie wagten sich nicht hinaus. Gounit war da. Man sah sein entblößtes rechtes Bein glänzen. Etwas Tang hatte sich in seinem Haar festgesetzt. Aber in seinem eingefallenen und ockergelb gewordenen Gesicht war etwas Grauenerregendes vor sich gegangen: der Tote lachte, er lachte ein unbewegliches, stilles Lächeln, denn seine geschürzten Lippen entblößten seine Zähne.

Ihre verwirrten Geister zweifelten nicht länger. Gounit war zurückgekommen, um sie im Leuchtturm zu belagern, um sie durch das Bewußtsein ihrer Schuld zu foltern. Er lachte, wie er sich und schlotternd hinter dem Fenster sah; und wenn die Flut kam und er nicht am Teufelsfelsen blieb, ging er sicherlich an Land, dieser ruhelose Tote, um Corentine zu strafen, die zwiefach gesündigt hatte!

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft und Gewerkschaft

Harpener Bergbau A. G.:

10 Millionen höherer Rohgewinn - 6,4 Millionen Reingewinn
6 Prozent Dividende - gestiegene Kohlen- und Kokserzeugung
9 Schächte abgebaut

Nach dem nunmehr vorliegenden Geschäftsbericht stellt sich der Rohertrag aus Kohlen, Koks und Briketts einschließlich Teeröfen und Benzolfabriken auf 31,08 und ist damit fast 10 Mill. RM. höher als im Vorjahre (21,26). Das Roherträgnis der Abteilung Eisenkonstruktion erhöhte sich auf 0,73 (0,68) Mill. RM., dasjenige aus Handel und Schiffahrt beträgt 2,12 (2,22) Mill. RM. Die Einnahmen aus Mieten und Pachten belaufen sich auf 2,48 (1,38) Mill. RM. Die Generalunkosten betragen 5,60 (5,95) Mill. RM., Zinsen 0,71 (—) Mill. RM., Steuern und Lasten 6,04 (6,89) Mill. RM. und die Industriebelastung 1,18 (1,19) Mill. RM. Die Kosten der Wohnungsunterhaltung stellen sich auf 1,17 (1,42) Mill. RM., die Unterhaltung der Werkswohlfahrtseinrichtungen auf 0,31 (0,27) Mill. RM., Bergschäden erforderten 1,95 (0,29) Mill. RM., Anleihekostenrücklage unverändert 1 Mill. RM., die Steuerrücklage 400 000 (—) RM. und die Abschreibungen 12,40 (10,27) Mill. RM. Der Reingewinn beläuft sich auf 6 396 237 (818 914) RM. Hieraus werden 6 Prozent Dividende auf die Vorzugs- und Stammaktien verteilt, 5 Prozent dem Reservefonds zugeführt und 839 425 RM. vorgetragen.

Die Mehrlasten aus dem Lohnschiedsspruch vom 22. April und der am 17. Juli vorgenommenen Erhöhung der Gehälter seien zu einem Teil durch die gleichzeitige Senkung der Knappschaftsgefälle aufgehoben worden. Die Kohlenförderung stieg auf 8 044 096 (7 383 067) Tonnen, die Kokserzeugung auf 1 985 727 (1 612 174) Tonnen, während die Brikettherstellung auf 162 150 (197 472) Tonnen zurückging. Ab 1. April beträgt die Mehrbeteiligung in Koks 163 500 Tonnen und die gesamte Syndikatsbeteiligung 11,34 Mill. Tonnen, d. h. 6,83 Prozent der Gesamtziffer im Syndikat. Das Programm der Zusammenlegung der Schachtanlagen ging innerhalb der letzten 5 Jahre von 21 auf 12 herab. Eine weitere Verringerung wird im Laufe dieses Jahres erfolgen. Die Wiedereinbeziehung des Saargebietes, das in Aussicht stehende polnische Einfuhrkontingent, die wahrscheinliche Erhöhung des holländischen Kohleneinfuhrkontingentes sowie die geplante Unterstützung des britischen Bergbaues durch Ausfuhrvergütungen, eröffnen keine guten Aussichten für die Zukunft. Die Gläubiger haben sich um mehr als die Hälfte verringert, und zwar von 31,32 Mill. RM. i. V. auf 13,75 Mill. RM. im Berichtsjahre. Unter den Passiven werden die Schuldner einschließlich Bankguthaben um mehr als die Hälfte erhöht mit 49,09 Mill. RM. gegen 20,19 Mill. RM. im Vorjahre ausgewiesen. Die Lagerbestände blieben mit 13,8[illegible] (13,16) Mill. RM. fast unverändert.

Katastrophale Zunahme der Feierschichten

Weit über eine Million Feierschichten im März

In einer Unterredung verbreitete sich der 2. Vorsitzende des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Deutscher Bergarbeiterverband), August Schmidt, über die neuen Arbeiter-Massenentlassungen im Ruhrgebiet wie folgt:

Es ist bemerkenswert, daß bei ungefähr gleichbleibenden Förderziffern im Januar und Februar des Jahres 1928, 1929 und 1930 die Gesamtbelegschaft im Zeitraum der letzten beiden Jahre eine Verringerung um einige Zehntausend Mann erfahren hat. Der Förder-Anteil je Kopf der Belegschaft ist dagegen erheblich gestiegen. Die Tagesdurchschnittsförderung des Untertagearbeiters betrug unter Zugrundelegung der Durchschnittsziffer von 100 im Jahre 1913 im Dezember 1928 130 Prozent (1508 Kg.), im Dezember 1929 137 Proz. (1585 Kg.). Diese erhebliche Steigerung des Förderanteils hat in ihren Auswirkungen automatisch eine entsprechende Verringerung der Belegschaftsziffer zufolge. Die sich seit Oktober 1929 erneut bemerkbar machenden Kohlenabsatzschwierigkeiten wirken sich ebenfalls in Massenentlassungen (auf Dutzenden von Schachtanlagen finden in regelmäßigen Abständen Entlassungen in Gruppen bis zu 49 Mann — eine Ziffer, die die Umgehung des Demobilmachungskommissars ermöglicht — statt), sowie in einer geradezu katastrophalen Vermehrung der Feierschichten im Ruhrbergbau aus.

Was das Verfahren von Feierschichten und die mit ihnen verbundenen Lohnausfälle für die Bergarbeiter und ihre Familien bedeutet, ist selbst im Revier leider nur verhältnismäßig wenigen klar. Während schon im Februar 1929 die immerhin beträchtliche Zahl von 232 432 Feierschichten zu verzeichnen war, ist diese Ziffer im Februar 1930 — genauer vom 2. Februar bis einschließlich zum 1. März — auf über das dreifache und zwar auf 708 005 gestiegen. Schon in der ersten Märzwoche (2. März bis 8. März) belief sich die Zahl der Feierschichten auf 340 051. Sie übersteigt damit die Zahl der im ganzen Monat Januar verfahrenen Feierschichten um über 34 000 oder um mehr als 10 Prozent.

Für den ganzen Monat März muß, da mit einer unerwarteten Besserung der Lage nicht zu rechnen ist, eine katastrophale Steigerung der Feierschichten und zwar nach meiner Schätzung auf etwa 1,1 Millionen bis 1,2 Millionen — es kann sich aber auch unter Umständen eine noch höhere Ziffer ergeben — erwartet werden.

Auch die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter im Ruhrrevier ist in der letzten Zeit erheblich gestiegen. Allein die Zahl der arbeitslosen Mitglieder unseres Bergbauindustriearbeiterverbandes hat sich von 3621 im Monat Januar auf 6075 im Monat Februar — etwa 80 Proz. — erhöht. **Die Durchführung neuer Rationalisierungsmaßnahmen wird im Laufe der nächsten Monate die Entlassung von tausenden und abertausenden Bergarbeitern zur Folge haben. Zehntausende mit ihren Familien werden vom Gespenst der Arbeitslosigkeit bedroht."**

Auf die Frage, ob die zur unfreiwilligen Arbeitslosigkeit verurteilten Arbeitermassen der Gefahr der politischen Radikalisierung ausgesetzt seien, bemerkte Schmidt:

„Der gesunde Instinkt und die in vielen Gefahrenmomenten bewährte Disziplin unserer Bergarbeiterschaft, vor allem der organisierten Arbeiter, bildet ein festes Bollwerk gegen die Wirkungen der radikalen Phrase. **Eine akute Gefahr hochgradiger sozialpolitischer Spannung würde jedoch zweifelsohne in dem Augenblick entstehen, in dem der von den Rechtsparteien schon lange geforderte Abbau der Erwerbslosenversicherung erfolgen würde und hierdurch die vom Schicksal der Erwerbslosigkeit schwer betroffenen notleidenden Arbeiter der Verzweiflung und dem Radikalismus in die Arme getrieben werden.**

Die Milderung bezw. die Behebung der Krise im Ruhrbergbau ist nach meiner Ueberzeugung nicht nur ein wichtiges wirtschaftspolitisches, sondern darüber hinaus auch ein außerordentliches sozial- und innenpolitisches Problem. Die Krise des Ruhrbergbaus bildet, wie schon so oft ausgeführt wurde, nur einen Teil des internationalen Kohlenkrisenfragen-Komplexes. Solange nicht durch internationale Verständigung eine Regelung der europäischen Kohlenförderung und der Absatzverteilung und somit die Beilegung der Krise der Steinkohlenindustrie erreicht wird, sehe ich **einen gangbaren Weg zur Lösung der durch die Massenentlassungen und Feierschichten heraufbeschworenen sozialen Krise in der Verkürzung der Arbeitszeit.** Ich bin mir der Schwierigkeiten der Durchführung dieser Maßnahmen im vollen Umfange bewußt, doch sehe ich kein anderes Mittel, das wirksame Erfolge zeitigen konnte, zumal die stetige Steigerung der Förderleistung des einzelnen Mannes sich bei Andauern der Absatzschwierigkeiten und Beibehaltung der jetzigen Schichtzeit automatisch zu weiteren Massenentlassungen und somit zu einer Verschärfung der Arbeitskrise im Ruhrbergbau führen muß. Darüber hinaus muß die baldmögliche Eingliederung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß erstrebt werden. Im übrigen wäre auch durch Notstandsarbeiten, deren Durchführung den Kommunalverbänden durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel ermöglicht werden sollte, manches zu erreichen."

Statt Verhandlungen Prozesse

Manteltarifverhandlungen bei der Reichsbahn endgültig abgebrochen

SPD. Drei Jahre Verhandlungsarbeit umsonst — weil die Reichsbahnhauptverwaltung sich mit den Gewerkschaften in der Manteltariffrage nicht verständigen wollte! Viel Arbeit nutzlos vertan. Die Eisenbahner lassen aber trotzdem den Kopf nicht hängen. Sie gehen jetzt vor die Arbeitsgerichte. Verschiedene bereits durchgeführte Prozesse zeigen, daß die Reichsbahn vor den Gerichten sicherlich nicht besser abschneidet als in einer Verständigung mit den Organisationen auf dem Verhandlungsweg.

Den Abschluß des Tariftrauerspiels bildet eine derbe Lektion, die die Organisationen Herrn Dorpmüller gewidmet haben. Sie hatten sich, da die Antwort des Generaldirektors auf die Denkschrift der Gewerkschaften zur Manteltariffrage geradezu erschreckend nichtssagend und oberflächlich ausgefallen war, zunächst noch an den Verwaltungsrat gewandt. Allein auch dieser **brachte** für die Tarifsorgen der Eisenbahner nicht das geringste Verständnis auf. Die vertragschließenden Organisationen haben daher der Hauptverwaltung ein Schreiben übermittelt, das sich der Herr Generaldirektor kaum an den Spiegel stecken dürfte. Das Schreiben lautet in seinem Kernstück:

„Die Antwort des Herrn Generaldirektors Dorpmüller unterläßt es zu unserem größten Bedauern, auf die wichtigsten Punkte unserer Denkschrift einzugehen. So werden auch die Feststellungen der Organisationen über die in der Denkschrift angeführten Erscheinungen bei den Verhandlungen über die Gedinge-Richtlinien überhaupt nicht erwähnt. Auch die Gründe, die die unterzeichneten Organisationen veranlaßten, die von der Hauptverwaltung unterbreitete Vorlage als Verhandlungsgrundlage abzulehnen, werden nicht im mindesten gewürdigt. Das Schreiben des Herrn Generaldirektors geht dagegen ganz offenbar von der Auffassung aus, als hätten die vertragschließenden Organisationen alle Forderungen der Hauptverwaltung auf Aenderung des LTV. rücksichtslos abgelehnt. Da die Vertreter der vertragschließenden Organisationen bei allen diesbezüglichen Verhandlungen ihre Bereitwilligkeit auf eingehende Prüfung der gegenseitigen Forderungen ausgesprochen haben, muß gegen eine solche Auffassung entschieden Verwahrung eingelegt werden. Die Antwort des Herrn Generaldirektors steht auch im Gegensatz zu dem Schreiben der Hauptverwaltung vom 3. August 1929, in dem diese ihre Bereitwilligkeit zum Abschluß des Vertrages auf der Grundlage der Vereinbarung vom 31. Januar 1927 neu bekundet, obgleich ihr bei Absendung dieser Antwort die Forderungen der vertragschließenden Organisationen bekannt waren.

Bei dieser Sachlage können die vertragschließenden Organisationen das Antwortschreiben des Herrn Generaldirektors nur dahin auffassen, daß die Hauptverwaltung auf die Fortführung der Verhandlungen auf der bisherigen Grundlage keinen Wert mehr legt. Wir bedauern deshalb, feststellen zu müssen, daß die Vereinbarung vom 31. Januar 1927 durch diese Haltung der Hauptverwaltung gegenstandslos geworden ist."

Wenige Wochen, nachdem die Verhandlungen zusammengebrochen waren, haben die Eisenbahner bereits mehrere Entscheidungen beim Reichsarbeitsgericht erwirkt, die für sie sehr beachtliche Vorteile bringen. So hat das Reichsarbeitsgericht auf eine Klage des Einheitsverbandes entschieden, daß die Auslegungen der Hauptverwaltung in der Frage der Lohnfestsetzung für Schwerbeschädigte falsch sind. Nach dem § 10 des LTV. ist der Lohn der Kriegsopfer und der im Eisenbahnbetrieb zu Krüppeln Gefahrenen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit in dem zugewiesenen Arbeitsfach festzusetzen. Jahrelang wurde zwischen den vertragschließenden Organisationen und der Hauptverwaltung darüber gestritten, welche Bedeutung der Begriff „zugewiesenes Arbeitsfach" hat. Während die Organisationen den Standpunkt vertraten, daß er mit „Dienstposten" identisch sei, legte ihn die Hauptverwaltung in der denkbar weitesten Form aus. Viele Schwerbeschädigte mußten Lohnkürzungen von 25 und 30 Prozent in Kauf nehmen, weil sie nach Ansicht der Verwaltung wohl auf ihren Dienstposten voll leistungsfähig waren, auf anderen Dienstposten, die zu demselben Arbeitsfach gehörten, jedoch vielleicht nicht jede Arbeit leisten könnten. Das Reichsarbeitsgericht bemerkt in seinem Urteil, es sei „entgegen der Meinung der Revision rechtlich nicht zu beanstanden, wenn das Berufungsgericht die auf den „Beruf" im weiten Sinne des Wortes abzielende Auffassung der Beklagten über den im § 10 Ziffer 1 LTV. gebrauchten Ausdruck „Arbeitsfach" ablehnt und den Begriff vielmehr aus der Tarifbestimmung selbst in Verbindung mit der Lohngruppeneinteilung ausiegt. Das dabei gefundene Ergebnis ist nicht nur möglich, sondern verstößt auch nicht gegen die gesetzlichen Auslegungsregeln der §§ 157, 242 BGB. Bereits die Wortfassung „zugewiesenes" Arbeitsfach im § 10, Ziffer 1 LTV deutet dahin hin, daß darunter die den betreffenden Arbeitnehmern übertragene, von ihnen also tatsächlich ausgeübte Tätigkeit zu verstehen ist."

Ein anderes Urteil des Reichsarbeitsgerichts spricht in den in den Werkstättenbüros beschäftigten Bediensteten entgegen der Auffassung der Hauptverwaltung den Schichtlohn zu. Obgleich dieses Urteil noch nicht endgültig ist, darf angenommen werden, daß auch hier der Tarifvertrag durch Arbeitsgerichtsurteil eine Auslegung zugunsten der Bediensteten erfahrt, die auf dem Verhandlungsweg kaum möglich gewesen wäre.

Die Hauptverwaltung begründet ihre ablehnende Haltung in den Manteltarifverhandlungen mit Geldmangel. Durch die unzähligen Klagen, die jetzt die Hauptverwaltung gegen sich heraufbeschwört, werden ihre Ausgaben sicherlich nicht kleiner. Allein auch hier scheint es mit der „Sparsamkeit" der Reichsbahnhauptverwaltung genau so zu stehen, wie bei den Gehältern für 287 leitende Beamte und bei den Leistungszulagen für alle höheren Beamten. Ungezählte Millionen gehen nach einem nicht kontrollierbaren Punktsystem der Allgemeinheit verloren, die von den Eisenbahnern erarbeitet werden müssen. Eine solche Politik muß eines Tages Wirkungen auslösen, die der Reichsbahnleitung bestimmt keine Freude machen werden.

Die angebotene Lohnherabsetzung beim Stahlwerk Becker

Die von der „Bergwerkszeitung" und anderen Zeitungen derselben Tendenz gegen die Tarif- und Sozialpolitik gezogenen Schlußfolgerungen aus dem Angebot auf Herabsetzung der Gehälter und Löhne zur Vermeidung der Stillegung werden selbst vom deutschnationalen Handlungsgehilfenverband scharf zurückgewiesen. In einer Erklärung der Gauleitung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes wird zwar gesagt, es gebe keim Dogma, das eine Aussprache über eine Lohnsenkung mit dem Ziel der Sicherung der Rentabilität des Unternehmens unter allen Umständen ablehnt. Dann heißt es aber wörtlich: „Was wir indessen ablehnen, ist die in der Oeffentlichkeit in Erscheinung tretende Tendenz, aus der bei der Stahlwerk Becker A. G. vorliegenden keineswegs geklärten Sachlage heraus gegen die Tarifpolitik der Gewerkschaften Stimmung zu machen. Den Gewerkschaften müßte in diesem Falle ein genauer Einblick in die Betriebsabrechnungen gewährt werden, damit sie sich selbst ein Urteil über die Möglichkeiten einer Rentabilität machen können."

Diese Forderung nach größerer Durchsichtigkeit der Betriebsergebnisse wird schon seit Jahren von den Freien Gewerkschaften erhoben. Ohne Erfolg. Auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband wird lange warten können, ehe ihm dieser genaue Einblick gewährt wird. Die Unternehmer haben sicherlich gute Gründe, diesen Einblick zu verwehren. Wundern brauchen sie sich also nicht über das Mißtrauen der Gewerkschaften. Daß selbst der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband sich gegen die Stellungnahme der „Bergwerkszeitung" wendet, dürfte diesem Blatt zeigen, daß seine Hoffnung, die Angestellten und Arbeiter folgten nicht mehr unbedingt der gewerkschaftlichen Führung, recht trügerisch bestritten, daß von den Arbeitern überhaupt ein Angebot auf Lohnherabsetzung gemacht habe.

als sehr unvorsichtig bezeichnet und mit einer Geldstrafe von 60 RM geahndet mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte sich bisher nichts hat zuschulden kommen lassen.

Böse Folgen der Wirtschaftsstänkerei.

In der Wirtschaft M. in Heßler saßen am Abend des 23. 1. dieses Jahres u. a. die beiden Angeklagten Heinrich H., arbeitslos, und der Maurer Gust. Schw. Letztgenannter befindet sich seit dem darauffolgenden Tage in Untersuchungshaft. Es war schon spät geworden und hatte infolgedessen eine Reihe von Bieren intus. Schon befand sich der Angeklagte Schw. mit einem anderen Gast L. in der üblichen Stänkerei, die der Wirt jedoch beendete. Er ließ den letztgenannten Gast zu einer Hintertür hinaus, während die anderen das Lokal später durch die Vordertür verließen. Dort hatte L. gewartet, und als nun die anderen ebenfalls aus der Wirtschaft herauskamen, war gleich die schönste Keilerei im Gange, die L. begonnen haben sollte, was dieser jedoch abstreitet. Schw. warf dabei sein Fahrrad, das er neben sich führte, sowie eine Tasche beiseite, um sich mit seiner Fahrradpumpe zur Wehr zu setzen. Hierbei hat er nach seiner Meinung einen Stich in die Hand bekommen und dann in seiner Wut selbst ein Messer gezogen und auf den L. eingestochen. Zweifellos trifft den L. einen großen Teil der Schuld, aber mit Notwehr konnte sich der Angeklagte Schw. nicht mehr entschuldigen. Er erhielt infolgedessen wegen schwerer Körperverletzung drei Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten der Untersuchungshaft, Aussetzung der Reststrafe auf drei Jahre und Aufhebung der Haft. Die Verletzungen des L. waren äußerst schwer und lebensgefährlich. Der zweite Angeklagte H. hat sich bei diesen Dingen nur dadurch bestätigt, daß er der damaligen Braut des verletzten L. den Hals zudrückte und sie in den Graben warf. Außerdem hat er auch noch mit einem Brett auf den bereits verletzten L. eingeschlagen. Dafür erhielt er wegen einfacher und schwerer Körperverletzung mit Rücksicht auf die geringen Folgen der Tag 60 RM Geldstrafe.

Diesmal hatte er Glück.

Der wegen Diebstahl, Erpressung und Zuhälterei vorbestrafte Arbeitslose Viktor Sch. hatte sich auch dieses Mal wieder wegen Zuhälterei und Körperverletzung zu verantworten. Zwischen einem Zeugen und der M. hat es eines Nachts aus naheliegenden Gründen in den Hiberniagärten an der Wildenbruchstraße Differenzen gegeben, die den Angeklagten und noch jemanden veranlaßten, einzugreifen. Hierbei wurde der schon genannte Zeuge verprügelt. Er selbst weiß jedoch nicht anzugeben, wer ihn verprügelt hat. Auch die erschienenen Zeuginnen wissen anscheinend hierüber nichts zu bekunden. Bezüglich der Zuhälterei ist ebenfalls heute der Beweis nicht mehr zu erbringen, und so erfolgt denn dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend Freispruch, den der Angeklagte und seine Freunde mit Genugtuung entgegennehmen.

Buerscher Gerichtstag

Ein rabiater Ehemann.

Der Einzelrichter hatte sich zunächst mit dem Arbeiter Sch. aus Horst wegen Mißhandlung seiner Frau zu befassen. Eines Abends kam der Angeklagte von einer Bierreise betrunken nach Hause. Da er anscheinend nicht den Mut hatte, die Wohnung aufzusuchen, begab er sich in die Gartenlaube, um dort seinen Rausch auszuschlafen. Der Ehefrau war aber schon bald das Schnarchen in der Laube aufgefallen. Als sie nun hinzukam und ihren Mann zurechtstaute, wurde dieser ungemütlich und schlug wie ein Wilder auf seine Ehehälfte los. Das Gericht erkannte auf eine Woche Gefängnis.

Himmelschreiende Zustände auf der Zeche Mont-Cenis in Herne

Schwere Lohnschädigung der Bergarbeiter. — Unterwegs werden Kohlenwagen gekippt und umgeladen. — Anfrage des Abgeordneten Otter (Bochum) an das Preußische Staatsministerium.

Herne, den 25. März 1930.

Tolle Zustände herrschen auf den Schachtanlagen der Zeche Mont-Cenis in Herne. Neben dem raffinierten Antreibe- und Gedingesystem wird den Bergarbeitern auch noch ein Teil der Kohlenwagen unterwegs gekippt und ausgeladen. Das Anschreiben der geförderten Kohlenwagen geschieht wie überall auf der Hängebank. Wenn nun die Kohlenwagen unterwegs ausgesetzt und ausgeladen werden, so entsteht ein Durcheinander, weil die Zahl der von den Bergarbeitern beladenen und zum Schacht geschickten Wagen mit den zur Hängebank angekommenen nicht übereinstimmt. Bei dem Aussetzen werden die Blechmarken aus dem Wagen gezogen und irgendwo hingeworfen. Auf diese Art gehen den Bergarbeitern Kohlenwagen verloren; sie werden um Lohn schwer geschädigt. Um diesen Zustand ein für allemal zu beseitigen, hat der Genosse Otter (Bochum) folgende Anfrage an das Preußische Staatsministerium gerichtet:

Anfrage.

Auf der Zeche Mont-Cenis, Schacht 2 und Schacht 1-3, in Herne-Sodingen, Bergrevier Castrop-Rauxel, werden seit längerer Zeit auf Anordnung der Betriebsleitung und Verwaltung, die von den Bergarbeitern vollbeladenen Kohlenwagen an den Aufbrüchen und Gesenken in der Grube umgeworfen, entladen und mit diesen Kohlen andere Wagen nachgefüllt. Für das Umwerfen und Nachladen sind besondere Leute bestimmt worden. Den Bergarbeitern werden auf diese Art die von ihnen beladenen und zum Schacht fortgeschickten Wagen weggenommen; sie werden am Lohn schwer geschädigt. Diese Methode ist nichts anderes als ein Diebstahl. Die Betriebsvertretung hatte sich wiederholt an die Verwaltung gewandt und sie ersucht, diesen Diebstahl zu unterlassen. Diese Vorstellungen der Betriebsvertretung bei der Verwaltung haben nichts genutzt. Dieser Diebstahl hielt bis in die letzten Tage an. Die Bergarbeiter dieser Schachtanlagen sind empört über diesen Zustand und rufen um Hilfe, damit ihnen der sauer verdiente Lohn nicht auf diese Art genommen wird.

Ist das Staatsministerium bereit:

1. Durch die Bergbehörde diese Angelegenheit zu untersuchen
2. Restlos durch eine amtliche Vernehmung der Revier- und Mittagsteiger diese Angelegenheit aufzuklären?
3. Eine Kontrolle der Schichtenbücher und Steiger-Journale, ob deutlich ersichtlich, wie die Verrechnung stattgefunden hat, vorzunehmen?
4. Die verantwortlichen Betriebsführer, falls Diebstahl und Betrug festgestellt wird, unter Anklage zu stellen?
5. Den Direktor, falls er von dem Diebstahl gewußt und ihn geduldet hat, ebenfalls unter Anklage zu stellen?

Berlin, den 24. März 1930.

Abg. Otter (Bochum), M. d. L.

Das Wagenkippen und Umladen in der Grube ist in der Kriegszeit im Jahre 1915 auf der Zeche Hermann in Bork versucht worden. Jetzt will die Betriebsleitung der Zeche Mont-Cenis diesem System nacheifern. Damals hatte sich die Bergarbeiter-Organisation gegen dieses System beschwerdeführend an das Preußische Handelsministerium gewandt und um Unterlassung ersucht. Es fand damals eine eingehende Untersuchung durch das Oberbergamt Dortmund statt. Auf Grund des festgestellten Tatbestandes hat der preußische Handelsminister folgendes verfügt:

Lohnberechnung der Bergleute.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
I 6799. Berlin W. 9, den 18. Nov. 1915

An das Oberbergamt, Dortmund.

Auf die Berichte erhält das Königliche Oberbergamt in der Anlage Abschrift meines dem Rekurrenten erteilten Bescheides vom heutigen Tage zur Kenntnis, Mitteilung an die Werksleitung der Zeche H. und mit der Veranlassung, im Sinne der Ausführung meines Erlasses auf die Verwaltungen der nach dortiger Angabe nur noch wenigen Zechen des Bezirks, auf denen das von mir beanstandete Wagenkippen noch geübt wird, dahin mit Nachdruck einzuwirken, daß es in der Zukunft unterbleibt. Gegen Werksleitungen, die trotz der behördlichen Vorstellung das Verfahren nicht aufgeben, ist auf Grund des § 80 c, Absatz 2, des Preußischen Allgemeinen Bergegesetzes in der Fassung der Novelle vom 14. Juli 1905 einzuschreiten.

(gez.) Dr. Sydow.

Bestrafte Hehler.

Vor mehreren Wochen entfloh ein Fürsorgezögling aus Bethausen der Anstalt. Da der Junge zu Hause nicht bleiben konnte, brachte ihn die Mutter zu der Familie H. Nachts unternahm der Bursche Streifzüge und kehrte fast stets mit einer Beute zurück. Gelegentlich der Horster Kirmes stibitzte der Junge ein Huhn und 20 Büchsen Milch. Bei einer anderen Gelegenheit landete er mit einem Zentner Kartoffeln. Endlich konnte ihm das Handwerk gelegt werden. Die Eheleute H., die sich der Hehlerei schuldig gemacht hatten, erhielten hierfür eine Woche Gefängnis mit Strafaussetzung.

Eine Strafe von zwei Wochen Gefängnis erhielt eine Ehefrau aus Horst, weil sie vor einigen Wochen unter falschen Angaben Lebensmittel erschwindelt hatte.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck: „Volkswille". Ludwig Leypoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zweck Rückporto beigefügt wird

ORTSAUSSCHUSS FÜR ARBEITERWOHLFAHRT GELSENKIRCHEN-BUER

Achtung! Schulungskursus!

Der zweite Vortragsabend unseres Genossen Hölkeskamp, Wohlfahrtsdezernent in Herne, findet statt:

Für Gelsenkirchen:

Dienstag, den 25. März 1930, 19 Uhr, im August-Bebel-Haus.

Für Buer und Horst:

Mittwoch, den 26. März, 19 Uhr, im Volkshaus.

Alle Pfleger und Pflegerinnen sind verpflichtet, den Kursus zu besuchen. Helfer der Arbeiterwohlfahrt und Interessierte sind willkommen!



Wollen Sie sich gut und billig ernähren? Kaufen Sie „Clever-Stolz" statt Butter! Sie kostet weniger als die Hälfte.

MARGARINE *Clever-Stolz* *„immer frisch"*

Drama in der Liebeslaube

Das Glück zwischen Eierkisten — Ein Polizist wird unsanft überrascht — Die schöne Anna, der Hausfreund und der eifersüchtige Liebhaber — Geschworene, Hütten und Paläste

Anna Caire, genannt „die schöne Anna", ist von den Pariser Geschworenen zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Sie hat ihren Liebhaber getötet. Der strenge Spruch überrascht, weil im allgemeinen die französischen Geschworenen dafür bekannt sind, daß sie für Liebesmorde viel Verständnis und milde Urteile haben. Aber Anna Caires Drama spielte sich in einer wenig parfümierten Vorstadtsphäre ab — das ist ein Nachteil Unterliegen Taten und Untaten in Bretterhütten nicht vor allen Gerichten strengerer Kritik als Taten und Untaten in reichen Bürgerhäusern oder gar Palästen und Schlössern? Die Psychologie ist nur für die oberen Zehntausend da.

Anna Caire war zu Marcel Thuillier gezogen, in dessen Herz sie schon lange lebte. Es war für Thuillier, einen jungen Arbeiter, nicht ganz einfach gewesen, sich ein Heim zu gründen. Die Wohnungsnot ist in Paris ebenso fühlbar, wie in allen anderen europäischen Großstädten. Kurz entschlossen kaufte sich der junge Mann einen Posten Eierkisten, zog hinaus nach Issy, wo sich die Füchse Gute Nacht sagen und baute sich dort selbst sein Häuschen, getreu der auch in Frankreich Poesie gewordenen Ueberzeugung, daß in der kleinsten Hütte Raum sich findet für ein liebend Paar. Die Geliebte war jene Anna Caire, die in der Begeisterung für ihren Freund eben auch sein Haus schön fand. Niemand, außer dem Winterwetter, störte die Flitterwochen des jungen Paares.

Eines Tages trübte indessen plötzlich ein peinlicher Zwischenfall das ungewöhnliche Idyll. Der Polizeikommissar von Issy saß gerade vor seiner Wachtstube und rauchte in jener kleinbürgerlichen Beamtenzufriedenheit, die den französischen Uniformträger der unteren Chargen rasch so angenehm zivil erscheinen läßt, sein Pfeifchen — da knallt ein Schuß, und eine Kugel fuhr dem Kommissar haarscharf am Kopf vorüber. Der Kommissar war nicht wenig erstaunt. Er sprang auf, rief die Kameraden . . . .

Sofort waren sämtliche Schutzleute der vorstädtischen Polizeiwache alarmiert. Bald stellten sie die Ursache der unerwarteten Störung fest. Sie war in Marcel Thuilliers Eierkistenhäuschen zu suchen. Die Hütte wurde umstellt, man klopfte, die Revolver im Anschlag — niemand öffnete.

Die Tür wurde erbrochen. Den erschreckten Augen der Polizeibeamten bot sich ein furchtbarer Anblick dar. Stöhnend in den letzten Zügen lag in einer Blutlache Marcel Thuillier. Weinend saß am Tisch die Mörderin: Anna Caire. Man stellte den Tatbestand fest, der junge Arbeiter war nicht mehr zu retten, er starb.

Die Mottive? Anna Caire, sehr schön, sehr sinnlich, in Männern immer anspruchsvoll, immer nach Abwechslungen bestrebt, sie hatte sich einen Hausfreund angeschafft. Damit nicht genug, war sie so leichtsinnig, ihrem neuen Liebhaber Liebesstunden im eigenen Eierkistenheim zu gewähren. Kein Wunder, daß da Thuillier eines abends das Pärchen in inniger Umarmung überraschte. Marcel Thuillier forderte Aufklärung. Was sollte die Frau da sagen? Alles war klar. Auch war ihr klar, daß sie den neuen Liebhaber mehr liebte als den ersten. Sie schoß, das war eine klare und grausame Antwort, den ersten nieder.

Sieben Jahre Zuchthauszeit sind Anna Caire von den Geschworenen zum Nachdenken über ihre rabiate Antwort gegeben worden. So außerordntlich ungewöhnlich ist sie gar nicht. In den letzten drei Monaten sind in Paris nicht weniger als 20 Gattenmörder abgeurteilt worden, 14 wurden freigesprochen — jedenfalls keiner so strenge, so entschiedene, so gesetzestreue Richter gefunden. Im allgemeinen wissen kluge Geschworene, daß die Leidenschaft mit der Moral nicht viel zu tun hat. Aber wenn arme Proleten vor Gericht stehen.

Vier junge Leute bei einer Bootsfahrt ertrunken

Memel, 24. März. (Drahtmeldung.) Vier junge Leute hatten gestern abend in einem kleinen Boot eine Spazierfahrt auf dem Memeler Tief unternommen. Hierbei wurde das kleine Boot von einer entgegenkommenden Welle vollgeschlagen und kenterte. Zwei der Insassen hielten sich am Boot fest, während die beiden anderen sofort von der Brandung fortgerissen wurden. Einem der jungen Leute war es gelungen, bis fast an die Mole heranzuschwimmen. Etwa fünf Meter von ihr entfernt ging er jedoch unter. Auch der vierte Insasse ertrank. Eine Leiche ist bereits heute angeschwemmt worden.

Raubüberfall in einer Berliner Bank

Berlin, 24. März. (Drahtmeldung.) Montag vormittag gegen 9,15 Uhr wurde in der Filiale der Commerz- und Privatbank in der Müllerstraße 182 die Kassiererin Marie Billerbeck, Seestraße 68 wohnhaft, die ungefähr 12 000 Mark auf das Konto der Brotfabrik Wittler in der Maxstraße einzahlen wollte, von mehreren Personen überfallen und 1200 Mark geraubt. Die überfallene Kassiererin Billerbeck ist 42 Jahre alt. Das bei der Bank einzuzahlende Geld — es handelte sich um 20 000 Mk. — trug sie in einer Ledertasche bei sich. Sie stellte am Bankschalter die Tasche neben sich auf den Tisch und nahm nach und nach die Bündel heraus. Einen Teil hatte sie bereits vorgezählt. Gleich nach ihr hatte ein Mann die Bankräume betreten, der so tat, als wolle er auch Geld einzahlen. Da er auf Abfertigung warten mußte, so ging er auf und ab. Plötzlich aber trat er neben die Frau und griff sowohl nach der Tasche wie nach dem auf dem Tisch liegenden Gelde. Er warf es schnell in die Tasche hinein. Fräulein Billerbeck wollte den Räuber packen. Da zog dieser eine Waffe und schoß sie in die rechte Hand. Er schoß noch ein zweites Mal, ohne zu zielen und stürzte dann aus den Bankräumen hinaus. Die Bankangestellten, die z. T. noch mit dem Ordnen ihrer Bücher beschäftigt waren, ließen alles stehen und liegen und eilten dem Räuber nach. Zwei setzten über die Tische hinweg, als erster der 20 Jahre alte Franz Backhaus. Sie waren dem Flüchtigen schon im Eingang dicht auf den Versen, als dieser sich umdrehte und abermals mehrere Schüsse abgab. Er gewann das Freie. Vor dem Hause Sellerstraße 2, vom Bankausgang in linker Richtung, stand wartend mit laufendem Motor eine dunkelblaue Limousine. Der Räuber sprang in die offengehaltene Tür hinein und der Wagen setzte sich sofort in Bewegung. Backhaus war inzwischen ebenfalls an dem Auto angelangt. Er sprang auf das Trittbrett und riß die Tür auf. Im Fond sah er zwei Leute sitzen, die die Tasche hatten. Er griff zu und packte sie. Auf den Zuruf des Chauffeurs „Schieß doch!" erhielt der junge Mann einen Schuß direkt ins Gesicht..

Die Passagiere der „Oceana" ausgeschifft

Hamburg, 24. März. (Drahtmeldung.) Nach einer Mitteilung der Hamburg-Amerika-Linie sind sämtliche Passagiere des bei Tenedos auf Grund geratenen Dampfers „Oceana" in der vergangenen Nacht von dem türkischen Expreßdampfer „Gueldjemol" übernommen worden. Die Passagiere werden nach Konstantinopel gebracht.

Beginn des neuen Nogensprozesses

Neu-Strelitz, 24. März. (Drahtmeldung.) Im Gelben Saal des ehemaligen Residenzschlosses begann heute morgen der letzte Nogensprozeß, in dem endgültig der Streit um die Schuld des zum Tode verurteilten und hingerichteten Jakubowski geklärt werden soll. Zu der Verhandlung, die unter dem Vorsitz des Neustrelitzer Landgerichtsdirektors Dr. Hoff stattfindet, werden die Brüder Fritz und August Nogens und ihre Mutter, Frau Kähler, aus der Haft als Zeugen vorgeführt. Die Verhandlung begann mit der Vernehmung der Frau Kähler.



Die bekannte amerikanische Verlagsfirma Harper Brothers in Neuyork hatte kürzlich ein Preisausschreiben veranstaltet für den besten Roman eines jungen deutschen Autors. Diesen Preis hat nun ein deutscher Journalist in Frankfurt, **Bernhard Guttmann**, gewonnen.

Erdbeben in Spanien

Paris, 24. März. (Drahtmeldung.) Wie Havas aus Cadiz berichtet, hat in San Martin Tesorio ein zehn Minuten dauernder Erdstoß eine Panik unter der Bevölkerung hervorgerufen. Ob Menschenleben verloren gegangen sind, ist bisher nicht bekannt.

Zwei weitere Todesopfer

Stuttgart. 23. März. (Drahtmeldung.) Als zwei weitere Todesopfer nach dem Genuß von Bärenschinken sind ein 46 Jahre alter Buchhalter im Cannstadter Krankenhaus und ein 35 Jahre alter Geschäftsführer einer Stuttgarter Firma in seiner Wohnung in Vaihingen auf den Fildern gestorben. Die Zahl der Todesopfer ist damit auf sechs gestiegen.

Die „Europa" schneller als die „Bremen"?

Neuyork, 24. März. (Drahtmeldung.) Associated Preß erhielt vom Lloyddampfer „Europa" einen Funkspruch, daß das bessere Wetter die Chancen der „Europa", den Rekord des Dampfers „Bremen" zu überbieten, steigen ließe, zumal wenn das bessere Wetter, wie zu erwarten, andauere. Um den „Bremen"-Rekord zu überholen, müßte die „Europa" morgen mittag um 12 Uhr das Ambrose-Feuerschiff passieren. Eine Beschreibung der Ankunft des Dampfers wird durch Commodore Johnsen, in deutscher und englischer Sprache durch die National Broadcasting Gesellschaft im Rundfunk verbreitet und nach Europa übertragen werden.

Ganze Familie verbrannt

Neuyork, 24. März. (Drahtmeldung.) Einem Brande fiel heute früh in einem Hause in der Vorstadt Bayside eine ganze Familie von sechs Personen und ein Schlafbursche zum Opfer. Das Feuer ist vermutlich durch einen überheizten Ofen im ersten Stockwerk verursacht worden und hat den übrigen Hauseinwohnern den Ausgang abgeschnitten. Unter den Toten befinden sich vier Kinder.

Der weiße Tod

Pontresina, 23. März. (Drahtmeldung.) Am Sonntag nachmittag wurde eine Skiläuferpartie am Morteratsch-Gletscher von einer Lawine überrascht. Dabei wurde der 37 Jahre alte Dr. Wietzel aus Ludwigshafen verschüttet. Eine Rettungskolonne fand den Verunglückten nach kurzer Zeit, doch blieben Wiederbelebungsversuche erfolglos. Die Leiche wurde im Bergkirchlein St. Maria in Pontresina aufgebahrt.

Blutiger Kampf zwischen Polizei und Autodieben

Buffalo, 23. März. (Drahtmeldung.) Zwischen einer Automobil-Kolonne der Polizei, die nach acht gestohlenen Automobilen suchte, und den Dieben, die mit den gestohlenen Wagen das Weite suchten, kam es am Sonntag früh zu einem blutigen Kampf. Hierbei wurden vier Personen getötet und eine verletzt.



31) (Fortsetzung.)

Sie hatte recht, bald waren es über ein Dutzend, die die interessante Frau in der Loge andachtsvoll betrachteten. Die Frauen indessen blieben teilnahmslos. Angela rührte sich nicht, aber das sensationelle Aufsehen, das ihre Schönheit machte, befriedigte sie aufs höchste und vertrieb ihr die Langeweile. Sie trug das Diadem, das ihr ihr großzügiger Schwager geschenkt hatte. Eigentlich verdankte sie dies Geschenk der Kleinen von der Revue, für die es wohl aufgespart worden war. Vielleicht würde sie ihr einen Zettel hinter die Bühne schicken, um sie zu bitten, den Abend mit ihr zu verbringen. Man konnte da ein bißchen Fühlung nehmen, die war möglicherweise in interessanter Gesellschaft. Nun, man konnte ja nicht wissen, was dieser Abend noch brachte; denn diese Engländer, die sie mit ihren Blicken durchbohrten, schienen ja nette Filous zu sein. Sie spielten offiziell die Scheinheiligen, aber ihre Blicke waren schamlos.

Sie reckte sich in ihrer Loge, hob die weißen vollen Schultern um ja von allen gesehen zu werden, und hatte fast vergessen, weshalb sie eigentlich in dieser wahnsinnigen Eile nach London gekommen war.

Währenddessen saß Pedro gelangweilt in der Garderobe seiner Frau. Ihm behagte dieses heimliche Glück zu zweien nicht mehr. Er war nicht dazu geschaffen, in dieser Bürgerlichkeit seine Tage zu verbringen.

Das Reserl war reizend, aber sie war ein Bühnenbluff; sowie sie oben im Licht der Scheinwerfer stand, war sie frivol, leichtsinnig in der Zurschaustellung ihrer kindlichen Reize. Sowie sie jedoch die Bühne verließ und in seine Nähe zurückkehrte, war sie nur noch liebende Gattin, nur liebeverlangendes Weib. Das langweilte ihn zum Sterben, trotzdem ihn ihre innige Zuneigung rührte: denn er war ja schließlich kein Unmensch.

In den englischen Klubs verkehrten nur Herren, und die Damen, die man in den großen Hotels traf, vornehm bis in die Fingerspitzen, die entweder jung und bildschön, oder überaus häßlich und grauslich aussahen, waren absolut nicht nach seinem Geschmack. Beim Tanzen in den großen Hotelhallen hatten sie alle ihre erklärten Kavaliere, wenigstens diejenigen, um die es sich lohnte, oder sie ließen sich vom Kellner irgendeinen der bezahlten Eintänzer kommen, die gut aussahen, tadellos tanzten und dann mit einem Lächeln abgefunden wurden, nachdem man ihnen den festen Preis diskret übergeben hatte.

Es war für Fremde schwer, Bekanntschaften zu machen, und wenn auch die Augen vieler Damen ihm zu sagen schienen, daß seine Bekanntschaft nicht ungern gesehen würde, sie waren in ihrer Haltung so korrekt, so abweisend, daß sogar ihm, dem routinierten Spieler der Liebe, der Mut fehlte.

Die Miguella war nicht mehr bei der Truppe, sie war nach Kairo engagiert, ihr paßte der Zwang des festen Ensembles auf die Dauer nicht. So fiel auch dieser Zufluchtsort fort, und die Chormädels boten nichts Interessantes, so sehr sie ihm auch Avancen machen.

Gerade an diesem Abend saß er während des Auftretens der Rosaria in der Garderobe und war nervös von all der Langweile rings umher. Kein Tempo, kein Tempo für sein Temperament. Die Frauen kühl und unerreichbar, und das Spiel uninteressant durch die Abwesenheit der Frauen. Das also war der Schluß, eine gute deutsche Heirat mit einer Käthchennatur, von deren Großzügigkeit sein Leben abhing.

Sie nannte ihn ihren „Manager", sie redete sich selber ein, daß seine Geschicklichkeit, große Kontakte zu machen, ihr unersetzlich sei. Sie preßte ihn in eine Situation hinein, die ihm nicht lag. Dabei entwaffnete ihn ihre Güte und machte ihn gleichzeitig nervös. „Jawohl mein hoher Herr." Aber er war kein Ritter vom Stahl, der um ein Käthchen von Heilbronn warb, er war ein Kerl, ein Draufgänger. Er brauchte Emotionen, er ging in Kleinbürgerlichkeit zugrunde.

Da schlug es wie ein Blitz ein, als Reserl, nach ihrem Auftritt auf der Bühne, erregt in die Garderobe zurückkam und ihm sagte, daß Angela van der Naarden im Hause sei.

„Du irrst dich, Reserl, wie sollte die hierherkommen?"

„Ich irr mich net, Pedro, sie sitzt in der erste Loge an der Bühne und hat mir zugelacht, wie ich aufgetreten bin."

Pedro schlug das Herz bis zum Halse. Das war ja direkt ein Wink vom Himmel, gerade ehe er hier vor Langeweile vor die Hunde ging. Nur jetzt klug sein und die Erregung nicht merken lassen.

So steckte er sich eine Zigarette an und blies die Dampfwölkchen gleichgültig in die Luft. Dann setzte er sich seinen Zylinder auf, den er allabendlich zum Frackmantel trug, denn sie pflegten stets in irgendeinem eleganten Modehotel zu essen, und sagte, daß er ein bißchen an die Luft gehen würde, da es ihm in der Garderobe zu heiß sei.

Reserl fühlte sofort, daß sie eine Dummheit gemacht habe. Diese Angela, immer wieder kreuzte sie ihre Wege. Sie wußte, daß sie in Scheweningen stets seine Gesellschaft gesucht hatte; sie wußte, daß sie in Ostende gewesen war, obwohl Pedro eine größere Intimität zwischen sich und dieser Intrigantin stets geleugnet hatte. Sie wollte ihm aber das Lügen ersparen. Sie wußte, daß er jetzt zu dieser Frau ging, um sie in London zu begrüßen. Daher rief sie ihm, Gleichgültigkeit heuchelnd, nach:

„Geh doch zu Frau van der Naarden in die Loge und sage ihr Guten Tag. Man freut sich ja, in der Fremde Bekannten zu begegnen."

„Eigentlich hast du recht, Reserl," sagte er dankbar, sie auf die Stirn küssend, „vielleicht verbringen wir einen netten Abend zusammen."

Und es wurde ein sehr netter Abend. Reserl bat der interessanten, geistsprühenden Frau jeden Verdacht ab. Pedro war durch diese Auffrischung herrlich bei Laune. Das Licht, die Musik und die gut angezogenen Leute der englischen Gesellschaft hatten etwas Faszinierendes. Man verbrachte eine entzückende Nacht zusammen und freute sich, zufällig im gleichen Hotel zu wohnen. Angela überschüttete das Reserl mit Liebenswürdigkeiten, und sie, deren Herz die Intrige und die niedrigen Instinkte nicht ahnte, war dem Scharm dieser großen Abenteuerin restlos verfallen.

Diesem Zusammensein war aber eine Aussprache in den Gängen vor der Loge des Empire vorangegangen.

Pedro hatte Angela mit Vorwürfen überhäuft, daß sie ihn in sein Schicksal hineingetrieben habe, und sie merkte mit innerlichem Entzücken, daß er sich in dieser Ehe mit der kleinen Bourgeoise aus der Wiener Vorstadt zum Sterben unglücklich fühlte. Ebenso fühlte sie, daß sie selber noch niemals aufgehört hatte, diesen verrückten Kerl lieb zu haben, und daß es nur eines gab: ihn aus diesen drückenden Fesseln so schnell wie möglich zu befreien.

(Fortsetzung folgt.)

Eisenbahn-Tariferhöhung?

Das Reichsverkehrsministerium erhebt Einspruch

Berlin, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat der Reichsbahn befaßte sich am heutigen Montag mit der von der Reichsbahnverwaltung vorgeschlagenen Tariferhöhung und unterstrich nochmals deren Notwendigkeit. Es verlautet, daß das Reichsverkehrsministerium jeder Erhöhung ablehnend gegenübersteht, da es eine Steigerung der Eisenbahntarife im gegenwärtigen Zeitpunkt für untragbar hält.

Ende der berufsüblichen Arbeitslosigkeit

Berlin, 24. März. (Drahtmeldung.) **Der Reichsarbeitsminister hat durch Erlaß vom 21. März 1930 für die Berufe und Gewerbe, in denen eine berufsübliche Arbeitslosigkeit einheitlich für das ganze Reichsgebiet anerkannt ist, das Ende der berufsüblichen Arbeitslosigkeit für den Winter 1929/30 auf den Ablauf des 29. März 1930 festgesetzt.**

Die neuen Rekruten

für die Pfalz

Berlin, 24. März. (Drahtmeldung.) Auf die Pressemeldung über das Eintreffen von 3000 Rekruten in der Pfalz hat sich die zuständige Stelle, wie wir erfahren, an den Oberbürgermeister in Landau um Auskunft gewandt. Dieser hat ihr mitgeteilt, daß 200 Rekruten für das Dragonerregiment 18 am Sonnabend in Landau eingetroffen sind. Weitere 200 Rekruten sind auf der Durchreise in Landau verpflegt worden. Die Rekruten dienen zum Austausch für andere Soldaten, die entlassen worden sind. Bis in die letzte Zeit hinein sind Entlassungen vorgenommen worden, besonders von Leuten aus dem südfranzösischen Ueberschwemmungsgebiet. Das Eintreffen der Rekruten ist gar nicht weiter aufgefallen, da die Regimenter sehr wenig Leute zählen. Das Dragonerregiment 18 ist eines derjenigen, die am längsten in Landau bleiben, aber aller Voraussicht nach ebenfalls im Mai abrücken wird. Wohin die durchreisenden 200 Rekruten, die in Landau verpflegt wurden, kommen sollen, war nicht bekannt. Jedenfalls sind aber auch sie nur für Entlassene bestimmt.

Sozialistischer Nationalrat

in Paris

Paris, 23. März. (Drahtmeldung.) Der sozialistische Nationalrat hielt am Sonntag eine Sitzung ab, in deren Verlauf die Wiederaufnahme des Abgeordneten Varenne in die Partei beschlossen wurde. Varenne war ausgeschlossen worden, weil er unter der Regierung Poincarés den Posten eines Generalgouverneurs von Indochina angenommen hatte. Außerdem wurde der nächste sozialistische Parteitag auf Pfingsten nach Bordeaux angesetzt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Frage der Landesverteidigung und die Frage der Organisierung des Friedens sowie die nationale und internationale Aktion für die Abrüstung und gegen den Krieg.

100 Millionen Franks

für die französischen Ueberschwemmungsgebiete

Paris, 24. März. (Eig. Drahtber.) Die Kammer beschäftigte sich am Montag mit den Gesetzentwürfen über den Wiederaufbau der durch die Ueberschwemmungskatastrophe zerstörten Gebiete in Südfrankreich. Der Berichterstatter erklärte, daß die ursprünglich vorgesehenen Kredite von 50 Millionen auf 100 Millionen Franks erhöht werden sollten.

Die sozialistischen Redner, vor allem Leon Blum, kritisierten die schwankende Haltung der Regierung, die unmittelbar nach der Katastrophe feierlich versprochen habe, den Wiederaufbau der zerstörten Werte als Pflicht des Staates anzuerkennen, in ihrem Gesetzentwurf aber das gesetzliche Hilfswerk als ein mehr oder minder freiwilliges Wohltätigkeitsunternehmen hinstelle.

Wirtschaftskämpfe in Dänemark

Kein Generalstreik der ungelernten Arbeiter

Kopenhagen, 24. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Generalstreik von 18 000 ungelernten Arbeitern, der am Montag beginnen sollte, ist bis nach dem Abschluß der jetzt eingeleiteten Vergleichsverhandlungen vertagt worden. Die Verhandlungen dürften frühestens in 14 Tagen beendet sein.

Der Streik der 3000 Arbeiterinnen in der Eisenindustrie wird fortgesetzt.

Insgesamt sind in Dänemark bisher die Lohnabkommen für 81 000 organisierte Arbeiter, das ist ein Viertel sämtlicher organisierter Arbeiter Dänemarks, gekündigt worden.

Judenfeindliche Kundgebungen

in Lemberg

Warschau, 24. März. (Drahtmeldung.) Wie aus Lemberg gemeldet wird, kam es gestern neuerdings zu antisemitischen Kundgebungen der polnischen Studenten. Die Erregung der polnischen nationalistischen Studenten hat ihren Anlaß angeblich darin, daß der Lemberger Wojewode und die drei Rektoren der Lemberger Hochschulen das Protektorat über eine Sammelwoche zugunsten eines Teiles für lungenkranke jüdische Studenten übernommen haben.

In der Akademiestraße überfielen polnische Studenten jüdische Passanten und hieben auf sie mit Stöcken. Etwa 500 Studenten zogen vor das jüdische Studentenheim und warfen dort die Fensterscheiben ein. Die Straßenpolizei wurde verstärkt, um die Ruhe aufrechtzuerhalten.

Die Agrarzoll-Vorlage

in erster und zweiter Lesung angenommen

Berlin, 24. März. (Drahtmeldung.)

Im Reichstag wurden heute die viel umstrittenen Agrarzollvorlagen der Regierungsparteien in erster und zweiter Beratung angenommen. Die Regierungsparteien hatten in der Aussprache auf das Wort verzichtet, aber

Reichsernährungsminister Dietrich

nahm das Wort, um in längeren Ausführungen für die schnelle Verabschiedung der Vorlagen einzutreten. Er wies darauf hin, daß zurzeit das Roggenproblem im Vordergrund stehe, wenn es auch nicht die entscheidende Frage für die gesamte deutsche Landwirtschaft, sondern nur für den deutschen Osten sei. Für die gesamte Landwirtschaft sei von größerer Bedeutung die Tatsache, daß die Einfuhr tierischer Produkte aus dem Auslande viel zu groß geworden sei. Die deutsche Landwirtschaft brauche Schutz gegen das Andrängen riesiger Weizenmassen, die das überseeische Ausland wegen des stark gesunkenen Weltmarktpreises billig auf den Markt werfe. Beim Roggen liege die Schwierigkeit darin, den großen Ueberschuß der inländischen Produktion irgendwie abzusetzen. Das werde jetzt versucht in der Weise, daß der Verbraucher ausländischer Futtergerste auch zur Verfütterung inländischen Roggens durch die für diesen Fall vorgesehene Zollermäßigung genötigt wird. Der Minister stellte es als ein wünschenswertes Ziel hin, die Futtermittelzölle in Zukunft nicht bloß herabzusetzen, sondern vielleicht ganz aufzuheben, ohne daß die Landwirtschaft dadurch geschädigt werde. Nach einer Würdigung der einzelnen Vorlagen erklärte Minister Dietrich, die Verbraucherschaft habe gegenwärtig keinen Grund zur Beschwerde über die Erhöhung von Agrarzöllen, denn aus den Inderzahlen ergebe sich, daß die landwirtschaftlichen Produktionskosten und die Preise der allgemeinen Lebensbedarfsartikel weit höher gestiegen seien, als die Preise landwirtschaftlicher Produkte

Der kommunistische Abgeordnete Hörnle lehnte für seine Partei alle Vorlagen ab, weil es sich um Wucherzölle gegen das Proletariat handele. — Der deutschnationale Abgeordnete Schiele, der zu den Führern der „Grünen Front“ gehört, und der christlich-nationale Abgeordnete v. Sybel begründeten Anträge der Deutschnationalen, der Christlich-Nationalen und Deutschen Bauernpartei, die in den Zollsätzen über die Anträge der Regierungsparteien hinausgehen.

Zur zweiten Beratung lagen keine Wortmeldungen vor. Nach Ablehnung der von den Abgeordneten Schiele und v. Sybel befürworteten weitergehenden Anträge wurden mit großer Mehrheit die Anträge der Regierungsparteien über Zolländerungen bei Weizen, Gerste, Malz, Kartoffeln, Mehl, Kleie und Zucker, sowie das Maismonopol angenommen. Dafür stimmt auch die Wirtschaftspartei. Von der Deutschen Volkspartei und den Demokraten wurde gegen das Maismonopol gestimmt, aber hier ergänzte sich die Mehrheit durch die Stimmen der Deutschnationalen und der Bauerngruppen. Angenommen wurde schließlich noch ein Antrag der Regierungsparteien, der bei bereits abgeschlossenen Lieferungsverträgen über verzollten Kaffee und Tee dem Verkäufer den Ersatz des Zollunterschiedes zuspricht.

Die dritte Beratung der Zollvorlagen soll am Dienstag 3 Uhr erfolgen.

In der heutigen Sitzung wurde neben einer Novelle zum Hypothekenbankgesetz die Vorlage angenommen, wonach das Reichsentschädigungsamt am 31. 3. 1930 aufgelöst wird und seine Aufgaben auf die Restverwaltung für Reichsaufgaben übergehen. Einsprüche der nationalsozialistischen Abgeordneten Dreher und Dr. Goebbels gegen ihre Ausweisung in der Sitzung vom 13. 3. wurden abgelehnt.



Zum ersten Male tritt am 1. April ein Arzt an die Spitze der gesamten preußischen Gefängnisverwaltung. Ministerialrat Dr med. Bürger wurde zum Ministerialdirigenten ernannt und übernimmt die Leitung der Strafvollzugsabteilung im preußischen Justizministerium.

Steuern in der guten alten Zeit

Die verschwenderische Wirtschaft des Preußenkönigs Friedrich I. (im Beginn des 18. Jahrhunderts), der an den Ufern der Spree und Panke ein Klein-Versailles aufmachen wollte, hatten den Staatsschatz bald erschöpft. Die Folge war ein Steuerdruck, von dem wir uns heute schwer eine Vorstellung machen können.

Mit der Branntweinsteuer fing es an. Dann folgte die Kopfsteuer, die aber nicht einen Einheitstarif hatte, sondern nach Art der heutigen Einkommensteuer gestaffelt war. Sogar der König schätzte sich selbst ein und zahlte 1000 Taler, die Königin die Hälfte. Dafür mußte freilich auch das ärmste Tagelöhnerweib, sogar das Gänsemädchen jährlich mindestens 4 Groschen zahlen, der Bauer 12 Groschen (eine Summe, die nach der damaligen Kaufkraft des Geldes nicht so niedrig war, wie es scheinen möchte). Dann folgte die Perückensteuer; die Perücke war damals unentbehrliches Toilettenrequisit auch für den kleinen Mann. Einfache, im Lande gefertigte Perücken wurden mit einem Sechzehntel ihres Wertes besteuert, ausländische Perücken mit 25 Prozent ihres Kaufpreises; eine feine, französische Allongeperücke, für Staatspersonen unerläßlich, kostete 200 bis 300 Taler — unversteuert! Solche Perücken waren ein guter Fang für den Steuerbeamten, also wurde nicht nur das Gepäck aller Reisenden durchsucht, um die unversteuerten Perücken zu entdecken, auch auf den Straßen wurden wahre „Kopfjagden“ abgehalten; konnte der unglückliche Perückenträger nicht den Steuerstempel in seiner Perücke aufweisen, dann wurde sie ihm vom Kopfe gerissen; er mußte zum Gaudium der Gassenjungen dem Beamten zum Steueramt folgen, um dort seine Perücke mit dem Steuerstempel versehen zu lassen.

Das Gegenstück zur Perückensteuer war die Steuer auf die modischen, großen Hauben der Frauen, der „Fontangen“. Aber diese Steuer auf die Perücken war mit der einmaligen Abgabe bei der Anschaffung einer neuen Perücke nicht erledigt: Wer eine Perücke tragen wollte, mußte noch außerdem einen „Erlaubnisschein“ lösen, der alljährlich erneuert werden mußte. Ebensolche „Erlaubnisscheine“ berechtigten zum Genusse von Kaffee, Schokolade oder Tee, und damit sich die Berliner an dem Genuß dieser fremdartigen Sachen gewöhnen sollten, ließ der König in Berlin sogar öffentliche Tee- und Kaffeestuben einrichten.

Jeder Luxus wurde besteuert: Die Karossen („weil sie das Steinpflaster abnutzten“) wie die Spielkarten. Zwar wurden diese schon früher mit einer kleinen „Stempelsteuer“ belegt, deren Ertrag aber voll den Armen zufloß; nun wurde die Stempelgebühr erhöht, aber die Armen bekamen nichts mehr; der Hof war noch bedürftiger.

Weil aber die Luxussteuern allein nicht hinreichten, so besteuerte man bald jedes Kleidungsstück: Schuhe, Hüte, Pantoffeln, Stiefel und Strümpfe — schließlich konnte die Kanaille doch nicht nackt gehen! — Jedes Stück Kleidung mußte mit einem Groschen versteuert werden. Nur die Schuhe der Kinder bis zu drei Jahren und die alte Kleidung der Fremden war steuerfrei. Zuletzt besteuerte man sogar die Schweineborsten und die — Jungfrauenschaft. Die Schweineborstensteuer war an den Kommerzienrat Crentz verpachtet, und es erging ein Edikt, daß allen Schweinen vor Johanni die Borsten auszurausen seien, damit sie nicht ausfielen und so der Steuer verloren gingen. Sie mußten gesammelt und gebündelt abgegeben werden —: ein Schweineborstenmonopol in aller Form. Es durfte von unversteuerten Borsten sich nicht einmal der Eigentümer des Schweins einen Pinsel binden! Auf die Denunziation solcher Verbrechen war eine Belohnung von zehn Talern ausgesetzt. Ja, und dann die Steuer auf die Jungfrauenschaft; damit nahm man es freilich nicht so genau wie mit Perücken und Schweineborsten; sie brauchte nicht vorgewiesen oder abgeliefert zu werden. Der unverehelichte Stand eines Frauenzimmers genügte den Steuerbeamten, um unabhängig von dem Stande der betreffenden Person, eine „Jungferntaxe“ von sechs Groschen einzuziehen.

Es wurde beinahe das Recht zu atmen besteuert. Bald gab es kein Lebensbedürfnis mehr, das nicht besteuert wurde. Dazu kamen noch bei allen besonderen Ereignissen im Hause des erlauchten Potentaten Extrasteuern, so zum Beispiel bei seiner Königskrönung. Die Folge der Verschwendungssucht und Steuerpolitik Friedrich I. war, daß er bei seinem Tode im Jahre 1713, nach einer Regierung von 26 Jahren, das Land, das er mit gut geordneten Finanzen in blühendem Zustand übernommen hatte, völlig ausgesogen, als eine kulturlose Wüste hinterließ.

Rose Ewald.

Finanzsanierung gesichert?

Berlin, 25. März. (Drahtmeldung.) **Unter der Ueberschrift „Finanzsanierung gesichert“ verzeichnet die „Vossische Zeitung“ die Tatsache, daß bei allen Koalitionsparteien der politische Wille gegeben ist, zusammen zu bleiben und während der nächsten Zeit gemeinsam an den innerpolitischen Entscheidungen mitzuwirken. Sicherlich wird es noch einiges Hin und Her geben um die Einzelheiten der Steuerreform, aber es ist nicht zu besorgen, daß der Reichspräsident in die Zwangslage kommen wird, von dem Artikel 48 Gebrauch zu machen. Den Besprechungen der Finanzsachverständigen darf man daher mit Zuversicht entgegensehen.**

Wie die „Berliner Börsenzeitung“ mitteilt, wird sich an die Besprechung der Sachverständigen eine Konferenz der Fraktionsführer anschließen. Die Verhandlungen werden, wie das Blatt erklärt, unter einem sehr starken Druck der Regierung stehen, die, wie verlautet, verlangen wird, daß sich die Parteien schon bis Mittwoch einigen müßten.

Fabrikgroßfeuer

Köln, 25. März. (Drahtmeldung.) **Gestern abend sind die ausgedehnten Fabrikanlagen der Lederwerke Rheindahlen A.-G. durch ein Großfeuer fast völlig vernichtet worden. Den Feuerwehren, die mit etwa 12 Schlauchleitungen gegen das Flammenmeer vorgingen, gelang es nur, das Maschinenhaus und die zum Werk gehörenden Wohnhäuser, die infolge des starken Funkenflugs aufs äußerste gefährdet wurden, vor Schaden zu bewahren. Wiederholt mußten Löschmannschaften auch an anderen Häusern des Stadtteils Rheindahlen Brandherde bekämpfen, die sich dort durch Funkenflug gebildet hatten. Der Brandschaden beträgt mehrere hunderttausend Mark. Der Betrieb des Lederwerks, das mit 80 Arbeitern voll beschäftigt war, ist gänzlich stillgelegt.**

Die Fabrik ist bis auf das Kesselhaus und das Transformatorenwerk niedergebrannt. Der Verkehr in den angrenzenden Straßen mußte abgesperrt werden, da einstürzende Mauerteile eine große Gefahr für die Passanten bildeten.

Flugzeugunglück in Kalifornien

Los Angeles, 24. März. (Drahtmeldung.) Oestlich von Alhambra stürzte ein Flugzeug ab und geriet in Brand. Drei Insassen des Flugzeuges fanden dabei den Tod.

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Synagogengemeindevertreterwahl.

Nach dem Statut der Synagogengemeinde Gelsenkirchen scheiden in diesem Jahre die im Jahre 1924 gewählten Gemeindevertreter aus, und zwar: a) die Repräsentanten Hartog, Heymann, Theodor Frenkel, Julius Schönenberg, Julius Levie; b) der Repräsentanten-Stellvertreter Bernhard Meyer und c) der im Jahre 1927 auf drei Jahre gewählte Repräsentant Leo Gompertz. Die Wahl findet voraussichtlich im Mai dieses Jahres statt. Der Regierungspräsident zu Münster hat zum Wahlkommissar den Direktor des Statistischen Amtes, Dr Zurhorst, und zu dessen Stellvertreter den Bürovorsteher des Wahlamtes Stadtamtmann Jensen, ernannt.

Ein Singe-Kursus.

Am heutigen Abend wird auf Veranlassung des Städtischen Jugendamtes in der Aula der Frauenschule in Gelsenkirchen, Neumarkt, ein Singe-Kursus unter Leitung von Robert Kothe eröffnet. Beginn 20 Uhr. Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht.

Konsumverein Eintracht, Filiale Waldtrautstraße.

Am Donnerstag, dem 27. März, 16 Uhr, wird im Metallarbeiterheim, Augustastraße, ein Kaffeetrinken veranstaltet, das mit einem Tänzchen abgeschlossen wird. Guter Besuch wird erwartet.

Freie Schulgesellschaft, Filiale Ueckendorf Neustadt.

Mittwoch, den 26. März, bei Serres (Bülowstraße): Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht; 2. Neuwahl des Vorstandes; 3. Schulangelegenheiten.

Pflicht eines jeden Schulfreundes ist, unbedingt zu erscheinen.

Der Vorstand.

Trabrennen zu Gelsenkirchen.

Der Westdeutsche Traber-, Zucht- und Rennverein, E. V., Gelsenkirchen, veröffentlicht seine Ausschreibungen für die diesjährigen Zuchtrennen und für die drei Tage umfassende Frühjahrs-Veranstaltung am 6., 20. und 21. April (Ostersonntag und Ostermontag).

Sieben Zuchtrennen, deren Gesamtpreise sich auf rund 21 000 RM einschließlich Prämie und wertvollen Ehrenpreisen für den Besitzer wie Züchter des Siegers stellen, kommen in der Zeit von Ende Juli bis Anfang Oktober zur Entscheidung.

Die Termine sind zum Teil so gewählt, daß an diesen Tagen weder in Berlin noch Hamburg Trabrennen stattfinden. Hierdurch ist den Ställen dieser Trainingszentralen Gelegenheit gegeben, den westdeutschen Platz zu besuchen.

Von den Zuchtrennen sind drei dem jüngsten Jahrgang, eins den 2- und 3jährigen, eins den Dreijährigen eins den Vier- und Fünfjährigen und eins den drei- bis achtjährigen Hengsten und Stuten reserviert. Die Zulagen sind mit Rücksicht auf den Maschinenstart auf 20 Meter angesetzt.

Aus den Rennen für die April-Tage ragt der „Große Osterpreis", ein Vorlaufrennen für die bessere Inländerklasse, Wert 3250 RM, Strecke 2000 Meter, besonders hervor. Die Vorläufe werden am ersten Ostertag, der Entscheidungslauf am Ostermontag gelaufen.

Außer einem Ehrenpreis für den Fahrer des Siegers ist noch ein besonders wertvoller Ehrenpreis für den Besitzer des Siegers gestiftet worden.

Die übrigen Rennen wenden sich an alle Klassen-Pferde. Jeden Tag ist ein Rennen der internationalen Klasse vorgesehen.

Der Nennungsschluß für die Zuchtrennen wie auch für die Frühjahrsveranstaltung ist Donnerstag, 27. März, worauf wir sämtliche Interessenten besonders hinweisen.

Bücher und Zeitschriften

am 16. März 1930, dessen Ehrenvorsitz Herr Reichskanzler Hermann Müller und Frau Luise Ebert übernommen haben, gibt der Verlag des „Arbeiterfunk" ein in jeder Beziehung gelungenes Sonderheft heraus. Neben Mitarbeitern wie Reichsminister des Innern Carl Severing, Reichspressechef Dr Zechlin, Graf Arco Präsident des Preußischen Landtags Bartels, Rundfunkkommissar Dr. Hans Bredow, vielen Reichstagsabgeordneten und höchsten Staatsbeamten, haben Techniker von Ruf eine große Anzahl belehrender und fachwissenschaftlicher Beiträge zur Verfügung gestellt, so daß ein stattlicher Band entstehen konnte. U. a. bringt er eine wohl vollkommene Zusammenstellung aller guten Radiobücher für den Bastler, einen elektrotechnischen Wortschatz, der einem Lexikon Ehre machen könnte, zahlreiche Abbildungen, Schaltungen, Anleitungen zum Bau von Radioapparaten usw. Belehrende reich illustrierte Abhandlungen wie z. B. über die Herstellung der Rundfunk-Röhren oder über den Arbeiterfunk in Amerika, machen dieses Sonderheft zu einem Nachschlagewerk von bleibendem Wert. Der Preis ist mit 50 Pf. erstaunlich billig angesetzt. Die Schrift ist durch jede Buchhandlung wie auch direkt vom Verlag der Neuen Gesellschaft GmbH., Berlin S. 14, zu beziehen (franko 70 Pf), der auf Wunsch auch Probeheft des „Arbeiterfunks", der größten und billigsten Arbeiterzeitschrift der Welt, kostenlos beilegt.

Stehen bleiben, es wäre der Tod.
Nachahmen: es ist schon eine Art von Knechtschaft.
Ausbildung und Entwicklung, das ist Leben und Freiheit.
(L. v. Ranke)



Suche Ausbildung und Entwicklung in guten Büchern, diese findest Du in unserer Volksbuchhandlung, Ringstraße 33

GELSENKIRCHEN-BUER

Frauengruppen Gelsenkirchen.

Morgen, Mittwoch, ab 15 Uhr: Nähstunde im August-Bebel-Heim.

SAJ — JUGEND-VERANSTALTUNGEN

SAJ., Buer-Erle.

Heute, Dienstag, abend, wird wieder, wie üblich, der Heimabend abgehalten. Wegen der Osterwanderung müssen alle Mitglieder bis zum 1. April ihre Zusage gemacht haben. Als Unkosten entstehen für Fahrt und Unterkunft 3,50 RM. Es geht nach der Glör-Talsperre und abschließend bis nach Lüdenscheid.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

O.-G. Gelsenkirchen.

Kamerad Wiegand †.

Mittwoch, den 26. März: Antreten aller dienstfreien Kameraden 14.30 Uhr am Stern zur Beerdigung des verstorbenen Kameraden Wiegand (Kam. 9). Fahnen mit Flor. Musiker und Spielleute mit Instrumenten.
Trommler- und Pfeiferkorps. Heute 19.30 Uhr: Probe in der Lessingschule. Vollzähliges Erscheinen ist erforderlich.

Gewerkschaftliches

Metallarbeiter-Jugend, Gelsenkirchen.

Am Mittwoch, dem 26. März, 20 Uhr, findet im Metallarbeiterheim, Augustastraße 18, eine wichtige Jugendveranstaltung statt. Vortrag: Unser Verbandsstatut. Ferner steht auf der Tagesordnung die Anmeldung für das Jugendtreffen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes in Köln.

Vergeßt nicht, mit den Jugendkalendern abzurechnen.

Auskunft
über Einreisebestimmungen, Schiffsverbindungen und Fahrkarten nach
Canada
durch
Norddeutscher Lloyd Bremen
und seine sämtlichen Vertretungen in **Gelsenkirchen:** Lloyd Reisebüro, **Hugo Degenhard, Georghaus (am Neumarkt)** in **Buer,** Mittelstandshaus de la Chevalleriestr. 23

Balatum
der TEPPICH für
JEDERMANN
150/200 — 200/250 — 200/300
ℳ 6.30 — ℳ 10.50 — ℳ 12.60
Heimann-Rottkamp
en gros — en detail
Gelsenkirchen, Kreuzstraße 8 (Alter Markt)
Dortmund, Westenhellweg 73, Rheinischestraße 47, Hansastraße 84
Schwerte, Hörder Straße 15

Städtische Handelslehranstalten Gelsenkirchen
Fernsprecher 244 06 — Augustastraße 52

Abteilung: **Wahlfreie Abendkurse.**

Im laufenden Schuljahr werden bei genügender Beteiligung folgende Jahreslehrgänge eingerichtet:

1 **Fachlehrgänge:**
a) Betriebswirtschaftslehre mit kaufm. Briefwechsel.
b) Kaufmännisches Rechnen,
c) Buchführung für Anfänger,
d) Buchführung für Fortgeschrittene und Steuerlehre.

2 **Technische Lehrgänge:**
a) Einheitskurzschrift für Anfänger, für Fortgeschrittene,
b) Debattenschrift für Teilnehmer mit einer Schreibgeschwindigkeit von 100 Silben in der Minute,
c) Schreiben (Schön- und Zierschrift),
d) Kunstschrift.
Anfertigung von Plakaten und Werbematerial.

3 **Fremdsprachliche Lehrgänge:**
Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Russisch, für Anfänger und Fortgeschrittene, Korrespondenz und Lektüre.

4 Deutsch

Unterrichtszeit: abends von 7.45 – 9.30 Uhr.
Schulgeld: bei 2stünd. Lehrgang 24 ℳ für das Jahr, bei 4stünd. Lehrgang 48 ℳ für das Jahr
Anmeldungen im Handelsschulgebäude Augustastr. 52.
Der Direktor: **Dr. Linneweber.**

Wir liefern ein- und mehrfarbige Drucksachen nach modernen Entwürfen in kürzester Frist
BUCH DRUCKEREI VOLKS WILLE

Eine
SENSATION
bedeutet die Herausgabe der
ZOLA-ROMANE
Gute Uebersetzungen, vollständige Ausgaben, erstklassige Ausstattung, dabei außerordentlich
BILLIG Es sind erschienen:

Zola, Lourdes. Ueber den berühmten Wallfahrtsort, den Wunderglauben und Fanatismus der Gläubigen.
Zola, Rom. Die Welt des Katholizismus, dieser raffiniert aufgebaute Machtapparat der römisch-kath. Kirche.
Zola, Paris. Der Hexenkessel dieser Riesenstadt mit allen Licht- und Schattenseiten.
Zola, Fruchtbarkeit.
Zola, Arbeit.
Zola, Wahrheit.
Diese drei Bände werden die Evangelien genannt, in ihnen baute Zola seiner Weltanschauung einen Dom

Diese Bände, bis über 700 Seiten Umfang, in Ganzleinen gebunden, kosten pro Band . . . . . **nur 2.85**

Die ganze Serie, die 6 besten Zola-Bände zusammen nur . . . . . Mk. 17.10
Bestellungen sofort an

VOLKSBUCHHANDLUNG
Gelsenkirchen — Ringstraße 33

Bestellzettel.

Unterzeichneter bestellt obige 6 Zola-Romane, Ganzleinenausgabe, zum Preise von insgesamt Mk. 17.10 gegen Nachnahme — auf Buchkarte (mit 10% Zuschlag) gegen Ratenzahlung von vierzehntäglich Mk. 2.—. (Nicht Zutreffendes streichen).

Name ..... Beruf .....
Adresse .....

Gute Betten
Sonder-Angebot!
Helle u. graue Halb-Daunen 3.50 — Dreiviertel Daunen 6.25
für Oberbetten u. Kissen Mk. 5.00, 4.50 — für feinste Aussteuerbetten Mk. 8.50 7.50
Bettfedern-Importhaus Inhaber O. Herstein
Gelsenkirchen ■ Größtes Bettfedern-Lager am Platze ■ **Vereinsstr. 21**

Inserieren bringt Gewinn.

Wörishofener Gicht- und Rheuma-Tee
allein echt
Wörishofener Kräuterhaus
Hochstr. 24
Ecke Neustraße